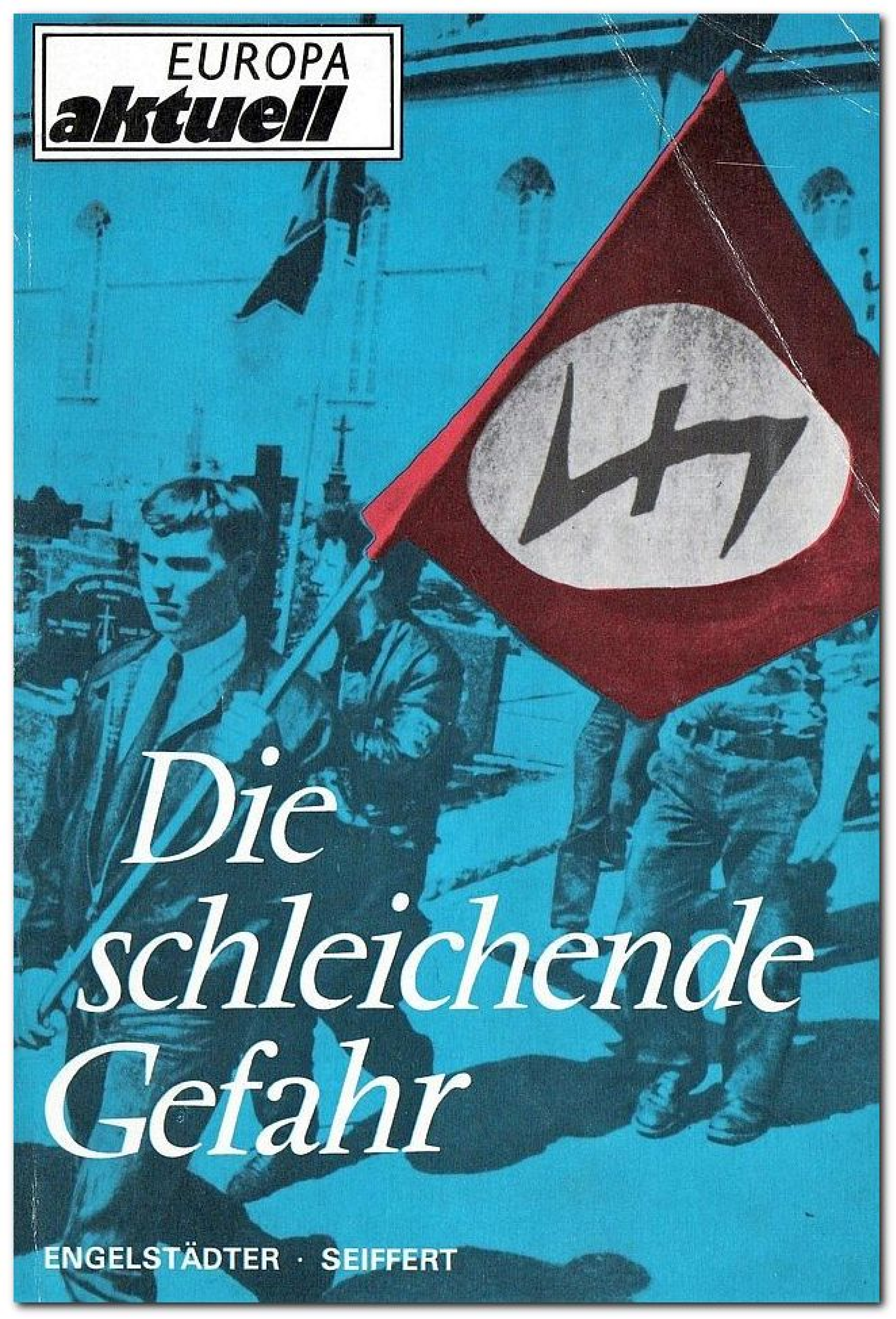
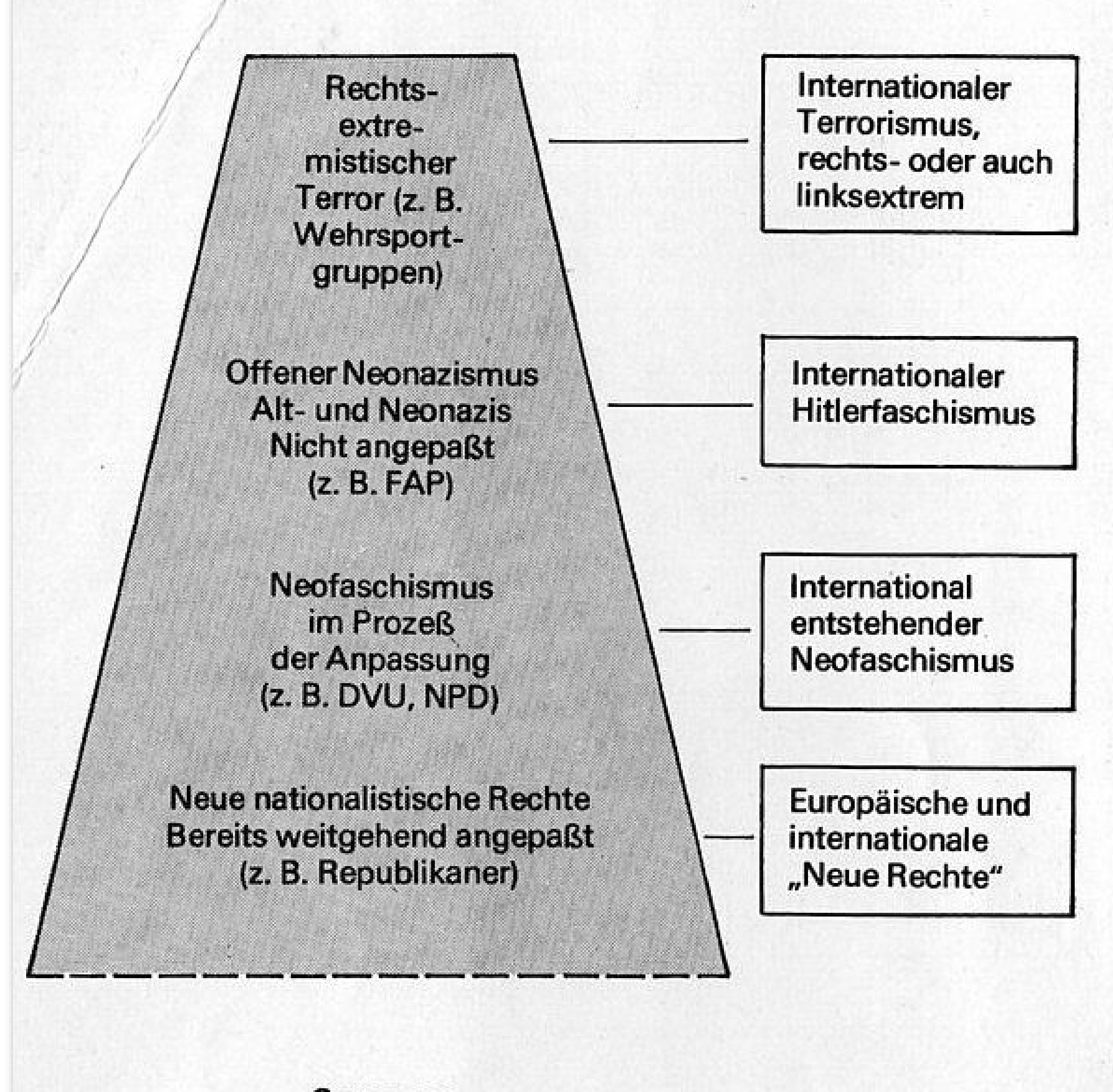

EUROPA
aktuell
Die schleichende Gefahr
ENGELSTÄDTER · SEIFFERT

Anpassung des Rechtsextremismus in der BRD an politisch-soziale Trends der 90er Jahre



Rechtskonservatismus und Konservatismus in CDU/CSU

Andere politische Kräfte und Bewegungen

Heinz Engelstädter
Otto Seiffert

Die schleichende Gefahr

Europa, die Deutschen, Nationalismus und Neofaschismus



BRANDENBURGISCHES VERLAGSHAUS

Diese Veröffentlichung entstand im Zusammenwirken mit dem interdisziplinären Arbeitskreis „Philosophische Friedensforschung" an der Humboldt-Universität zu Berlin

Heinz Engelstädter/Otto Seiffert:

Die schleichende Gefahr. Europa, die Deutschen, Nationalismus und Neofaschismus/von Heinz Engelstädter und Otto Seiffert – 1. Aufl. – Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus, 1990. – 80 S.: 4 Tab., 24 Ill. – (aktuell)

Bildnachweis: ADN-Zentralbild (5), Archiv (18).

ISBN 3-327-00901-5

1. Auflage

Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: Druckhaus Schöneweide – 3 4311-0
Lektor: Ingrid Hantke
Umschlaggestaltung: Günter Hennersdorf
Typografie: Katrin Kliche
Redaktionsschluß: 17. April 1990
LSV: 0529
Bestellnummer: 747 291 0

Das neue Phänomen

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre tauchen sie auf – „neue" nationalistische Rechte. In Frankreich als „Front National" (FN) um Le Pen. In Italien als „Moviemente Sociale Italiano/Destra Nazional" (MSI/DN). Als „Die Republikaner" (REP) in der BRD. Stets bilden sie eine Art von nationaler Sammlungsbewegung und erreichen jeweils zwei bis vier Millionen Wählerstimmen. Sie ziehen ins Europaparlament ein und kandidieren auch in Norwegen, Dänemark, Luxemburg und Österreich. Ihr Wählerpotential für die 90er Jahre wird auf 10 bis 15 Prozent geschätzt. Solche „neuen Rechten" könnten dann möglicherweise in noch mehr europäischen Parlamenten vertreten sein und legal für Nationalismus sorgen.

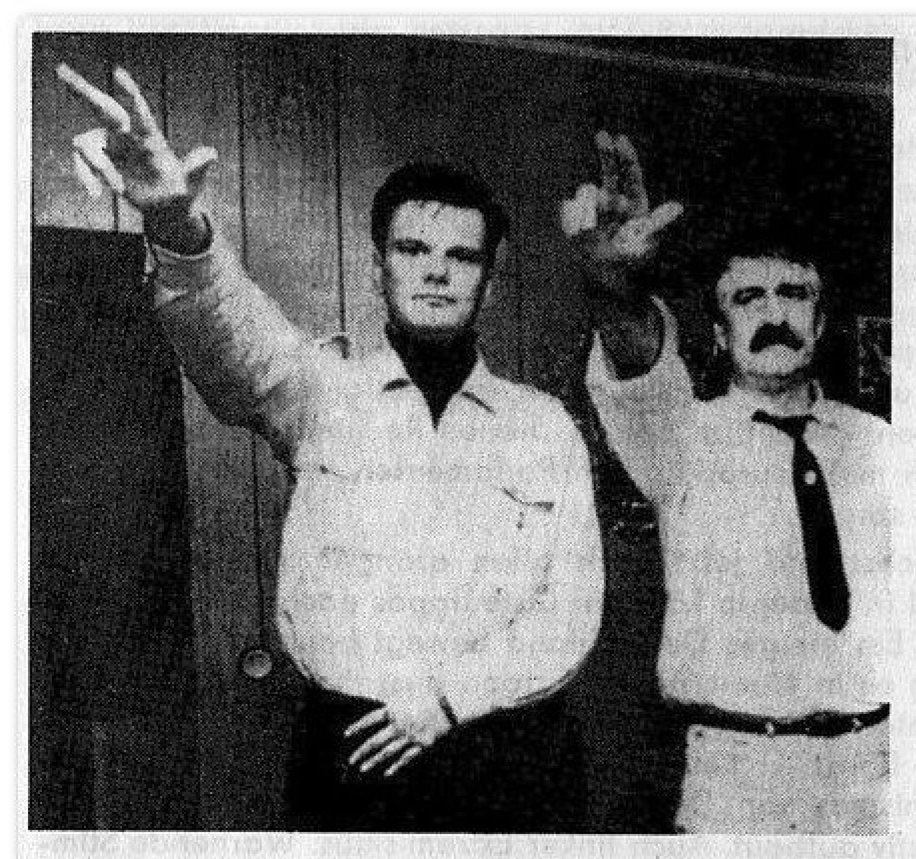
Unterschwellig zunächst und jetzt auch offen drängen nationalistische Rechte in der DDR und in anderen Ländern Osteuropas nach Öffentlichkeit. Dieser Einfluß ist real. Ein einiges Deutschland bewegt heute nicht nur die Deutschen. Wie könnte es in einem neuen Europa aussehen und bestehen? Auch die „neuen" Rechten stehen für diese Forderung. Doch ihr Nationalismus ist historisch über Bord. Er kann keine Lösungen bringen, die Zukunft haben. Rechter Extremismus von Deutschen könnte alles gefährden, was sich in Europa konstruktiv aufbaut. Auch linker Extremismus. Warnende Stimmen daher in nahezu allen politischen und geistigen Lagern. Berechtigt, weil jetzt die einmalige Chance besteht, ein gewaltfreies Europa zu schaffen. Gewaltfrei vor allem in seiner Mitte, in Deutschland. 1914 und 1939 nahmen von dort Menschheitskatastrophen ihren Ausgang. Was wird mit den Deutschen? Werden sie etwa wieder eine Gefährdung anderer, Nichtdeutscher? Schaden sich die Deutschen damit nicht von vornherein wieder selbst?

Extremismus in Deutschland könnte das bewirken. Er ist heute sehr differenziert und paßt sich an die politischen und sozialen Bedingungen der 90er Jahre an (wie die Umschlagseite zwei verdeutlicht):

Erstens und wohl am sichtbarsten sind extremster Nationalismus, Faschismus und Neofaschismus bei den rechten Terror- und Wehrsportgruppen. Diese berühren zugleich die „linke" und die internationale Terrorszene. Sie können keinerlei sinnvolle Lösungen gesellschaftlicher Probleme bringen.

Zweitens gibt es die verschiedensten Gruppierungen von Alt- und Neonazis, die direkt an den Nationalsozialismus Hitlers anknüpfen. Sie sind und bleiben Nazis, die sich von der Vergangenheit nicht frei machen können oder wollen. Ihr Wirklichkeitsverlust geht so weit, daß sie die veränderten Verhältnisse in der Welt und neue Interessenstrukturen der Menschen in allen Kontinenten kaum reflektieren. Rassismus, Antisemitismus und „notfalls" Terror gegen andere Menschen gelten als legitim.

Drittens wirken neofaschistische Gruppierungen und Parteien wie die „Deutsche Volksunion" (DVU), die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD), „Nationalrevolutionäre" und viele andere Gruppierungen. Bei

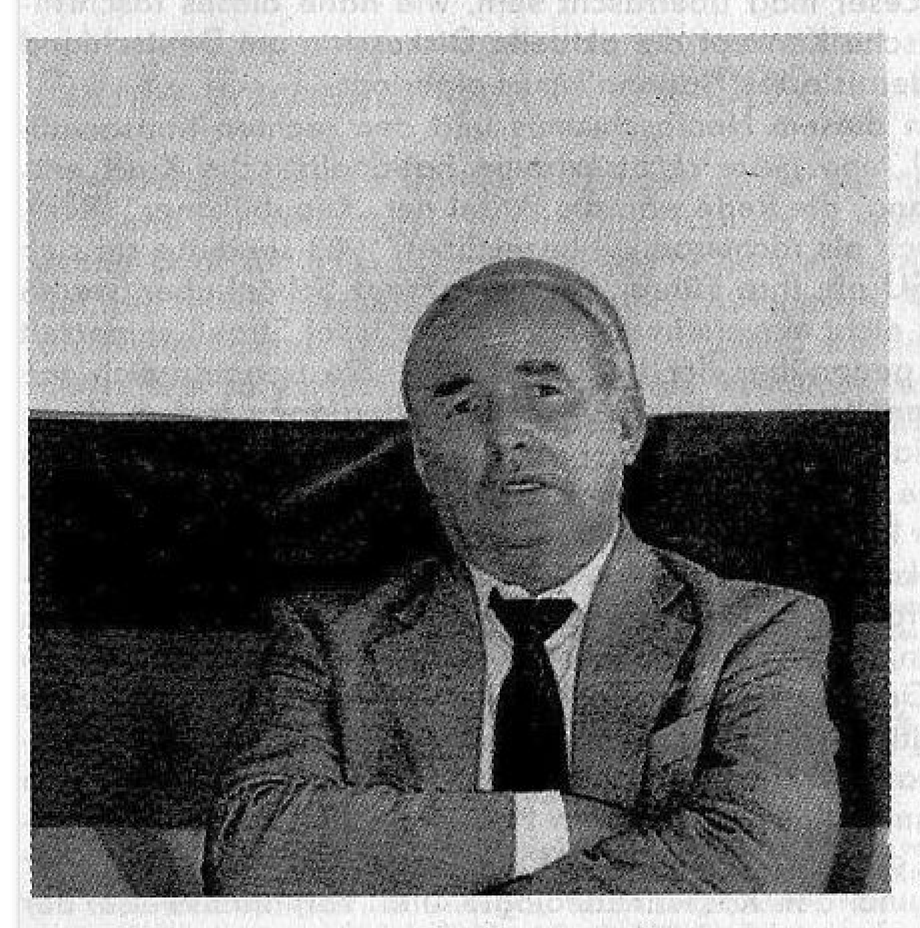


Michael Kühnen als Führer der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten"

Angehörige der militant-terroristischen „Wehrsportgruppe Hoffmann"



DVU-Vorsitzender Gerhard Frey



„Republikaner"-Chef Franz Schönhuber erklärte Ende Mai 1990 auf Drängen der Partei seinen Rücktritt

aller Vielschichtigkeit dieses Neofaschismus läßt sich sagen, daß er den Hitlerschen Nationalsozialismus nicht als geschlossenes Ganzes weiterführt, sondern partiell. Er schließt Gewaltanwendung durch deutsche und andere nationalistische Kräfte in einzelnen Ländern nicht aus. Vom Neofaschismus werden auch faschistische Ideen aufgegriffen, die mit dem Hitlerfaschismus nicht identisch waren, beispielsweise der Nationalsozialismus Otto Strassers. Sein Konzept eines „Deutschen Sozialismus" war faschistisch, doch stärker an rechtskonservatives Gedankengut angepaßt. Im Gegensatz zu Hitler strebte er eine „europäische Föderation" an, die bis an die damalige sowjetische Westgrenze reichen sollte. Hitler hingegen wollte ein zentralistisch regiertes großgermanisches „Deutsches Reich". Strasser lehnte auch den Antisemitismus Hitlers ab. Für Staat und Wirtschaft sollten ständestaatliche Prinzipien gelten. Dieses Konzept vom Faschismus konnte sich innerhalb der NSDAP nicht durchsetzen. Nach dem zweiten Weltkrieg modifizierte Otto Strasser seine Ideen zuerst im kanadischen Exil und ab 1955 in der BRD zu einem „Solidarismus", eine Gesellschaft jenseits von westlichem Kapitalismus und östlichem Sozialismus. Strasser verstand sie als ein „Europa der Vaterländer", wobei Deutschland im Zusammenwirken mit Frankreich den zentraleuropäischen Wirtschaftsraum vereinigen sollte. Osteuropäische und andere Länder könnten durch „befreiungsnationalistische" Erhebungen angegliedert werden. Der Leser mag überrascht sein, wie nahe dieses faschistische bzw. neofaschistische Konzept die aktuelle Diskussion um Deutschland berührt und einen modernisierten Nationalismus einbringt.

Viertens ist zwischen diesem Neofaschismus und den rechten Konservativen in der CDU/CSU jene neue rechtsextreme nationalistische Kraft entstanden, von der eingangs die Rede war, die Partei der „Republikaner" (REP). Manchmal wird sie auch als rechtsradikal bezeichnet. 1983 sonderte sie sich von der bayrischen CSU ab. Ihre Führer, darunter Franz Schönhuber, waren mit dem flexiblen Kurs nicht einverstanden, den Franz Josef Strauß seinerzeit in der Ostpolitik und gegenüber der DDR einschlug. Sie trennten sich von ihm. Noch heute halten sie an nationalistischen Forderungen fest, z. B. an den Grenzen Deutschlands von 1937. Auch im Rosenheimer Parteiprogramm vom Januar 1990 wurde dies erneut als unverzichtbar festgeschrieben. Es besteht kaum Zweifel am konfrontativen Nationalismus dieser Partei. Dabei geben sich die „Republikaner" in der Öffentlichkeit legal, nicht als Schlägergarde. Sie nutzen allerdings Ereignisse und Exzesse für ihre Propaganda. In Wort und Tat bewegen sie sich an der Grenze von Rechtsstaatlichkeit. Von allen rechtsextremen Gruppierungen und Parteien in Deutschland haben sie sich an die neuen politischen und sozialen Bedingungen der 90er Jahre bisher am besten angepaßt. Zu diesem Zweck distanzieren auch sie sich von Hitler, vom Antisemitismus und von anderen Positionen der Nazis. Doch unverändert bleibt z. B. das Axiom von der Ungleichheit der Menschen, der ethnischen Gruppen und der Rassen. Ideologie und Verhaltensweise der „Republikaner" richten sich gegen jegliches humanistisches Gleichheitsdenken, sei es in der einen oder anderen Form links, sozialdemokratisch, ökolo-

gisch, liberal, konservativ, christlich oder anders motiviert. Der gesamte Kodex der Menschen- und Völkerrechte wird hier berührt.

Vor allem wegen dieser Sichtweise kann man sagen, daß die „Republikaner" in ihrer Tendenz ebenfalls neofaschistisch sind. Es handelt sich hier anscheinend um eine weitere Form von Neofaschismus, die gegenwärtig in den Vordergrund tritt, weil sie geeignet scheint, stärker als andere zu wirken. Da die Entwicklung dieses „neuen" rechten Nationalismus noch nicht abgeschlossen ist, kann man ihn auch noch nicht endgültig beurteilen. Ideologie, Organisation und Programmatik befinden sich im Wandel und werden wahrscheinlich noch weiter an heutige Stimmungen und Bedingungen angepaßt. Ob dies stärker in Richtung Neofaschismus erfolgt oder mehr in Richtung rechter Konservativer, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig scheint letzteres der Fall zu sein. Wenn dieser Trend anhalten sollte, müßten die „Republikaner" von neofaschistischen und rechtsextremistischen Positionen weiter abrücken. Sie würden dann zu einer Art „deutschnationalen" rechtskonservativen Partei innerhalb der bestehenden rechtsstaatlichen Ordnung. Doch das Pendel könnte auch dann jederzeit wieder nach der anderen Seite ausschlagen. Latenter Rechtsextremismus und Neofaschismus würden bleiben, solange nicht eine eindeutige Abkehr davon erfolgt. Das ist für die weitere Entwicklung in Deutschland und in Europa zu beachten.

Rechte Erscheinungen in der DDR

Die eben genannten Unterscheidungen in der rechtsextremen Szenerie der BRD und der Versuch, sie in ihrer Entwicklung zu erfassen, sind für den Leser in der DDR zunächst ungewohnt. Die bisherige Propaganda verzichtete darauf, die neuen Erscheinungen öffentlich zu machen. Alles galt undifferenziert als Neonazismus, auch die Skins. Am Schluß wurden selbst oppositionelle christliche Jugendliche und Bürger als konterrevolutionär und faschistisch hingestellt, wie die Ereignisse an der Gethsemanekirche im Oktober 1989 in Berlin zeigten.

„Neonazistische" Tendenzen unter Jugendlichen der DDR

In der hier vorliegenden Skizze verwende ich den Begriff „Neonazismus" zusammenfassend für eine Fülle ähnlicher Phänomene. Ich bin mir bewußt, daß diese Bezeichnung eine Vergröberung darstellt. Das Wort ist zunächst nichts weiter als eine Chiffre für ganz unterschiedliche Erscheinungen und Probleme – man sollte es in diesem Zusammenhang nicht ideologisch überdehnen und vor allem nicht tabuieren.

Wenn man von „neonazistischen" Tendenzen spricht, heißt das jedoch auf keinen Fall, daß wir es bei den entsprechenden Jugendlichen im Alter von 14 bis zu ca. 20 Jahren mit Faschisten im Sinne der Zeit von 1933 bis 1945 zu tun haben![1]

1 R. Pahnke, Unbehagen, Protest, Provokationen, Gewaltaktivitäten von Jugendlichen in neofaschistischer Gestalt. „Neonazistische" Tendenzen unter Jugendlichen (Alter 14 bis ca. 20 Jahre) in der DDR. Überlegungen und Thesen zu Erscheinungsbildern, Hintergründen und zu einem angemessenen Umgang mit dem Problem, Berlin 1989 (im folgenden kurz: Pahnke-Studie).
Rudi Pahnke ist Jugendpfarrer und Sekretär der Kommission für kirchliche Jugendarbeit beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Was Rechtsextremismus und Neofaschismus heute sind und wer sie wirklich vertritt, kam kaum ins Bewußtsein. Auch in der Wissenschaft und im Bildungswesen wurde nur selten darauf eingegangen. Entwicklungen, Übergänge und Differenzierungen innerhalb des rechten Spektrums fehlten weitgehend. Dabei war längst bekannt, daß es verschiedene Formen von Faschismus geben kann, nicht nur den der Nazis. Doch auch über die geistig-kulturellen Quellen des Faschismus wurde fast nichts vermittelt.

Ferner überging man stillschweigend die Rechtslage in der BRD. Als rechtsextrem gilt dort, was in der rechten Szene dem Grundgesetz widerspricht. Das wird dann vom Verfassungsschutz observiert, bedeutet aber noch längst nicht das Verbot einer rechtsextremen Partei oder Gruppierung. Deswegen existierten solche in der ganzen Geschichte der Bundesrepublik, was in der DDR immer wieder Erstaunen auslöste. So wird auch verständlich, weshalb die „Republikaner" legal anwachsen konnten und erst seit wenigen Monaten partiell, in zehn Punkten, als grundgesetzwidrig und rechtsextrem bezeichnet werden. Die Bundesregierung bescheinigte ihnen am 31. Oktober 1988 anläßlich einer Debatte um einen Verbotsantrag der „Grünen" gegen die „Republikaner", daß sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. In dieser Rechtslage haben die „Republikaner" bei den Wahlen 1988/89 ihre ersten größeren Erfolge verbucht. Das überraschte viele. Die populistischen „Republikaner" waren von den traditionellen politischen Parteien unterschätzt worden. Ihre Entwicklung zu einem Rechtsextremismus „mit neuem Gesicht" hatte sich von den meisten unbemerkt vollzogen. Diese Entwicklung wird mit dem Rosenheimer Programm vom Januar 1990 fortgeschrieben. Man will sich für weitere Wähler öffnen, die nationalistischen Ideen zugänglich sind.

Auch in Richtung DDR. Besonders unter Jugendlichen bereitete sich dort über längere Zeit ein Boden für Rechtsextremismus. Nationalistischen und neofaschistischen Einflüssen und Erscheinungen wurde öffentlich nicht begegnet. So etwas hatte es in der „sozialistischen" DDR nicht zu geben.

Konrad Weiß hat beobachtet, daß die „rechte Bewegung" besonders für Jugendliche von vierzehn Jahren an attraktiv ist. Zu den Defiziten, auf die Jugendliche mit neonazistischen Phänomenen reagieren, zählt Weiß:
— das System neuer Privilegien zur Belohnung von Maulhelden,
— Untertanengeist und Parteidisziplin,
— das Führerprinzip unter anderem Vorzeichen: die durchaus gängige Form, Konflikte gewaltsam zu lösen durch Ausbürgerung von Kritikern, Verbot anderer Meinungen, Bücher, Zeitungen; Sanktionierung von Gewalt gegen das ungeborene Leben; Materialisierung des Prinzips Gewalt durch die Mauer; die Massenemigration per Fernsehen; das Bildungssystem; das System der kulturvernichtenden Diskos und Jugendklubs; die fehlende Kontrolle der machtstützenden Organe; die Art der Justiz, des Strafvollzugs, Staatssicherheit, schwarze Pädagogik.

Nach Weiß hat der Stalinismus – unter anderem Vorzeichen – zu viel Faschistisches weitertradiert. Weiß votiert daher für eine Demokratisierung der Gesellschaft, weil nur so wirklich dem Geist und der Praxis von Rechts begegnet werden kann. Für die „neofaschistisch" infizierten Jugendlichen sind sozial- und psychotherapeutische Programme zu entwickeln.

(Pahnke-Studie)

Wandlungen in der Lebenssituation und in den Einstellungen junger Leute fanden bei den Maßgebenden keine Antenne. Wechsel in der Mode, in der Musik und im Verhalten junger Leute wurden wahrgenommen, allerdings aus

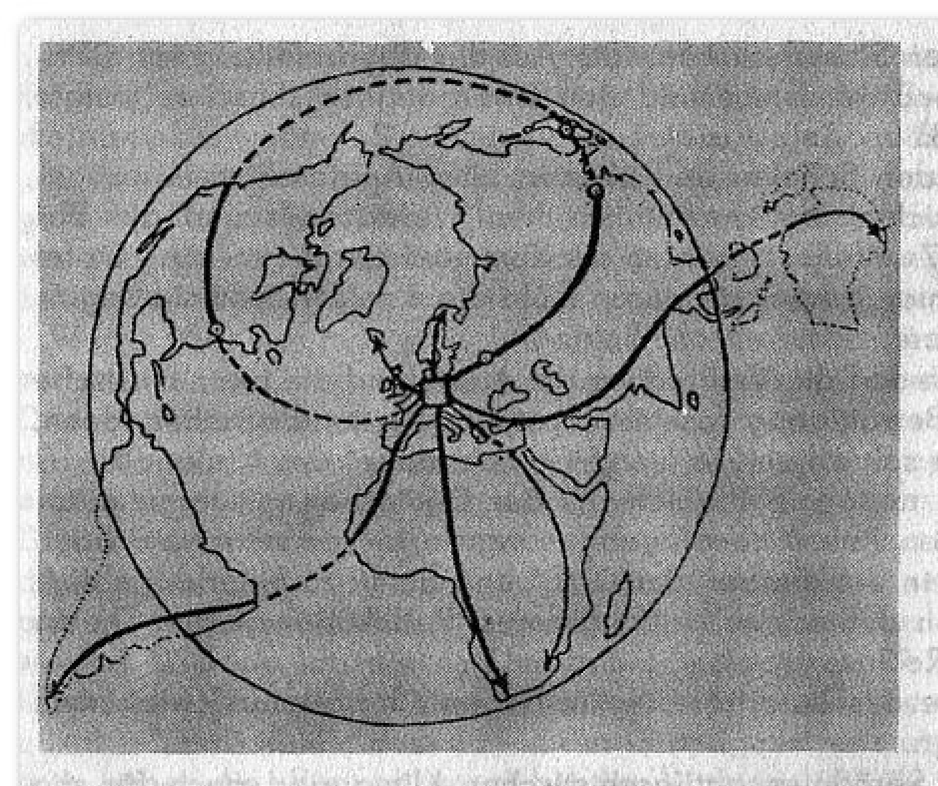
der Sicht des offiziellen Sicherheitskonzepts. Auf die Überfremdung von Skinheads durch rechten Extremismus und den Übergang zu „Faschos" folgte keine öffentliche Reaktion. Selbst exakte soziologische Befunde wurden unter den Tisch gefegt. In den Schulen und Medien blieb Antifaschismus weitgehend auf die Geschichte des kommunistischen Widerstands und auf Bekenntnisse reduziert. Zweifellos brachten die Kommunisten die meisten Opfer für ein neues Deutschland. Aber sie waren nicht die einzigen, und sie begingen auch folgenschwere, sektiererische Fehler.

Im Vordergrund standen die Verbrechen der Nazis und die antinazistische „Aktion", kaum die Bewältigung faschistischer und nationalistischer Ideen. Gerade dort lag aber seit eh und je die „Einbruchsstelle" des Nationalismus und Faschismus. Die nationale Problematik der Deutschen mit ihren europäischen und globalen Rahmenbedingungen wurde immer mehr verdrängt. Bis zum „Sozialismus in den Farben der DDR" und damit zu einer angeblich sozialistischen Art von deutschem Nationalismus. Publikationen zum Thema Neofaschismus und Rechtsextremismus durften sich nur auf die BRD beziehen. Über diese Seite des autoritär-bürokratischen „Sozialismus" wird noch viel nachzudenken sein.

Versäumnisse und verödetes antifaschistisches Klima sind auch für die Wissenschaft belegbar. Die Deutsche Bücherei Leipzig verfügt als Zentrum deutschsprachiger Literatur über etwa 20 000 Bände und Monografien zu neofaschistischer Literatur aus der Zeit nach 1945. Hinzu kommen 16 000 Zeitschriftenbände. Für Fachleute waren diese Bestände zugänglich. Doch selbst 1989, dem Jahr der „Wende" mit seinen erkennbaren nationalistischen Risiken, wurden davon nicht einmal 2000 Titel ausgeliehen. Und auch diese nur von wenigen Personen und Institutionen. Für neuere neofaschistische Literatur fanden sich im Jahre 1988 ganze drei und im Jahre 1989 vier Benutzer. Diese Zahlen sprechen für sich und bedürfen keines weiteren Kommentars. Aber auch sie verdeutlichen die Aufgabe: Es ist mehr Klarheit über Rechtsextremismus, Faschismus und Neofaschismus erforderlich. Die unumkehrbaren Interdependenzen in Deutschland, in Europa und in der Welt zwingen dazu. Es handelt sich dabei um eine der vordringlichsten politischen und geistig-kulturellen Aufgaben der Deutschen, aber auch anderer Völker. Denn es sind vor allem Ideen und Verhaltensweisen des Rechtsextremismus, die gewaltfreie Entwicklungen unmöglich machen können. Das gilt vor allem für den inhumanen Nationalismus, der für alle Schattierungen des rechten Extremismus nach wie vor kennzeichnend bleibt.

Der neue rechte Nationalismus

Eine Grundidee in den Programmen der „Republikaner", der Rechtsextremen „mit neuem Gesicht", ist nach wie vor die Abgrenzung des Deutschen und die Ausgrenzung des Nichtdeutschen, wenn dieses deutschen Interessen widerspricht. Aber welches sind heute diese deutschen Interessen? Können sie



Deutschland-zentristische Weltsicht rechts-extremer Nationalisten

in einer Ausgrenzung der anderen und ihrer Interessen liegen? Natürlich gibt es ethnische, historische und andere Unterschiede zwischen Rassen, Völkern und Nationen. Diese elementare Identität verkehrt sich jedoch ins Nationalistische oder gar Rassistische, wenn Ansprüche erhoben werden, die den humanistischen Grundsätzen des Menschen- und Völkerrechts zuwiderlaufen. Das „Deutschland zuerst" der „Republikaner" ist beredter Ausdruck dafür.

Demgegenüber verlangen die weltweiten gegenseitigen Abhängigkeiten und der europäische Integrationsprozeß den Gewinn einer neuen nationalen Identität, die im Lande und nach außen keine Gefährdungen für andere in sich birgt. Dies betrifft nicht nur die Deutschen, sondern auch alle anderen Völker und Nationen. Sie alle stehen vor dieser kulturellen Aufgabe unserer Zeit.

Man darf sich nicht davon täuschen lassen, daß jener Nationalismus heute an vielen Punkten der Erde im Aufstieg ist. Mit den wirklichen nationalen Interessenlagen in unserer Zeit hat er kaum noch zu tun. Trotzdem ist alter Nationalismus **erstens** bei all denen im Spiel, die mit der einen oder anderen Begründung inhumane soziale Abhängigkeiten gegenüber anderen aufrechterhalten oder auch neu schaffen, darunter auch auf dem heute entscheidenden technologischen Gebiet. Nationalismus legitimiert nicht nur offene, sondern auch sogenannte strukturelle Gewaltanwendung auf ökonomischen, sozialen, psychologischen und anderen Gebieten.

Und wenn man weiter bedenkt, auf welch inhumane Art solche Abhängigkeiten heute aufrechterhalten werden, dann ist **zweitens** wiederum verständlich, weshalb überall in der Welt Nationalismus auch als spontane Gegenreaktion aufkommen kann. Sicherung des eigenständig Völkischen oder Na-

tionalen erscheint als dringendstes Gebot, um soziale Sicherheit zu erlangen oder zu behalten.

Doch beide Formen von Nationalismus sind überholt. So notwendig und wirksam nationale Ansprüche gegenüber anderen vorübergehend auch sein mögen, um sozialem Druck von innen und außen standzuhalten, so versagen sie heute doch in historisch absehbaren Zeiträumen. Das tausendjährige „Dritte Reich" brachte es auf zwölf Jahre. Es widersprach von vornherein den Interdependenzen der Gesellschaftsentwicklung, die früher oder später gewaltfrei, auf humanistische Weise gestaltet werden müssen. Ein anderer Weg zu menschlicher Freiheit ist nicht möglich. Auch das Ende der Kolonialherrschaft und der heutige Nord-Süd-Konflikt sind Beispiele dafür. Und nicht zuletzt auch das Scheitern des Versuchs, Sozialismus hinter Mauern zu errichten.

Das aktuelle Problem ist daher schon längst nicht mehr ein Bemühen um eine nationale Identität, die sich vor allem abgrenzt und andere dadurch ausgrenzt. Das heutige nationale Problem ist der Gewinn eines neuen nationalen Selbstverständnisses, das im humanistischen Zusammenwirken mit anderen den sinnvollsten Weg des Fortschritts für die eigene Nation oder ethnische Gemeinschaft sucht. Das bedeutet, gewaltfreie Verhaltensweisen zu kultivieren, die für andere keine persönlichen Gefährdungen mehr mit sich bringen. Veralteter Nationalismus, wie er für Faschismus, Neofaschismus und rechten Extremismus oder Radikalismus typisch ist, hat dies immer behindert und wird dies weiter tun, solange an solchen Positionen festgehalten wird.

Jeder Deutsche kann für Ideen und Verhaltensweisen einer humanistischen nationalen Identität etwas tun. Das kann für die zeitgemäße gewaltfreie Evolution in Deutschland, in Europa und in der Welt entscheidend sein.

Die demokratische Volksbewegung in der DDR und verantwortungsbewußte Bürger haben dafür den Weg frei gemacht. Die von der alten Führung errichteten Blockaden gegen eine strikte Durchführung aller Vereinbarungen der KSZE in der DDR wurden beseitigt. Das alte Dogma – Dialog nach außen, aber nicht nach innen – ist überwunden. Mit der Öffnung der Mauer wurde der Weg frei zu einem neuen nationalen Selbstverständnis der Deutschen, zu einem für alle sicheren Deutschland und Europa. Der Aufbruch des Volkes in der DDR zu humaner demokratischer Selbstbestimmung und zu Gewaltlosigkeit wird daher weltweit hoch anerkannt. Das muß so bleiben und darf nicht durch Anheizen von unberechenbaren nationalistischen Stimmungen beeinträchtigt werden.

Davon grenzte sich das bekannte 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers vom Dezember 1989 noch nicht hinreichend ab. Es konnte so interpretiert werden, daß die Deutschen ohne Rücksicht auf ihre Nachbarn und die Interessen der alliierten Siegermächte in Zentraleuropa vollendete Tatsachen schaffen wollten. Das löste in Europa und anderwärts berechtigte Sorge aus. Klar und unmißverständlich wurden damals mit einem sofortigen Besuch

des US-Außenministers die internationalen Rahmenbedingungen dieses Prozesses eingebracht. Die 10 Punkte werden seither als Programm für längere Zeit gesehen.

Damit sind jedoch die konstruktiven Prozesse in Deutschland und in Europa noch nicht hinreichend gegen terroristische und rechtsextreme Kräfte abgesichert. Diese halten am Nationalismus fest und stellen Deutsches und Nichtdeutsches immer noch konfrontativ gegenüber. Sollte sich ihr Einfluß verstärken, könnten notwendige Prozesse in Europa gebremst werden, außer Kontrolle geraten und ungewollte Folgen haben. Dem muß rechtzeitig mit geistigen, politischen und auch rechtlichen Mitteln begegnet werden. Antifaschistische Straßenaktion allein ist nicht ausreichend. Sie lockt rechtsstaatliche antifaschistische und patriotische Kräfte erfahrungsgemäß gerade auf jenes Feld, auf dem dann der rechtsextreme Populismus unter dem Motto „Wir sind da" und „Denen haben wir es gegeben" weiteren Einfluß gewinnt. Unsicherheit und Angst, aber auch falsche Hoffnungen sind die Folgen, besonders in der mittleren und älteren Generation und unter Frauen. Doch genau das wird von rechtsextremer Seite bezweckt. Kompromißbereitschaft für ihre Handlungsweise soll entstehen, weniger aus Vernunft, sondern mehr aus Angst, die auch nationalistische „Lösungen" als Ausweg sieht.

Angst ist das zentrale Motiv für Rechtsextremismus:
Angst, die Kontrolle über die eigene Lebensplanung zu verlieren. Angst haben auch jene, die im täglichen Konkurrenzkampf um Arbeit, Erfolg und sozialen Status momentan bestehen können. Allein die Furcht vor dem Abrutschen, vor dem Versagen in der Konkurrenz erzeugt schon das Gefühl von Ohnmacht.

Soziale Abstiegsängste und Bedrohungsgefühle gegenüber gesellschaftlichem Wandel, gegenüber der Modernität und Komplexität der Gesellschaft werden von der Partei „Die Republikaner" geschürt und ausgenutzt.

Die Republikaner knüpfen in ihrer Agitation gegen alles „Fremde" an ganz unterschiedliche Ängste in Teilen der Bevölkerung an: Als fremd und bedrohlich werden nicht nur die zuziehenden „Fremden" (Aussiedler, Ausländer oder Asylanten) empfunden, sondern auch die „bedrohlichen" Herausforderungen des Modernen: High-Tech, veränderte Verhaltens- und Rollenmuster, veränderte Mobilitätsanforderungen, neuartige Werthaltungen und Lebensstile, die offenen und ungewissen Perspektiven des europäischen bzw. weltwirtschaftlichen Wettbewerbs.[2]

Eben darauf zielt der Ideenvorrat der „Republikaner", die mehr in die Parlamente streben als auf die Straße. Dort lassen sie andere für sich „arbeiten" und benutzen dies für ihre Propagandazwecke. Ihre Hauptargumente sind: Die Überfremdung mit Ausländischem sei an allem schuld. Die Großmächte Rußland und Amerika benachteiligten Deutschland noch immer. Die Grenzen von 1937 seien unverzichtbar für Deutschland. Europa würde nur auf der Grundlage der Idee eines erneuerten „Reiches" funktionieren. Und um Wähler zu gewinnen, werden soziale Unsicherheit und Unzufriedenheit von Deutschen in deren Alltag aufgegriffen und zum Nationalismus gewendet.

2 Weder verharmlosen noch dämonisieren. Die Wähler der extremen Rechten I. hrsg. von K.-H. Klär u. a., Demokratische Gemeinde, Bonn 1989. („Projekt R" der Abteilung Politik/Forschung/Planung beim Parteivorstand der SPD Bonn, im folgenden kurz: SPD-Studie.)

Das Phantombild der „Republikaner“

Der politische und geistige Einfluß der „Republikaner“ wird durch ihre scheinbar radikale „nationale“ Reaktion auf alltägliche Bedrängnisse und Sorgen, Ereignisse und Prozesse möglich. Es sind die Deutschen, an die sie sich wenden, und sie geben vor, deren Interessen am konsequentesten zu vertreten. Auf diese Weise entsteht ein Phantombild von den „Republikanern“, das ihre tatsächlichen politischen Wirkungsmöglichkeiten übersteigt. Claus Leggewie, ein Kenner der Szene, hat darauf aufmerksam gemacht. Doch gerade wegen dieser Phantomwirkung können die „REPs“ als die wahren Sachwalter der deutschen Nation erscheinen. Genau dem entspricht ihre modernisierte ideologische und politische Strategie. Weil sie in der nächsten Zeit kaum zu einer Massenpartei werden, sondern nach ihren eigenen Schätzungen höchstens zwanzig Prozent des Wählerpotentials erreichen können, versuchen sie, geistigen und politischen Einfluß auf alle anderen Kräfte und Bewegungen zu erlangen, bis hin zu den „Grünen“, der Friedens- und Frauenbewegung und anderen. Scharfes Aufwerfen „deutscher“ Interessen soll die anderen Parteien und Bewegungen zu nationalistischen „Lösungen“ veranlassen. Als geistige und politische Vorkämpfer könnten die „Republikaner“ jeden Erfolg in dieser Richtung dann voll für sich verbuchen. Geistiger und politischer Druck von rechts für nationalistische „Lösungen“ im Innern und nach außen wird auf diese Weise möglich.

Auf diese verdeckte Strategie hat vor allem der Duisburger Germanist Siegfried Jaeger in seiner Studie „Rechtsdruck“ aufmerksam gemacht. Eine solche Strategie kann nur Erfolg haben, wenn unter den Wählern eine Art Phantombild von den „Republikanern“ als kompetenten Vertretern des „Deutschen“ existiert. Dieses Bild gibt eine auf den Alltag verkürzte Sicht des „Nationalen“. Wichtige Inhalte der humanistischen nationalen Identität, die sich heute herausbilden muß, werden darin überhaupt nicht erfaßt, wie etwa die sinnvolle Gestaltung der Beziehungen der Deutschen zu allen anderen Völkern und Nationen oder Rassen. Die Wirkung dieses Phantombildes zeigte sich bei den jüngsten Wahlerfolgen der „Republikaner“. Welche Mechanismen funktionierten hier unter der Oberfläche?

Bei den 89er Wahlen in Westberlin und in der Bundesrepublik haben vor allem die „Republikaner“ beträchtlich an Stimmen gewonnen. Ihren Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 konnte man zunächst noch

Wahlergebnisse zum Berliner Abgeordnetenhaus:

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	AL	FDP	REP	Andere
10. 3. 85	83,6	46,4	32,4	10,6	8,5	—	2,1
29. 1. 89	79,6	37,8	37,3	11,8	3,9	7,5	1,7

Europawahl 1989: Amtliche Endergebnisse (in Prozent)

	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	DVU	Sonstige
Bundesgebiet gesamt	62,3	37,8	37,3	8,4	5,6	7,1	1,6	1,3
Schleswig-Holstein	58,4	36,4	44,4	6,7	5,3	4,6	1,3	1,3
Hamburg	56,5	31,5	41,9	11,5	6,2	6,0	1,5	1,5
Niedersachsen	63,2	35,9	42,0	8,4	5,8	4,8	1,6	1,5
Bremen	58,7	23,3	46,4	13,8	7,0	4,5	3,2	1,8
Nordrhein-Westfalen	62,3	35,7	43,6	7,9	5,7	4,1	1,3	1,7
Hessen	60,2	33,3	40,5	9,9	5,5	6,5	2,3	2,0
Rheinland-Pfalz	77,2	38,7	40,2	7,3	5,7	4,6	1,5	2,0
Baden-Württemberg	58,4	39,3	29,1	10,0	7,2	8,7	2,4	3,3
Bayern	61,1	45,4	24,2	7,8	4,0	14,6	1,0	3,0
Saarland	78,9	34,5	45,3	6,2	4,8	5,8	1,3	2,2

„besonderen" Berliner Verhältnissen anlasten. Doch schon im März folgten dann Stimmengewinne der „Nationaldemokraten" (NPD) in Frankfurt/Main, und bei den Wahlen für das Europäische Parlament erhielten die „Republikaner" 7,1 Prozent der Stimmen – mehr als zwei Millionen! Außer dieser neuen rechten Partei fielen auf die „Deutsche Volksunion" (DVU) 1,6 Prozent, das ist fast eine weitere halbe Million. Diese ursprüngliche Partei von Altnazis hatte sich in der letzten Zeit an Standpunkte der neuen Rechten in Westeuropa angenähert, sich partiell vom Nationalsozialismus zu distanzieren begonnen

Ergebnisse der Europawahl 1989: Republikaner und DVU (in Prozent)

	REP	DVU	Gesamt
Schleswig-Holstein	4,6	1,3	5,9
Hamburg	6,0	1,5	7,5
Niedersachsen	4,8	1,6	6,4
Bremen	4,4	3,2	7,6
Nordrhein-Westfalen	4,1	1,3	5,4
Hessen	6,5	2,3	8,8
Rheinland-Pfalz	4,6	1,5	6,1
Baden-Württemberg	8,7	2,4	11,1
Bayern	14,6	1,0	15,6
Saarland	5,8	1,3	7,1
Bundesrepublik insgesamt	7,1	1,6	8,7

und damit auch an Stimmen gewonnen. Doch auch die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), die neben legalen Methoden auch militant-terroristische nicht ausschließt, bekam 0,1 Prozent der Stimmen. Bei diesem letzten landesweiten Test vor der Bundestagswahl 1990 erhielten die „REPs" und andere rechtsextreme Parteien zusammengenommen etwa 10 Prozent. Auch die Ergebnisse weiterer Landtagswahlen deuteten darauf hin, daß es die Wählerschaft mit ihrer Entscheidung für neue Rechte ernst meinte und es sich nicht nur um eine zeitweilige Protestation gegen zunehmende soziale Unsicherheit und Politfilz handelte.

Bei den Wahlen in Bayern 1990, wo die Republikaner nur knapp über 5 Prozent erreichten, aber mit mehr als 20 gerechnet hatten, zeigte sich deutlich, daß dieses Potential augenblicklich rückläufig ist.

Der Grund dafür ist, daß durch die schnellen Veränderungen in der DDR das wichtigste Ziel der „REPs", die „Wiedervereinigung", praktisch so gut wie verwirklicht ist. Dies erfolgte aber weniger auf Initiative der Republikaner, sondern durch die Aktivitäten der CDU/CSU und des Bundeskanzlers.

Die konservativen Kräfte der BRD belegten damit entscheidende Problemfelder, an denen die „REPs" ihren Wählereinfluß weiter ausbauen wollten. Daher ein abflauendes Interesse an ihnen, das sicher noch eine bestimmte Zeit anhalten wird. Allerdings deutet sich an, daß die „REPs" versuchen, jetzt stärker auf die europäische Problematik zu reflektieren. Ihr „Deutschland zuerst", das sich zunächst vor allem auf die Wiedervereinigung bezog, wird durch die Devise „Europa zuerst" gegenüber Nichteuropäern in Süd, Ost und West modifiziert werden.

Damit ist keineswegs gesagt, daß jede Orientierung auf „Deutschland zuerst" in Europa schon aufgegeben wäre. Doch nach den Wahlen 1989 war nicht zu bestreiten: Rechts von den CDU/CSU-Unionsparteien entstand ein neues politisches Potential. Allem Anschein nach war das ein Zeichen dafür, daß in der Bevölkerung die verbreitete Resignation gegenüber sozialem Abbau und innenpolitischem Unvermögen der großen Parteien zu Ende ging und in den neuen Rechten eine Hoffnung gesehen wurde. Ihren politischen Einfluß gewann diese neue Rechte als eine moderne Form nationalistischer Reaktion auf Existenzsorgen von Bürgern.

Für einen Westberliner Arbeiter und seine Frau, beide knapp über dreißig und Republikanerwähler, stellte sich dies so dar: Seit dreieinhalb Jahren suchen sie eine neue Wohnung. Sie wollen sich endlich ein Kind anschaffen. Aber mit zwei Zimmern im Erdgeschoß, direkt an der Kreuzung und selbst im Sommer noch mittags bei elektrischem Licht, sei das doch nicht auszuhalten. Die Vermieter hingegen bekämen Tausende von Mark, um Aussiedler aufzunehmen. Da sollten doch erst einmal die eigenen Leute untergebracht werden! Was die „Republikaner" dazu sagen, sei schon lange auch das, was sie selbst denken. Endlich habe einmal jemand seine Stimme erhoben, um diese Zustände zu ändern. Das sei keine Ausländerhetze und habe mit Nazis nichts zu tun. Nein, mit Nazis wolle man nichts zu tun haben!

Fünf der zehn Westberliner Wahlkreise, in denen die „Republikaner" Stimmengewinne erzielten, liegen in dem alten Berliner Arbeiterviertel Neukölln, andere in dem einst roten Wedding und in dem kleinbürgerlichen Reinickendorf. Doch dieses Neukölln ist heute ein heterogenes Gebilde, eine Mischung von Vor- und Großstadt. Noch in den 60er Jahren wurden ganze Stadtviertel abgerissen und durch Großwohnsiedlungen ersetzt. Neukölln ist mit 300 000 Einwohnern der bevölkerungsreichste Stadtbezirk Westberlins. 45 000 davon sind Ausländer und 17 000 Sozialhilfeempfänger. Neukölln hat die wenigsten Kulturveranstaltungen, die schlechteste Luft und die meisten Hunde. In den Wohnsilos der Neuköllner Trabantenstädte, in denen sich die acht-, vierzehn- oder zwanzigstöckigen Gebäude nicht einmal durch die Farbe der Balkons unterscheiden, in denen Tante-Emma-Läden und Eckkneipen durch Einkaufscenter und Videoverleihe ersetzt wurden, brachten es die „Republikaner" sogar auf 21 Prozent der Wählerstimmen. Hingegen schafften sie in Vierteln mit den alten Berliner Mietskasernen, im restaurierten Böhmischen Dorf und im verkehrsberuhigten Rixdorf mit seinen großen Geschäftsstraßen und den kleinen türkischen Läden lediglich den Berliner Durchschnitt von etwa 7 Prozent.

In Neukölln hatten viele Wähler nie einen „Republikaner" gesehen! Aber alle kannten das Video mit dem Republikaner-Wahlspot: Vermummte Demonstranten, Türken und Punks spielten dort der sauberen Stadt das „Lied vom Tod" vor. Das wurde kopiert und weitergereicht, wie ein verbotener Porno- oder Horrorfilm. In Kneipen soll der Spot oft gezeigt worden sein. Nicht nur soziale Unsicherheit und Medien begünstigten die Hinwendung zu einer scheinbar zeitgemäßen „nationalen" Reaktion. In Neukölln lieferten sich türkische und deutsche „Gangs", etwa die „Terrorbande-Wutzkyallee" oder der „Türken-Beseitigungsverein", wochenlang regelrechte Straßenschlachten. Anpöbeleien und Androhung von Gewalt auch gegen friedfertige, z. B. christliche Schüler und Jugendliche, griffen um sich. Nach Ladenschluß 6 Uhr abends schließen die Geschäfte und Videotheken. Ältere Menschen verschwinden von den Straßen. An den noch offenen Buden und an den U-Bahn-Eingängen sammeln sich dafür Jugendliche und geben sich Heavy Metal, Skinhead-Pogo, u. a. hin. Sonst beschäftigt sich niemand mit ihnen. So entsteht Aufnahmebereitschaft auch für Angebote von rechts.

Am 29. Januar 1989 haben 18,8 Prozent der männlichen Erstwähler in Westberlin „Republikaner" gewählt. Diese Erstwähler folgen nicht mehr dem klassischen Dreiparteien-System. Sie scheuen sich nicht, auch eine neue Rechtspartei für authentisch zu halten und ihr eine Chance zu geben. Jung- und Erstwähler entscheiden sich überdurchschnittlich dafür, und zwar um so mehr, je gemäßigter sich die zur Wahl stehende Partei gibt. Hier öffnet sich der Spalt für den Einfluß der „Republikaner" und ähnlicher neuer rechter Gruppierungen auf die nachrückende Generation. Unter dieser No-future-Generation wächst die Stimmung, daß sich die neuen Rechtsparteien stark machen für den kleinen Mann (38 %), für frischen Wind sorgen (26 %), eine gute Alternative zu den anderen Parteien darstellen (16 %), keine Gefahr für

die Demokratie bilden (ca. ein Drittel) und man ihnen daher eine Chance geben solle (ca. ein Viertel). Diese Tendenz in der Stimmung verhältnismäßig unerfahrener junger Wähler ist unverkennbar, und alles deutet darauf hin, daß die „Republikaner" mit ihrem im Januar 1990 vorgestellten neuen, noch weiter gemäßigtem Parteiprogramm darauf zielen, diesen Einstieg bei jungen Leuten zu erweitern.

In gleichem Maße appelliert dieses Programm an alle anderen Wählerschichten. So waren die „Republikaner" auch in bürgerlichen Bezirken Westberlins wie Zehlendorf (4,3 %) und Charlottenburg (5,9 %) verhältnismäßig erfolgreich, d. h. nicht nur in entfremdeten Wohnsilos und unter sozial gefährdeten Schichten der Bevölkerung und der Jugend. Sie wirken als Sammelbecken für alle politisch Heimatlosen, die außerhalb des bisherigen Parteienspektrums einen Ausweg suchen. Den meisten Zustrom erhielten sie bundesweit von den konservativen Unionsparteien. Jeder zweite Anhänger der „Republikaner" wählte früher CDU/CSU. Etwa 15 Prozent kommen von der SPD und jeweils 6 Prozent von der FDP und von den Grünen. Unter Frauen haben die „Republikaner" allerdings bisher noch keinen größeren Einfluß gewinnen können (5,9 %). Sie werden deutlich mehr von Männern gewählt (10,8 %). Dieses Verhältnis gilt auch für Frankreich und andere Länder.

Die Hinwendung dieser Wählerschichten zur neuen Rechten als einer scheinbar zeitgemäßen Form „nationaler" politischer Reaktion kommt aus dem Wunsch nach neuen Lösungen. „Man kann wieder wählen" ist nicht erst ein Slogan der „Republikaner". Schon in den 60er Jahren wurde er von der NPD verwendet und brachte ihr damals zeitweiligen Erfolg mit teilweise über 10 Prozent der Wählerstimmen. Nach der zunehmenden Alternativlosigkeit der großen Volksparteien, speziell in der Innenpolitik, soll Politik wieder spannend werden. Hier bieten die neuen Rechten eine sehr konkrete Alternative. Als politische Kraft haben diese Rechten bei ihren in der nächsten Zeit maximal erreichbaren Fünftel der Wählerstimmen (Schätzung Schönhubers) keine Chance, die Existenzbedingungen ihrer Wähler wirklich zu verändern. Dies wird für die Zukunft versprochen, wenn man noch mehr Stimmen habe. Es geht den „Republikanern" und anderen neuen Rechten hier nicht anders als jeder politischen Strömung oder Gruppe, die sich noch in der Minderheit und nicht an der Macht befindet. Ihre Ideen und ihre Politik umreißen stets erst ein möglichst ansprechendes Bild der Zukunft, das sich später dann meist als ein Idol erweist.
Deswegen müssen solche Bilder rechtzeitig genauer hinterfragt werden.

Die extremen Rechten haben mit der angeblichen Überfremdung ein Thema besetzt, das ihnen weit über das rechte Wählerspektrum hinaus hohe Aufmerksamkeit und auch Zustimmung sichert.

Der Rechtsextremismus ist nicht ein Problem, das an den Rändern der Gesellschaft entsteht, er hat seine Quellen in zentralen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels.

Die dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß eigenen Individualisierungstendenzen (Lockerung der Bindungen an Familie, Beruf, Arbeit und Betriebe, Kirche, Parteien, Gewerkschaften) haben bei einem Teil der Bevölkerung zu zunehmender Verunsicherung und Orientierungslosigkeit geführt. Es steigt die Anfälligkeit gegenüber politischen Angeboten, die vermeintliche Sicherheit gewährleisten, sei es durch Überbetonung der Nation oder durch Bereitstellung von Sündenböcken (Fremde).

Daten zum politischen Bewußtsein der REP-Anhänger

Die Anhänger der Republikaner beurteilen das politische System der Bundesrepublik, die Parteien, die Regierung und die Opposition noch negativer als der Durchschnitt der Bundesbürger. Nach der o. a. Spiegel-Umfrage vom März 1989 waren es in erster Linie nicht soziale Gründe, sondern politische Motive, die den Republikanern die Wähler zuführten.
(Siehe: Mit Gestrigen in die Zukunft? Spiegelumfrage über Hitler, die NS-Zeit und die Folgen. In: Der Spiegel, Nr. 15/1989, S. 156.)

- — 67 Prozent der REP-Anhänger (aber nur 38 Prozent der Gesamtbefragten) waren der Auffassung, daß Hitler ohne den Krieg und die Judenverfolgung einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen wäre;
- — 52 Prozent der REP-Anhänger (aber nur 18 Prozent der Befragten insgesamt) hatten eine negative Einstellung zu Juden in der Bundesrepublik;
- — 67 Prozent der REP-Anhänger sprachen sich für eine Führerpersönlichkeit aus, die Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert;
- — 62 Prozent der REP-Anhänger (aber nur 34 Prozent der Befragten insgesamt) lehnten die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab;
- — 72 Prozent der REP-Anhänger meinten, man solle das „Deutsche rein erhalten" und eine „Völkervermischung verhindern".

Fazit:

Die Republikaner verfügen über keine Konzepte für die Lösung der drängenden Probleme. Sie verharmlosen die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Holocaust, relativieren die Kriegsschuld Deutschlands, schüren Judenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß, wollen den gesellschaftlichen Pluralismus drastisch einengen, die Tarifautonomie zerschlagen und die Pressefreiheit abschaffen. Sie sind eine rechtsextreme, antidemokratische Partei.

(SPD-Studie)

Die „Republikaner" und andere neue Rechte sind ein solches Phantombild, das Menschen, Wähler, politisch aktivieren kann. Doch es handelt sich dabei eigentlich nur um symbolische Politik. Anstelle sinnvoller wirklicher Veränderungen im alltäglichen Leben der Wähler werden Reden, Erklärungen, Programme und Kommuniqués als „Politik" ausgegeben. Wie in einer Fernsehschau wird auf der Bühne ein Politspiel in Gang gebracht. Und weil die Zuschauer alle Deutsche sind, kann es mit Hilfe eines modernisierten Nationalismus mit Leichtigkeit aufgezogen werden. Es verpflichtet die „Republikaner" und andere neue Rechte zu nichts, wenn sie auf dieser Bühne fiktiver Politik nach Herzenslust „spielen". Der potentielle Wähler fühlt sich wie ein Fernsehzuschauer angezogen und glaubt dann per Wahl politisch entscheidend mitzubestimmen.

Kaum einer der von uns Befragten ehemaligen SPD-Wähler hat eine geschlossene rechtsextreme Weltanschauung, d. h. nicht festzustellen war:

- — ein nationalsozialistisches Geschichtsbild (z. B. die „Auschwitz-Lüge"),
- — die Verehrung des Führerstaates,
- — militaristische Neigungen,
- — vaterländische Ideologie sowie Blut- und Boden-Rassismus.

Bei diesen Befragten fanden wir jedoch eine (die politischen Deutungsmuster beherrschende) sozialkulturell motivierte Fremdenfeindlichkeit.

Wir haben dieses ideologische Grundmuster als „Wohlstandschauvinismus" bezeichnet:

Anspruch auf die Früchte des Wohlstandes sollen ausschließlich – oder in erster Linie – die Deutschen in der Bundesrepublik haben. Asylbewerber schließt man davon in der Regel ebenso aus wie deutschstämmige Aussiedler („die können ja noch nicht mal Deutsch").

Selbst DDR-Übersiedler werden von manchen Gesprächspartnern diesem unerwünschten Personenkreis zugeschlagen.

(SPD-Studie)

Letztlich erweisen sich, wie Claus Leggewie von der Universität Gießen zutreffend vermerkt, die Sympathie und eine Wahlentscheidung für das heutige neue rechte Phantombild bei den meisten Wählern als eine eigentlich unpolitische Reaktion. Sie wurde möglich, weil die großen Parteien in elementaren Lebensfragen die Bürger und vor allem auch Jugendliche nicht mehr im gehörigen Maße ansprachen und daher Unsicherheit und Mißtrauen gegen ihre Politik um sich griff.

Eine Typologie

Die Wählerschaft der Republikaner erweist sich als außerordentlich heterogen. Versucht man, die verschiedenen Motivationen, die unsere Befragten veranlaßt haben, Republikaner zu wählen, zusammenzufassen und zu gruppieren, so lassen sich mindestens sechs Wählertypen identifizieren:

— die angepaßten Neonazis,
— die enttäuschten Wende-Wähler,
— die statusbedrohten Mittelständler,
— die entfremdeten Kleinbürger,
— die autoritären jungen Arbeiter,
— die Opfer der Zweidrittelgesellschaft.

(SPD-Studie)

Dies wurde undifferenziert auf jegliches Politische übertragen. In den alltäglichen Lebensfragen unterschieden sich die Konzepte politischer Parteien kaum noch voneinander. Das Ergebnis war Politikmüdigkeit. Es kam zu einer Abwendung, zu einem Verlust des Politischen bei allen, die sich von den herrschenden Parteien verlassen fühlten. Die Analogie zur Situation in der DDR der letzten Jahre ist unverkennbar.

In der BRD führte dies mit den „Grünen" zunächst zu einer Reaktion am linken Rand des Parteienspektrums. Später tauchte mit den neuen Rechten, speziell den „Republikanern", eine neuartige politische Kraft auf, die an Einfluß gewinnt, weil sie vorgibt, sich jetzt endlich energisch um die Interessen Deutschlands und jedes einzelnen Deutschen zu kümmern. Mit ihrer Entscheidung für die „Republikaner" beendeten Wähler ihre Wahlenthaltung und politisches Desinteresse und kehrten gewissermaßen in das politische System zurück. Aber, und das muß rein sachlich festgehalten werden, diese „Rückkehr" entspringt einem unmittelbaren und dadurch meist schematischen Reflex gegen materielles und geistig-kulturelles Elend, gegen fortschreitenden Sozialabbau und gegen die Unfähigkeit des herrschenden Parteiensystems, diese Unsicherheiten aus der Welt zu schaffen. Man sucht nach etwas Sicherem, das bestehen bleibt. Und das ist für jeden Deutschen seine ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit. Der Griff zu diesem „Nationalen" ist daher das Nächstliegende. So war also die Wählerentscheidung für das nationalistische Phantombild der neuen Rechten keine tiefer reflektierte politische Entscheidung. Sie war der einseitige und vorwiegend emotional motivierte Griff nach einem scheinbar naheliegenden Ausweg, der auch Gefahren in sich birgt.

Angesichts der bitteren Erfahrungen des deutschen Volkes mit Nationalismus und Nationalsozialismus ist gerade für Deutsche eine stärker reflek-

tierte Art des Umgangs mit solchen Phantombildern angesagt. Dazu müssen größere Zusammenhänge gesehen werden, die nationale Enge überschreiten.

Neuer Nationalismus als neofaschistische Gefahr

Aus dieser Sicht ergibt sich vor allem folgendes Problem: Bleiben die nationalistischen neuen Rechten eine Randerscheinung im politischen Leben? Werden sie bald wieder von der politischen Bühne verschwinden wie seinerzeit in den 60er Jahren die NPD nach ihren unerwarteten Wahlerfolgen von z. T. mehr als 10 Prozent der Wählerstimmen? Oder sind die legalen neuen Rechten, in der BRD vor allem die „Republikaner", eine schleichende neuartige nationalistische oder gar neofaschistische Gefahr, schleichendes Gift für ein gewaltfreies Europa, dessen Fundament doch nur humanistisch und demokratisch sein kann?

Letzteres wird heute wohl meist verneint, obwohl sich in der jüngsten Zeit schon größere Unsicherheit darüber entwickelte, besonders nach den Wahlerfolgen Le Pens im November/Dezember 1988 in Frankreich. Linke und liberale Kräfte entschlossen sich dort sogar, Konservativen ihre Stimme zu geben, damit überhaupt etwas gegen die neue rechte nationale Union Le Pens ausgerichtet werden konnte.

In der Bundesrepublik und in Westberlin wird das heute meist noch nicht so gesehen. Man glaubt, die „Republikaner" und andere neue Rechte ließen sich an den rechten Flügel der konservativen Parteien, d. h. der CDU/CSU, binden. Manche meinen, die neuen Rechten könnten nur im Falle einer großen Koalition zwischen den konservativen Unionsparteien und der SPD zu einer realen Gefahr werden. Dritte sehen diese Gefahr nur dann, wenn sich die soziale Situation breiter Schichten der deutschen Bevölkerung weiter verschlechtern sollte. Wieder andere meinen, es genüge, den neuen Rechten mit intensiver Aufklärung zu begegnen. Rechtsstaatliche Mittel seien nicht erforderlich. Man hofft, daß die „Republikaner" wieder in der Versenkung verschwinden. Andere rufen zu entschlossenem Handeln in Politik und Kultur des Rechtsstaats auf. Mit anderen Worten: Es bestehen über die neuen Rechten als einer neuartigen politischen Erscheinung sehr geteilte Meinungen.

Ähnliches gab es in der deutschen Geschichte schon einmal. Jeder weiß, daß in der Zeit der Weimarer Republik auch unterschiedliche Meinungen über die damaligen „neuen Rechten" bestanden und folglich Uneinigkeit unter den demokratischen und humanistischen Kräften herrschte. Sie gab dem Nationalsozialismus ideologischen und politischen Raum. Von den meisten wurde die Gefahr, die von diesen „neuen Rechten" für Deutschland und Europa ausging, nicht frühzeitig genug erkannt. Glücklicherweise gibt es heute bereits in nahezu allen politischen Lagern warnende Stimmen. Aber

sie müssen sich rechtzeitig zusammenfinden, wenn einer neofaschistischen Gefahr rechtzeitig begegnet werden soll.

Viele verstehen unter Faschismus nur nackte Gewalt und Terror. Vor allem junge Leute verfügen meist allein über dieses Bild. Doch Faschismus kam auch auf leisen Sohlen. Seine menschenfeindlichste und grausamste Form, der Nationalsozialismus in Deutschland, fand anfangs keineswegs nur auf gewaltsame Weise Verbreitung. Auch dieser Faschismus glitt in das Fleisch und Blut der Menge vergleichbar winzigen Dosen von Arsen. Viktor Klemperer kennzeichnete so vor allem die Sprache des „Dritten Reiches". Schlagworte und Ideen dieses tödlichen Gifts schienen dringenden Bedürfnissen der Deutschen zu entsprechen. Dabei war das langfristige politische Programm der Nationalsozialisten von Hitler in seinem Buch „Mein Kampf" um die Mitte der 20er Jahre schon klar und deutlich formuliert und veröffentlicht worden. Jeder konnte es zur Kenntnis nehmen. Doch für dieses Programm gab es zu dieser Zeit **erstens** noch keine Partei mit Masseneinfluß. Die Nazis waren 1925 gerade erst wieder legal geworden, nachdem sie 1923 zusammen mit Militärs in München gegen die Weimarer Republik geputscht hatten. **Zweitens,** und das darf nicht übersehen werden, war dieses Programm in seinen menschen- und völkerrechtsfeindlichen Endzielen so ungeheuerlich, daß man sich einfach nicht vorstellen konnte, vernünftige Menschen würden es irgendwann ernsthaft verwirklichen wollen.

Genau diese Diskrepanz zwischen einer im Grunde friedfertigen und humanistischen Einstellung im Volke und den längerfristigen verbrecherischen Zielen der Naziführung mußte überbrückt werden, wenn man die Massen gewinnen wollte. Dem diente vor allem eine scharfe Akzentuierung erlittenen „nationalen" Unrechts durch den Versailler Vertrag gegen Deutschland am Ende des ersten Weltkrieges. Die Weimarer Demokratie akzeptierte diesen Vertrag, und daran zogen die Nazis alle Register rassistischer und nationalistischer Hetze und Verleumdung auf. Schuld an allem waren „Andere", „Fremde", „Ausländisches" und damals vor allem „Jüdisches".

Völkische Ideologie

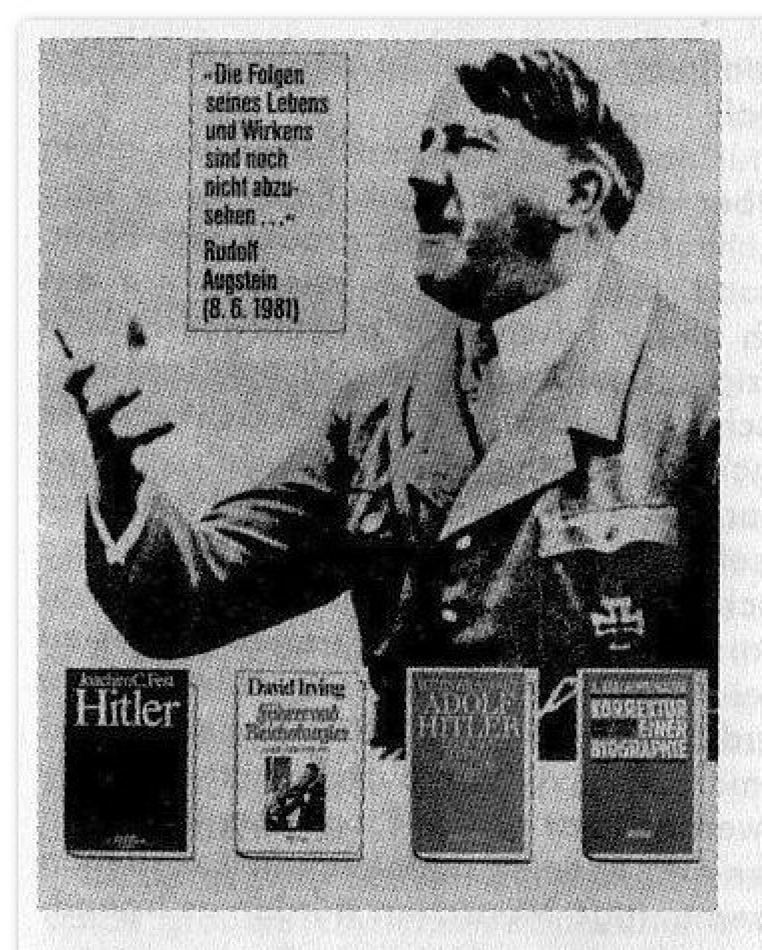
In den vermutlich auch mit Blick auf mögliche verfassungsrechtliche Einwände sorgfältig formulierten Programmen der Republikaner tritt der antidemokratische Charakter der Partei nicht immer klar und deutlich hervor. Analysiert man jedoch zusätzlich die Reden und Schriften des Parteivorsitzenden oder anderer führender Funktionäre, die Flugblätter und die Parteipresse, dann finden sich viele klare Belege für die antidemokratische Fundierung und Programmatik der Republikaner.

Die völkische Komponente der REP-Ideologie zeigt sich z. B. in dem Artikel „Volk in der Krise" (Der Republikaner, 4/1988). In dem als Aufmacher plazierten und gegen Ausländer gerichteten Beitrag heißt es u. a.:

„Das in Jahrtausenden gemeinsamer Geschichte gewachsene, auf geistigen und blutsmäßigen Bindungen beruhende Gemeinschaftsbewußtsein unseres Volkes wird brüchig werden, das Gefühl innerer Verbundenheit, das auch in schweren Zeiten Halt und Kraft verlieh, geht verloren, und mit ihm die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln. Das wird Auswirkungen haben nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Sozialpolitik und der Verteidigungsbereitschaft."

(SPD-Studie)

All dies fundierte in den Augen sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten einen Glauben an die Versprechungen und Forderungen der Nationalsozialisten, eine Hoffnung auf Änderung ihrer mißlichen Lebenssituation.





Unbewältigte Vergangenheit: Im Zusammenhang mit der Historikerdiskussion gab es in der BRD einen großen Aufschwung für derartige Publikationen

Jede einschneidende Verschlechterung dieser Lebenssituation mußte den Einfluß der Nazis unweigerlich stärken. Er setzte dann mit der großen Weltwirtschaftskrise 1929–1932 auch massiv ein. Die bedürftige Masse fragte nicht nach den Jahre vorher verkündeten langfristigen Zielen Hitlers. Wer hatte schon „Mein Kampf" gelesen? Wichtig war die versprochene Lösung der Alltagsfragen. Und gerade in diesem Punkt waren sich die Gegenkräfte nie einig.

Vor allem dadurch konnte der Nationalsozialismus als politische Bewegung an Boden gewinnen, so daß er 1933 als Faschismus an der Macht seine langfristigen Ziele mit legalisiertem Terror gegen jeden Andersdenkenden im Innern und mit Aggression nach außen ansteuern konnte. Die demagogische Verhüllung der ursprünglichen Ziele durch Engagement für alltägliche Lebensfragen der Masse konnte allmählich aufgegeben werden. Man war zu den Endlösungen aufgebrochen.

Heute steht in der BRD und auch in anderen westeuropäischen Ländern auf absehbare Zeit zwar keine „Machtübernahme" durch nazistische und auch nicht durch neue rechte Kräfte auf der Tagesordnung. Aber die Lehren aus der Zeit der Weimarer Demokratie, in der der deutsche Faschismus noch nicht an der Macht war, sondern als Bewegung wirkte und sich formierte, sind heute brennend aktuell. Diese Lehren besagen **erstens**: Faschistische Bewegungen, so demokratisch sie sich anfangs auch legitimieren mögen, müssen im eigenen Lebensinteresse möglichst frühzeitig erkannt werden. Und die Geschichte besagt **zweitens**, daß sich alle demokratischen und humanistischen Kräfte rechtzeitig gegen eine solche Gefahr zusammenschließen müssen.

Wie wir bereits betonten, distanzieren sich die neuen Rechten partiell vom Hitlerfaschismus. Sie tun dies aus unterschiedlichen Gründen. Vor allem jedoch, um größere Teile der Wählerschaft für ihren nationalistischen Einfluß zu gewinnen. Denn die meisten Menschen sind gegen Faschismus, egal unter welchem Etikett. Daher eine notwendige Distanz zum Hitlerfaschismus von seiten der „Republikaner" und anderer in Westeuropa.

Man muß hier aber bedenken: Der Hitlersche Nationalsozialismus war durch seinen Rassenwahn eine besonders unmenschliche Form des Faschismus. Er ist aber nicht dessen einzige Form. Außer ihm existierte zum Beispiel der „klassische" Faschismus Mussolinis in Italien. Er unterschied sich vom Nationalsozialismus u. a. dadurch, daß er ohne ausgesprochenen Antisemitismus funktionierte. Neofaschismus ist daher von Jugendlichen und Bürgern nur schwer zu erkennen, wenn sie darin nur Hitler und die Nazis sehen.

Sollte der nationalistische Einfluß der „Republikaner" und anderer neuer Rechter in der BRD und in Westeuropa zunehmen, dann könnte es zu einer ernsten Gefährdung kommen. Jedes Deutschland oder auch Europa „zuerst" würde die sich eben anbahnenden Prozesse zwischen den beiden deutschen Staaten, den KSZE-Prozeß in Europa und die Abrüstungsverhandlungen zurückwerfen. Der Weg zu den möglichen sinnvollen humanistischen und sozial

gerechten Lösungen anstehender Probleme würde durch historisch überholtes, nationalistisches Reagieren verzögert werden. Daher ist auch der „neue" rechtsextreme Nationalismus historisch perspektivlos.

Wie konnte dieser Nationalismus entstehen?

Neue rechte Ideen waren zunächst eine Reaktion rechtskonservativer Intellektueller auf die linken Bewegungen um 1968 und ihren innen- und außenpolitischen Einfluß in den folgenden Jahren. Später nahm dieses neue rechte Denken auch organisierte politische Formen an. Es formierten sich entsprechende Gruppen und Parteien, in der BRD seit 1983 vor allem die „Republikaner". Man würde aber fehlgehen, wollte man nur diesen Zusammenhang zur Linken berücksichtigen. Bei näherem Hinsehen zeigen Parallelen zur Weimarer Republik: Der Faschismus der Nazis entwickelte sich damals keineswegs nur aus seiner Frontstellung gegen Linke und Liberale, obwohl es der Propaganda nach so aussah. Nein, der Nationalsozialismus entwickelte sich zugleich in einer engen Wechselbeziehung mit rechtskonservativen deutschnationalen industriellen, junkerlichen und militaristischen Kräften, die innen- wie außenpolitisch einen konfrontativen Kurs verfolgten, d. h. in einer Krise der bürgerlichen Demokratie.

Analoges gilt auch für den italienischen Faschismus. Auch er kam nicht ohne die Hilfe von traditionellen Eliten an die Macht. Großagrarier und Unternehmerschaft fühlten sich von der Exekutive im Stich gelassen, als die es z. B. vermied, bei Land- oder Fabrikbesetzungen Polizei und Armee einzusetzen. Es setzte sich die Auffassung durch, daß nur die Etablierung eines starken Staates helfen könne, der stabile Rahmenbedingungen für weiteres Wirtschaftswachstum unter nationalistischem Vorzeichen schafft und jede tiefgreifende soziale Reform im Ansatz unterdrückt.

Die Nazis versuchten zwar, dieses Zusammenspiel vor den Augen ihrer Wähler immer wieder zu verdecken, aber es ist historisch unbestreitbar. Und andererseits waren auch die rechtskonservativen Eliten nicht unbedingt an großer Öffentlichkeit ihres direkten oder indirekten Zusammenspiels mit der damaligen neuen Rechten interessiert. Die Nazis paßten nicht so recht zu ihnen. Ohne falsche Analogien ziehen zu wollen, kann man feststellen, daß sich die Herausbildung der neuen Rechten in der BRD und in Westeuropa in einem engen Zusammenhang mit rechtskonservativen, konfrontativen Kräften vollzieht. Das Erscheinen der neuen rechten politischen Richtung und ihrer Ideologie vollzog sich im Ergebnis einer Evolution von rechtskonservativen Ideen und ihrer Massenwirksamkeit in den Jahren nach 1945.

Verfolgen wir dies für die BRD genauer. Gegenüber dem nationalsozialistischen Denken entstand nach 1945 zunächst eine stark von den konservativen Unionsparteien geprägte politische Kultur. Diese bot eine bürgerlich-demokratische Ersatzideologie, die allerdings niemanden zwang, mit den

früheren Anschauungen in ihrer Gesamtheit zu brechen. So wurde der Antikommunismus der Nazis problemlos übernommen.

Gegen Entwicklungen im Osten stand man mit der ganzen kapitalistischen Welt und ihrer Führungsmacht USA in einer Reihe. „Deutschland" galt bald wieder etwas, im Sport, im Export, im Lebensniveau und in Sachen bürgerlicher Demokratie und Freiheit. Hinzu kam eine Sprache, in der ganz rechtes Gedankengut wieder einen Platz fand, ohne für das breite Publikum und auch für das Ausland sofort erkennbar zu werden. Nazistische oder militaristische Ideologie konnten zwar nicht als kompaktes Ganzes, wohl aber als Stückwerk wieder öffentlich verkündet werden. Dies galt als freie Willensäußerung, die weder den Bestimmungen der Alliierten noch des späteren Grundgesetzes zuwiderlief.

Auf diese Weise blieb vor allem der Gedanke erlittenen Unrechts weiter wirksam. Verbunden mit persönlichem Erleben verknüpfte er sich – ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg mit dem Vertrag von Versailles – diesmal mit den Vereinbarungen der Alliierten über die Deutschen auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam. Frühere Nazis saßen bald in den Leitungen der sogenannten Vertriebenenverbände und Landsmannschaften. 1951, also kurze Zeit nach Gründung der Bundesrepublik, wurde beispielsweise die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) ins Leben gerufen. Ein erneuerter „Stahlhelm-Kampfbund für Europa" setzte seine schon 1919 begonnene nationalistische Propaganda fort. Bei den Bundestagswahlen 1953 durfte bereits eine nazistische „Deutsche Reichspartei" (DRP) kandidieren und als Spitzenkandidaten den von den Nazis höchstdekorierten Flieger Rudel ins Rennen schicken.

Heute ist kaum noch bekannt, daß Adenauer nicht nur mit seiner eigenen Stimme die erforderliche Mehrheit als Bundeskanzler erhielt, wie oft gesagt wird. In Wirklichkeit gelangten die konservativen Koalitionsparteien CDU/CSU damals dank einer Koalition mit der rechtskonservativen und „national" orientierten Deutschen Partei und der Bayernpartei, sowie mit der liberalen FDP in die Regierungsverantwortung.

Neben Positionen alter Kräfte im Machtapparat und in der Wirtschaft entstand in der Bundesrepublik in den letzten vierzig Jahren ein breites Spektrum von Gruppen, Organisationen und Parteien, die mehr oder weniger deutlich am Nationalsozialismus oder an einzelnen seiner Denk- und Handlungsmodelle festhielten. Alle diese nazistischen und neofaschistischen Gruppierungen waren rechts von der konservativen CDU/CSU angesiedelt. Ihr Nationalismus deckte sich in der Ostpolitik nahezu vollständig mit rechtskonservativen Positionen, die innerhalb der Unionsparteien vertreten wurden. Deutsche Ansprüche bildeten hier während der ganzen Zeit des kalten Krieges ein einigendes Band. In all den Jahren war es der CDU/CSU so möglich, rechtsextremes nationalistisches Wählerpotential weitgehend an sich zu binden und auf diese Weise in die bestehende rechtsstaatliche Struktur einzubringen. Wegen dieses Bindungseffekts gelang es den rechtsextremistischen Kräften nicht, sich mit stabilen Wahlerfolgen in der Öffentlichkeit zu

etablieren. Auch die überraschenden Wahlerfolge der damals sehr stark naziorientierten NPD in der Mitte der 60er Jahre blieben eine Episode. Es steht wohl außer Zweifel, daß dabei die antinazistische Grundeinstellung in der überwiegenden Mehrheit der bundesrepublikanischen Wählerschaft die letztlich entscheidende Rolle spielte.

Als dann Ende der 60er Jahre die sozialliberale Koalition unter Brandt/Scheel ans Ruder kam, mußten nicht nur im konservativen und rechtskonservativen Lager der Unionsparteien CDU/CSU neue Ideen und Strategien entwickelt werden. Auch im rechtsextremen Lager war es höchste Zeit geworden, zu neuen Überlegungen zu kommen, wenn man in Zukunft überhaupt wieder eine größere Wählerschaft gewinnen wollte. Beide Bestrebungen trafen sich in den Anfang der 70er Jahre entstandenen „Denkfabriken" für eine modernisierte konservative und eine darüber hinausgehende neue rechtsextreme, nationalistische Politik und Ideologie. Nach dem Antritt der Brandt/Scheel-Regierung 1969 schlug zunächst die CDU eine andere Strategie ein. Von einer „Kanzlerpartei", die sie unter Adenauer und seinen Nachfolgern gewesen war, wandelte sie sich zu einer wieder massenwirksameren „Fraktionspartei". Sie gewann vor allem deutsch-national orientierte und mittelständische Kreise, die mit der Ost- und Reformpolitik der sozialliberalen Koalition nicht einverstanden waren. Für sie wurde die CDU wieder zu einer Art „Kampfpartei". Ihr Widerstand besonders gegen die Ostpolitik führte zwar damals noch nicht zu neuer Regierungsmacht, wohl aber zum Verschwinden der NPD von der politischen Bühne. Diese nazistische Partei hatte Mitte der 60er Jahre etwa 20 000 Mitglieder, 61 Abgeordnete in fast allen Landtagen und bei der Bundestagswahl 1969 immerhin noch 1,4 Millionen Zweitstimmen erhalten. Aber ihre bevorzugten Wahlkampfthemen waren jetzt wieder von der CDU besetzt. Die CSU unter Strauß verfolgte dabei das Ziel einer absoluten Mehrheit gegen die SPD/FDP. Das brachte der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1976 und dann auch 1983 wieder Wähleranteile fast wie zu Zeiten Adenauers.

Das Scheitern der NPD, die bei den Bundestagswahlen 1969 mit 4,3 Prozent knapp die 5-Prozent-Grenze verfehlte und danach abbröckelte, war jedoch vor allem darauf zurückzuführen, daß ihr damals eindeutiger Bezug auf den Hitlerfaschismus im geistig-kulturellen Klima von 1968 keinen Boden mehr fand. Es zeigte sich, daß eine rechte Sammlungsbewegung stets auch ein rechtes politisch-kulturelles Klima zur Voraussetzung hat. Dies fehlte damals fast völlig. Demokratisch orientierte Kräfte befanden sich an den Universitäten, in den Medien und z. T. auch auf der politischen Ebene in der Vorderhand. Die gesamte intellektuelle Diskussion wurde von linken Ideen beherrscht.

Siegfried Jäger resümiert in der von ihm herausgegebenen Studie über den „Rechtsdruck" in der BRD, was das strategisch für eine neue Rechte bedeutete: Der rückwärtsgewandte Nationalismus der rechtsextremen Altnazis hatte in der BRD auch in seiner „nationaldemokratischen" Verpackung versagt. Der Hitlerfaschismus war zu dieser Zeit durch seine Verbrechen im öffentlichen

Bewußtsein so sehr diskreditiert, daß jede offene Identifikation mit ihm zur politischen Isolierung führte. Hitler und sein Nationalsozialismus waren **erstens** aus völkisch bzw. sozialdarwinistischer Sicht gescheitert. Den Krieg hatte das „deutsche Reich" verloren, nicht nur eine Person oder Partei. **Zweitens** war es in der veränderten politischen Weltsituation völlig illusorisch, ein Großdeutschland anzustreben, das im Alleingang zu einer Vorherrschaft in Europa oder gar wieder zur Weltmacht greift. Eine plumpe Kopie des Hitlerfaschismus wurde anachronistisch. Sie bot sich auch maßgeblichen Kapitalkreisen nicht mehr als Lösung an.

Partielle Abkehr vom Hitlerismus

Für die Rechten wurde es notwendig, sich in irgendeiner Form vom Nationalsozialismus öffentlich zu distanzieren, ohne sich jedoch generell von ihm zu verabschieden. Dies wurde damals Ziel junger aktivistischer Kreise, die sich von der NPD abwandten und die ersten angepaßteren Gruppierungen einer „neuen Rechten" bildeten. Die Bezeichnung „Neue Rechte" wählten sie selbst, einerseits als Anlehnung an den Begriff der „Neuen Linken", die Ende der 60er Jahre in der öffentlichen politischen Szene dominierte, andererseits aber auch als frontale rechte Gegenbewegung zu diesen Linken.

Ideologisch bezieht sich diese neue Rechte auf andere Varianten des Faschismus, solche, die in den 30er Jahren dem Hitlerfaschismus unterlegen waren, wie den Strasser-Flügel in der NSDAP, auf völkische Gruppen und Zirkel und auf die damaligen geistigen Wegbereiter von Faschismus, als die sich die Theoretiker der sogenannten Konservativen Revolution in der Weimarer Zeit erwiesen hatten. Dies alles wurde in scheinbarer Abkehr vom Faschismus der Nazis aktiviert und zu einem pseudowissenschaftlich begründeten, aber in sich geschlossenen ideologischen System entwickelt. In modern klingenden Begriffen wie „nationale Identität", „realistisches Menschenbild", „Pluralismus aller ethnischen Gruppen und Gemeinschaften" (Ethnopluralismus) wurde im Kern die alte völkisch-nationalistische Ideologie modernisiert. Dabei distanzierte man sich vom Militarismus und Völkermord der Nazis mit seinem ausgeprägten Antisemitismus. Statt einer nordischen Rassenhierarchie wie bei den Nazis wird „lediglich" eine Rassentrennung nach südafrikanischem Vorbild gefordert bzw. jeder völkischen ethnischen Gemeinschaft ein Recht auf Selbstverwirklichung ihrer spezifischen Eigenart zugebilligt. Daß dabei die ökonomisch-sozial entwickelteren Gemeinschaften wie die BRD von vornherein Vorteile haben und gegenüber anderen nutzen können, wird stillschweigend vorausgesetzt. Statt dessen werden ein „Recht" auf Ungleichheit und der Kampf gegen Anhänger von sozialer und humanitärer Gleichheit gefordert. Nicht Juden sind diesmal der Weltfeind, sondern alle Geistes- und Lebenshaltungen, die in irgendeiner Form die Gleichheit aller Menschen beinhalten. Nicht nur Sozialismus, sondern auch Liberalismus und Christentum

werden als „widernatürliche" Ideologien abqualifiziert. Anstelle eines Großdeutschland als Weltbeherrscher, dem Wunschbild der Nazis und ihres tausendjährigen Reiches, wird von nun an die Schaffung einer Supermacht Europa mit einem „neuvereinigten" Deutschland als Kern propagiert.

Das Ergebnis ist also keineswegs eine „geläuterte", nicht mehr nach rückwärts gewandte nationale Identität der Deutschen, sondern ein rechtsextrem aktivistischer, sozialdemagogisch neu herausgeputzter Nationalismus. Dieser potentielle Neofaschismus versucht alte Ziele nicht offen nazistisch und terroristisch, sondern „gemäßigt", aber wiederum „radikaler" als die konservativen CDU/CSU-Parteien zu verwirklichen. Dabei geht er mit rechtskonservativen Kräften in diesen Parteien bis zu einem gewissen Grade zusammen. Er lehnt gewaltsame bis hin zu terroristischen Aktivitäten nicht unbedingt und für alle Fälle ab.

Dieses nationalistische Fundament ist mit einem Umbau der Strategie verbunden, die über parteipolitische Bestrebungen, wie sie für die Nazis kennzeichnend waren, weit hinausgeht. Als Voraussetzung für Erfolg wird die Beherrschung des politisch-kulturellen Klimas durch nationalistische Ideen, wie wir sie eben nannten, angesehen. Die „kulturelle Hegemonie" der neuen Rechten soll errichtet werden.

Das ist etwas anderes, als die Aktivität von Schlägertrupps, auf die sich antifaschistische Aktionen zunächst sofort konzentrieren. Nein, diese sind nur ein Teil der Gefahr. Der neue rechte Extremismus adressiert seine scheinbar „nach vorn" gerichtete nationalistische Werbung an das gesamte politische Spektrum, von den traditionell rechtsradikalen Terroristen und Altnazis über die Rechtskonservativen und das gesamte konservative Lager bis hin zu allen anderen politischen Parteien und Gruppen sowie den eher linksgestimmten Ökologie-, Friedens- und anderen Bewegungen. Durch eine Vielfalt von scheinbar zersplitterten, aber in Wirklichkeit differenziert zusammenspielenden Medien, wird erneuertes völkisches Denken in alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung transportiert. Es soll vor allem die berechtigten Blockaden gegenüber biologistischem, frontal gegen die Gleichheit aller Menschen gerichtetem Denken in allen politischen Lagern aufbrechen. Eine psychisch bzw. biologisch bestimmte Ungleichheit sei für menschliche Gemeinschaften und Völker konstitutiv und müsse politisch beachtet werden.

Doch wie sollen die bestehenden ungerechtfertigten Unterschiede zwischen den ökonomisch und sozial fortgeschrittenen Völkerschaften und Nationen und den „Zurückgebliebenen" ausgeglichen werden? Warum sind diese vorangeschritten und jene zurückgeblieben? Gibt es Kriterien für einen in der Praxis realisierbaren sinnvollen Ausgleich?

Auf solche Fragen gibt der scheinbar moderne, ethnopluralistische Nationalismus keine hinreichenden Antworten. Er ist daher in Wirklichkeit nichts anderes als eine letztlich elitäre Bevorzugung der „Fortgeschritteneren" und damit ein Festschreiben oder sogar noch Verstärken bestehender Ungleichheiten zwischen ethnischen Gruppen, Völkern, Nationen und Regionen. Daß dieser modernisierte Nationalismus als allen zustehendes (ethnopluralistisch)

gleiches Recht ausgegeben wird, ändert an dieser Sachlage nicht das geringste.

Wie dieses nun publikumswirksam kaschiert und glaubwürdig gemacht werden soll, dafür gab schon im September 1973 die vom ehemaligen persönlichen Pressereferenten des Dr. Josef Goebbels initiierte Zeitschrift „La-Plata-Ruf" genauere Weisung. Ganz im Stile des früheren Reichspropagandaministers wurde gefordert, die Aussagen in den Medien von nun an so zu gestalten, daß sie nicht mehr in das Klischee des „Ewig-Gestrigen" passen. Keine Werbeagentur könne sich nach ihrem eigenen Geschmack richten. Maßgebend sei der des Publikums. Man dürfe kein Produkt mit Pünktchen anbieten, wenn gerade Kariertes Mode sei. Doch der Sinn aller Aussagen müsse trotzdem der gleiche bleiben. Hier seien Zugeständnisse an die Mode zwecklos. So ernte man beispielsweise in der Fremdarbeiter- bzw. Ausländerfrage mit dem Argument „Die sollen doch heimgehen!" nur wenig. Aber wer, selbst ein Linker, hätte etwas dagegen, wenn man fordere: „Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zu den Menschen gebracht werden. Der Sinn bleibe dabei jedoch vollkommen gleich: Ausländer raus! Doch die Reaktion der Zuhörer werde grundverschieden sein!" Solche demagogisch variierte Publikumsansprache ist nicht ohne weiteres zu durchschauen. Sie rechnet auf den sogenannten gesunden Menschenverstand und führt ihm scheinbar plausible Argumente vor. Deswegen verfehlt sie kaum ihre Wirkung. „Keine Ausländer mehr in die BRD" hat sich sogar weitgehend durchgesetzt und richtet sich jetzt auch gegen weiteren Zustrom von Deutschen in die BRD.

Die neue soziale Basis für rechten Nationalismus

Im Verlaufe der 70er und 80er Jahre begann sich die neue nationalistische Rechte in der BRD und in anderen westeuropäischen Staaten weiter zu formieren. Doch es war keineswegs allein die modernisierte politische und ideologische Strategie, die ihr wachsenden Einfluß und schließlich den politischen Einbruch in das traditionelle Parteiensystem ermöglichte. Es gab dafür tieferliegende sozialökonomische Gründe:

Erstens verschlechterten sich unter dem schnell voranschreitenden Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution die Produktions-, Absatz- und Verwertungsbedingungen ganzer Länder und Regionen. Das traf auch auf Westeuropa zu. Es mußte modernisiert und daher investiert werden, um international konkurrenzfähig zu bleiben und gleichzeitig das erreichte soziale Entwicklungsniveau für breitere Bevölkerungsschichten aufrechtzuerhalten. Der Umfang und die Qualität der dafür erforderlichen Akkumulation begannen die Möglichkeiten einzelner Länder zu überschreiten. National übergrei-

fende Lösungen mußten herbeigeführt werden. Das verlangten zugleich auch die in dieser Zeit scharf hervortretenden neuen globalen Probleme.

Zweitens erwies sich die bis 1982 in der BRD regierende SPD/FDP-Koalition als ungeeignet, solche Lösungen in absehbarer Zeit herbeizuführen. Diese Koalition hatte zwar einer erneuerten Weltsicht und auch Ostpolitik Bahn gebrochen, aber innenpolitisch und weltwirtschaftlich war sie außerstande, die kurzfristig erforderlichen Mittel für einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung zu beschaffen.

Drittens führte dies in den 80er Jahren zum Antritt der heute in der BRD regierenden Koalition zwischen den konservativen Unionsparteien und der liberalen FDP. Mit ihrem scharfen Kurs auf wissenschaftlich-technische Innovation erreichte diese Koalition für die BRD günstige Positionen im internationalen Wettbewerb. Doch die dazu erforderlichen wirtschaftlichen Strukturveränderungen, Konzentrations- und Zentralisationsprozesse waren von verstärkter Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit und Verschlechterung der sozialen Lage weiterer Schichten und vor allem von Jugendlichen begleitet.

Auf diese Weise entstand in der BRD und in Westberlin erstmalig nach 1945 eine soziale Basis für eine neue rechte, nationalistische Ideologie und Politik, die sich als nicht nationalsozialistisch, sondern demokratisch-legal und bürgernah artikuliert. Sie erwuchs im Ergebnis der konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre.

Über die **Mitgliederstärke der Republikaner** gibt es nur wenig verläßliche Angaben.

Ende Juni 1989 gab die Partei ihre Mitgliederzahl mit 17 000 (taz, 23. Juni 1989) an. Im Januar 1989 hatten die REPs nach eigenen Angaben noch 8600 Mitglieder gezählt.

Die jeweils letzten verfügbaren Daten weisen für die einzelnen Landesverbände folgende Mitgliederstärken aus:

Landesverband	Mitgliederzahl
Baden-Württemberg	1200
Bayern	4500
Berlin	1500
Bremen	70
Hamburg	188
Hessen	1200
Niedersachsen	1000
Nordrhein-Westfalen	2000
Rheinland-Pfalz	700
Saarland	130
Schleswig-Holstein	500

Im Februar 1989 hatte Schönhuber angegeben, daß ca. die Hälfte der Parteimitglieder Polizisten, Grenzschützer, sonstige Beamte und Bundeswehrangehörige seien (Spiegelinterview, 6. Februar 1989). Diese Behauptung ist bis heute in keiner Weise belegt.

(SPD-Studie)

Viertens ging die von den CDU/CSU-Unionsparteien versprochene „Wende" den rechtskonservativen und den rechtsextremen nationalistischen Kräften außenpolitisch nicht weit genug. Die CDU hat hier eigentlich erst mit dem 10-Punkteprogramm des Bundeskanzlers nach den politischen Veränderungen des Jahres 1989 in den Ländern Osteuropas und in der DDR wieder

festeren Boden unter den Füßen gefaßt. Bis dahin konnte sie „nationale" Zielsetzungen wie eine Wiedervereinigung Deutschlands und einen von der Sowjetunion und den USA akzeptierten Zusammenschluß Europas mit überwiegendem Einfluß der BRD nicht sehr stark akzentuieren. Denen, die am „Recht" auf die Grenzen von 1937 und an der Idee des „Reiches" festhielten, schien die Vertretung „deutscher" Interessen durch die „Wende"-Regierung in Bonn nach innen und außen nicht handfest genug. So entstand eine Lücke für rechts von der CDU/CSU stehende politische und geistige Kräfte. Die „Republikaner", die sich 1983 von der CSU abspalteten, stießen genau in diese Lücke. Ihr scheinbar nationaler, in Wirklichkeit jedoch nationalistischer Appell an „das Deutsche", das endlich wieder energisch gegen „Andere" und „Fremde" vertreten werden müsse, traf die veränderte soziale und politische Situation. Diese neue nationalistische Rechte bot sich zugleich als Auffangbecken für Wähler gegen ein erneutes Aufkommen der SPD, gegen Grüne, Frauenbewegung und andere an. Zweifellos steht die zunehmende Wirkung der „Republikaner" in einem Zusammenhang mit der Innen- und Außenpolitik der konservativen Unionsparteien CDU/CSU. Viel wird davon abhängen, wie sich diese Unionsparteien zukünftig verhalten werden, um rechtsextremes, nationalistisches Wählerpotential nicht weiter anschwellen zu lassen.

Tendenz zu einer einheitlichen nationalistischen Rechten

Seit Mitte der 80er Jahre ist unübersehbar, daß der neue rechte Nationalismus vor allem in Gestalt der „Republikaner", aber auch anderer Gruppierungen an Einfluß gewinnt. Bei aller Differenziertheit lassen die gemeinsamen politischen und geistigen Positionen eines modernisierten Nationalismus mehr und mehr eine Tendenz zu einer einheitlichen rechtsextremen Strömung und möglicherweise auch Partei erkennen. Zelle einer solchen Entwicklung sind gegenwärtig vor allem die „Republikaner". Doch auch die DVU und die NPD versuchen sich als Vorkämpfer für eine einheitliche Rechte. An ihnen klebt aber noch zu sehr der Nazigeruch, den die „Republikaner" schon stärker zu verflüchtigen vermochten. Doch auch letztere erscheinen vielen Bürgern in der BRD und in Westberlin immer noch eher als populistische Provinzpolitiker, die sich als nationale Alternative glaubhaft machen wollen. Deswegen muß die innere Strukturierung des rechten nationalistischen Spektrums in seiner Gesamtheit sehr aufmerksam weiterverfolgt werden, um nicht plötzlichen Überraschungen und Destabilisierungen der demokratischen Prozesse in Deutschland sowie in Europa ausgesetzt zu sein. Welche wesentlichen Momente sind dabei zu beachten?

Erstens gibt es schon seit längerer Zeit Bestrebungen zu einer einheitlichen nationalistischen Rechten in der BRD. Vordenker dieser neuen geistigen und

politischen Struktur gruppierten sich seit Anfang der 70er Jahre zu entsprechenden „Denkfabriken". Meist hatten sie eine lange rechtskonservative Entwicklung hinter sich. Dazu zählen Bernard Wilms, Armin Mohler, Caspar von Schrenck-Notzing, Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Jordis von Lohausen. Schon damals wurden sie von Kräften gefördert und unterstützt, die eine schnellere Lösung der deutschen und der europäischen Probleme zugunsten Deutschlands suchten, als sie mit der CDU/CSU als Parteien der „Mitte" erreichbar schien. Auch erste größere ideologische Aktivitäten reichen bis in diese Zeit zurück. So löste Joachim Fest mit seiner Hitler-Biografie und seinem Hitler-Film eine erste Welle aus, die den Nationalismus reinwaschen, aktivieren und eine nationalistische Wende fördern wollte. Es sollte keine Schande mehr sein, sich zum Deutschtum zu bekennen. Vergangenheit sollte neu interpretiert werden, auch gegen den internationalistischen, solidarischen Einfluß der Linken, den diese Ende der 60er Jahre speziell auf Jugendliche gewonnen hatten. Hier haben wir es gewissermaßen mit einem Vorläufer der Historikerdiskussion um die Beurteilung des Nationalsozialismus zu tun, die 1986 in aller Schärfe aufflammte.

Bedeutenden Einfluß auf die Ausprägung neuen rechtsextremen Nationalismus gewannen die Tätigkeit und die Schriften von Armin Mohler. Mohler desertierte 1942 aus der Schweizer Armee, um der SS beizutreten. Mit Empfehlungen des SS-Hauptamtes Berlin bekam er kurzzeitig einen Studienplatz in Berlin, um „nach völkischen Gesichtspunkten" studieren zu können. Er war dann von 1949 bis 1953 Sekretär des vom deutschen Faschismus verehrten und den Militarismus verherrlichenden Ernst Jünger und später (bis 1985) Geschäftsführer der „Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung", einer klassischen Denkfabrik der neuen Rechten. Mohler publiziert in rechtskonservativen Organen wie „Epoche", in „Christ und Welt" und „Welt am Sonntag" sowie unter dem Pseudonym Nepomuk Vogel im „Bayernkurier", aber auch in der vom NPD-Mitglied B. Wintzek herausgegebenen Zeitschrift „MUT" und in der neofaschistischen „Nation Europa".

Wie „Konkret" aus der BRD (3/1989) informierte, schrieb Mohler obendrein sehr aktiv unter dem Pseudonym Michael Hintermwald in der vom DVU-Chef Frey herausgegebenen „Deutschen Nationalzeitung". Er wirkt zugleich mit Caspar Schrenck-Notzing als Herausgeber von „Criticon", dem Sprachrohr und Organisator für eine neue Rechte. Mohler gründete das „Thule-Seminar" (später Kulturkreis 2000) mit, das als elitäre geistige Einrichtung zur Belebung der neuen Rechten in der BRD und in Frankreich dient sowie ihr Vorgehen koordiniert.

Als neues Angebot versuchte Franz Schönhuber 1983 zunächst, eine „Deutsche Rechte" mit Hilfe eines „Deutschlandrates" aus der Taufe zu heben. Dies scheiterte. Statt dessen entstanden die „Republikaner". Gründungsväter waren die ehemaligen CSU-Mitglieder Handlos, Voigt und Schönhuber. Bis 1989 wuchs ihre Mitgliederzahl noch an. Um geistig-kulturellen Boden zu gewinnen, bauten sie ihren Einfluß vor allem in der Bundeswehr und bei An-

gehörigen der Polizei gezielt aus, umwarben Akademiker und gründeten 1989 den „Republikanischen Hochschulverband".

Aber auch die DVU (1971 gegründet) und ihr Vorsitzender Dr. Frey sehen sich zusammen mit der NPD als mögliches Zentrum einer „einigen Rechten". DVU und NPD erhielten z. B. bei den Landtagswahlen in Bremen 3,4 Prozent und in Bremerhaven 5,4 Prozent der Stimmen. Wählerzuwachs erreichten DVU und NPD auch bei den Gemeindewahlen in Hessen. Die DVU gab im Juli 1989 an, 33 000 bzw. 35 000 Mitglieder und 700 000 computergespeicherte Sympathisanten zu besitzen. Sie verfügt zudem über ein System von „Nebenorganisationen" wie „Ehrenbund Rudel", „Initiative für Ausländerbegrenzung" u. a.

Die ebenfalls neofaschistische NPD (Vorsitzender ist Mußgnug), die in Koalition mit der DVU wirkt, erklärte sich für eine einheitliche neue Rechte. In diese Richtung deutet auch ein Wechsel von Mitgliedern zwischen den rechtsextremen Parteien. So erhielten die „REPs" Zulauf durch ehemalige NPD-Mitglieder und -Funktionäre. Auch die Zeitschrift „Nation Europa" publizierte viele Artikel und Aufrufe für eine „deutsche Rechte". Zugleich kommen in dieser Zeitschrift die bereits genannten Bernard Willms, Gerd-Klaus Kaltenbrunner und andere nationalistische Kräfte sowie rechte Konservative wie Gerhard Mayer-Vorfelder, Hans Filbinger und der ehemalige CDU-Vordenker Günther Rohrmoser (beide Studienzentrum Weikersheim) zu Wort. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich um die neofaschistische Zeitschrift „MUT" ab (siehe S. 36).

Im April erklärte auch der damalige Chef der militanten neonazistischen FAP, Martin Pape, daß er bereit sei, „mit möglichst allen Rechten zusammenzuarbeiten". Sein Ziel sei eine starke Rechtspartei, die eine Koalition mit der CDU eingeht, um einen nationalistischen außenpolitischen Kurs zu erzwingen. Dabei sieht er in den „Republikanern" die führende Kraft. Der FAP-Führer äußerte jedoch später Enttäuschung über Schönhubers Drang zum Alleingang.

Die neofaschistischen „Deutsche Monatshefte" erklärten Anfang 1989, daß es an der Zeit sei, die zersplitterten rechten Kräfte zu einigen, „eine Partei", einen „Dachverband" für alle rechts von der CDU/CSU stehenden Anhänger zu schaffen. Ähnliche Forderungen tauchten in fast allen neonazistischen Publikationen auf bis hin zu „Der Freiwillige", dem Sprachorgan der SS-Nachfolgeorganisation.

Es traten folgende Trends zu einer einheitlichen nationalistischen Rechten hervor:

Erstens: Alle neofaschistischen Parteien erklären sich für eine starke „deutsche Rechte". Sie sehen in der Front National von Le Pen ein Vorbild.

Zweitens: Der Drang, neuen rechten Nationalismus als *die* Alternative auszugeben, nimmt zu.

Drittens: Die Polemik zwischen neofaschistischen Parteien wie DVU und NPD sowie zwischen den ursprünglich als rechtskonservative Partei gegrün-

deten „Republikanern" verstärkt sich. Dabei kann ein Spiel mit verteilten Rollen nicht ausgeschlossen werden. Zugleich mehren sich die Rivalitätskämpfe zwischen den Führern. Es entsteht eine Art Wettlauf um Spitzenstellung und Führung im Trend zu einer einheitlichen nationalistischen Rechten.

Viertens: Wichtige rechtsextreme Publikationsorgane öffnen sich gegenüber konservativen Kräften, werben um sie und erklären sich für eine „einheitliche" Rechte.

Fünftens: Auch in der Grauzone, dem verschwommenen Bereich zwischen Rechtsextremen und Konservativen wächst das Bestreben, eine neue einheitliche Rechte zu bilden.

Sechstens: Es verstärken sich Bestrebungen neuer rechter Gruppierungen und Bewegungen zu einem europäischen Zusammenschluß, insbesondere zwischen den „Republikanern" und der „Front National" in Frankreich.

Gegenwärtig wirken in der BRD folglich eine ganze Reihe von Parteien und Splittergruppen rechts von der CDU/CSU. Eine einheitliche Rechtspartei, die die Mehrheit dieser neofaschistischen, nationalistischen rechtsextremen Kräfte sammelt, existiert noch nicht. Wie die eben genannten realen Vorgänge jedoch zeigen, besteht eine in vielfältiger Form personell verflochtene und institutionell vernetzte einheitliche nationalistische Rechte als geistig-politische Strömung. Das wird schlagartig deutlich, wenn man die Medienlandschaft dieser Strömung untersucht.

Zusammenspiel rechtsextremer Medien

Vor allem über die Medien wird ein langer Marsch durch die Köpfe und Institutionen, eine Art Kulturrevolution aus nationalistischer Sicht anvisiert und vorbereitet. Sie soll den erstrebten politischen Machtzuwachs vorbereiten und tragen helfen. Es geht vor allem darum, die Erfahrungen mit dem Faschismus im Denken, Fühlen und Wollen der Bevölkerung zu verdrängen, die „Blockaden" im Verantwortungsbewußtsein und Gewissen niederzureißen. Dem dienen eine partielle Distanzierung vom Nationalsozialismus und „alten" Rechten, die Geschichts- und die Philosophendebatte um Nietzsche und Heidegger, Habermas und Lyotard, die öffentlichen Lippenbekenntnisse gegen Hitler, das Dritte Reich u. a. Der „Ballast" der Vergangenheit soll weg, damit Platz wird für die „neue" rechte Ideologie und Politik.

Wenn sich die verschiedenen Medien der Rechtsextremen auch oft stark befehden, so wirken sie zusammen doch sehr gezielt und „arbeitsteilig", um an die verschiedensten Schichten der Bevölkerung und der Jugend heranzukommen. Dazu ist ein differenziertes Medienarsenal entstanden. Der Verfassungsschutzbericht 1985 nannte 87 rechtsextreme Periodika. Jetzt sind es mindestens 130, darunter sehr gut aufgemachte und auch anspruchsvolle Zeitschriften, die nationalistische rechte Ideologie transportieren. Dafür und auch für Vortragsveranstaltungen, Kongresse, Seminare usw. werden Wissenschaftler und Kulturschaffende „gebraucht".

Der Einfluß auf den ideologisch-kulturellen Bereich spielte für rechten Nationalismus sofort nach Kriegsende eine entscheidende Rolle. Bereits 1950 wurde unter der Regie des früheren „Reichsfachschaftsleiters für Lyrik" in der NS-Reichsschrifttumskammer ein „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) etabliert. Es besorgte nazistische Kontinuität zunächst als „Pflege" nationalsozialistischer Kunst.

Woher die Mittel für seine Partei stammen, konnte der Republikanerchef Schönhuber nicht ganz verhehlen, als ihn ein Korrespondent 1986 danach befragte. Sie kämen aus der Industrie – mehr wollte er nicht sagen. Heute finanziert der deutsche Wähler diese Partei schon zusätzlich mit seinen Steuergroschen, denn sie ist inzwischen in Parlamente eingezogen und erhält dafür einen 16-Millionen-Zuschuß aus dem Wahlfonds.

Es bestehen sieben Arten von Leitorganen, die politisch-ideologisch jeweils auf spezifische Bevölkerungsgruppen gerichtet sind: Zeitschriften für die „alte", noch im Nationalsozialismus befangene Rechte; Propaganda der militanten Neofaschisten, die sich vor allem an Jugendliche wendet; eigentliche Ideologieorgane; religiös orientierte Organe; sogenannte Blockade-



Eines der zentralen Publikationsorgane der „neuen Rechten"

brecher, die linke und rechte Wähler für die Neuen Rechten gewinnen sollen; Organe der sogenannten Braunzone, d. h. Stahlhelmfraktion, Revanchisten und Militaristen sowie nicht zuletzt spezielle Parteiorgane, wie „Der Republikaner".

Mit Bekenntnissen gegen Hitler und das „Dritte Reich" wird versucht, das „seriöse" Bewußtsein der Deutschen zu gewinnen.

Sechs zentrale Zeitschriften sind hier besonders wirksam. Es handelt sich um „elemente", die Zeitschrift für den „Gegenangriff der Intelligenz"; um die „neue zeit", die einen dritten Weg propagiert; um „Nation Europa", die als zentraler Umschlagplatz für neues nationalistisches Denken in einer europäischen Neuordnung fungiert; um „Mut", das Organ für Einigkeit und Recht und Freiheit für das ganze Vaterland im Sinne der Rechten; um „Klartext" als spezielle Jugendzeitschrift mit dem Lernziel Gewalt; um „Der Republikaner", das Organ der „neuen Kraft für Deutschland" und für die Sammlung aller „demokratischen Patrioten".

Das altbewährte rechtsextreme Konzept „für jeden etwas" wird z. B. in „neue zeit" folgendermaßen praktiziert: „Es geht ums Ganze . . . und deshalb muß das Ganze geändert werden! „neue zeit" ist ökologisch – aber nicht technikfeindlich; für die gesellschaftliche Revolution – aber nicht marxistisch; demokratisch – aber nicht anarchistisch und das Geschwätz kultivierend; für Selbstverwaltung und Dezentralisierung – aber nicht organisationsmüde; kulturrevolutionär – aber nicht traditionslos; national – aber nicht chauvinistisch und imperialistisch; für den Frieden – und gegen den Pazifismus." Die Orientierung dieser „nationalrevolutionären" Zeitschrift auf Linke und Grüne ist deutlich erkennbar. Auch sie sollen für eine rechtsextreme nationalistische Sammlung gewonnen werden.

Rechtsextremismus in Osteuropa und in der DDR

Nach dem Untergang des „Dritten Reiches" im Inferno 1945 schien es bis in die 70er Jahre, als ob es in diesem Teil Europas nie wieder ein Aufflackern von Faschismus und Rechtsextremismus geben könnte. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Naziexponenten aus Ämtern und aus dem öffentlichen Leben entfernt. Und auch die Ausnahmen durften nicht direkt durch Verbrechen belastet sein. Entnazifizierung richtete sich zu Recht gegen Naziaktivisten und nicht gegen Mitläufer. Jeder Neuaufbauwillige konnte einen Platz in der veränderten Gesellschaft finden. Die neuen politischen und ökonomischen Machtstrukturen schienen einen ausschließlich antifaschistischen Weg in die Zukunft zu ermöglichen.

Doch was entstand, waren über weite Strecken keine humanistischen, an den Menschen- und Völkerrechten der UNO-Charta orientierten Strukturen und Gesellschaftsverhältnisse. Stalinistischer Überbau legte sich über alle Lebensbereiche und steuerte sie mit Demagogie, Gewalt und auch Verbrechen. Ähnlich wie faschistische erlaubten auch stalinistische Diktaturen nur für

eine bestimmte Zeit eine verhältnismäßig schnelle Konzentration und Zentralisation der verfügbaren Produktivkräfte, des kreativen Potentials der Bevölkerung. Doch je mehr die ökonomisch-sozialen Nachkriegsschwierigkeiten auch in diesem Teil Europas überwunden wurden, desto deutlicher und unerbittlicher wirkten die Bremsmechanismen des stalinistischen Überbaus auf alle Tendenzen weiteren humanistischen und demokratischen Fortschritts; verhinderten oder deformierten sie bis zur Unwirksamkeit für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Osteuropa, aber auch gegenüber Menschen der dritten und der kapitalistischen Welt. Eine tiefe Wert- und Sinnkrise des Lebens unter stalinistischen Gesellschaftsstrukturen wurde deutlich. Diese zerfraßen den antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Aufbauwillen der Nachkriegszeit. Sie verhinderten die selbstlose Hinwendung vor allem der Jugend zu einer humanistischen Lösung der neu herangereiften globalen und sozialen Probleme.

Spätestens seit den 60er Jahren wurde deutlich, daß ein überholtes militärstrategisches und weltrevolutionäres Konzept einen Großteil der Ressourcen vor allem der Sowjetunion in eine Richtung lenkte, die zwar ein gewisses militärisches Gleichgewicht in der Welt, aber keinen weiteren nennenswerten sozialen Fortschritt für die Menschen bringen konnte. Das Memorandum des sowjetischen Physikers und späteren Menschenrechtlers Sacharow in der Mitte der 60er Jahre kennzeichnete diese Situation ebenso wie die damaligen ersten Überlegungen zu einer „Perestroika", die mit dem Namen Andropow verknüpft und in der „Prawda" vom 6. Dezember 1964 (!) zu finden sind. In beiden Papieren wurde vor allem gefordert, so schnell wie möglich aus dem sinnlosen Wettrüsten auszuscheiden, das Potential der Sowjetunion in den Weltmarkt einzubringen und den Anschluß an neue Technologien auf lebenswichtigen Gebieten zu finden.

Doch was folgte, waren noch zwei Jahrzehnte neostalinistische Breshnew-Ära, die, wenn auch modifiziert, in der DDR bis zum Oktober 1989 wirkte. Herangereifte Widersprüche, die das Leben der Bevölkerung mehr und mehr belasteten, wurden keiner konstruktiven Lösung zugeführt, sondern weitgehend aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, notfalls mit Gewalt. Wie stets in der neueren Geschichte veranlaßte die zunehmende soziale Unsicherheit viele Menschen auch in der Sowjetunion und in Osteuropa, nach etwas Ausschau zu halten, das sicher und dauerhaft erschien und sich nicht ändern konnte – das war die nationale Zugehörigkeit. Sie bleibt in allen Irrungen und Wirrungen des Lebens konstant. In unsicheren Situationen greift der scheinbar gesunde Menschenverstand dann sehr leicht und zuerst nach ihr. Neues nationales, aber auch sehr bald nationalistisches Selbstbewußtsein scheinen dann die mit den alltäglichen Existenzsorgen und Ängsten unvermeidbar einhergehenden Wert- und Sinnkrisen dauerhaft zu überbrücken.

Vor diesem Hintergrund, der von der bisherigen marxistischen Faschismustheorie und auch aus der Sicht des offiziell „verordneten" Antifaschismus nicht erfaßt wurde, traten in der Sowjetunion und in osteuropäischen Staa-

ten vor allem in den 80er Jahren verstärkt Nationalismus und auch Rechtsextremismus auf. Neben rassistischen, antisemitischen Vorurteilen wachsen antisowjetische und andere nationalistische Stimmungen an. Es gibt Gruppen und Einzelkräfte, die sich mit Zielen des Hitlerfaschismus identifizieren und die Zeit der faschistischen Besetzung glorifizieren. Gewaltakte und Aufrufe zur Gewaltanwendung, die von neofaschistisch orientierten Skingruppen ausgehen, nehmen zu. Zum Teil gibt es zwischen solchen Kräften auch internationale Kontakte. Mit anderen Worten: In den 80er Jahren entwickelte sich nicht nur in westeuropäischen, sondern auch in osteuropäischen Ländern ein rechtsextremes Potential. Außer den bereits genannten Ursachen wird es gespeist aus den ökonomischen Schwierigkeiten der einzelnen Nationen und Nationalitäten, den damit einhergehenden ungerechten sozialen Differenzierungen und Diskrepanzen, die auch im Rahmen des RGW keine befriedigende Lösung finden konnten. Es wirkte eine ungerechtfertigte Ignoranz gegenüber nationalen Problemen, in den letzten beiden Jahrzehnten gerade auch in der DDR. Verfälschte Geschichtsdarstellungen rechtfertigten die Unterdrückung oder Assimilierung kleiner ethnischer Gemeinschaften. Lange vorhandene ethnische und religiöse Spannungen wurden „internationalistisch" überdeckt. Hinzu kamen die Einflüsse aus dem Ausland bis hin zum Wirken von Emigrantenorganisationen mit oft nationalistischen oder gar profaschistischen Kräften. Nazismus, Neofaschismus und extremer Nationalismus erwiesen sich auch in diesen Ländern als neue Phänomene.

Sie durften aber auch in der DDR nicht öffentlich zum Ausdruck gebracht werden, obwohl es Analysen gab, etwa aus der Bewegung der „Kirche von unten", von einzelnen Wissenschaftlern und Institutionen. Überholte Faschismus- und Antifaschismusvorstellungen wirkten weiter. Die sich vertiefende Wert- und Sinnkrise und ein einsetzender soziokultureller Umbruch unter den Jugendlichen wurden offiziell geleugnet und durch Schaustellungen überspielt. Seit Anfang der 80er Jahre wurden unter Jugendlichen der DDR rechtsextremistische Aktivitäten und Nationalismus akut. Damit soll nicht über eine Latenz dieser Erscheinungen in anderen Generationen hinweggetäuscht werden. Aber im Zusammenhang mit einer aktuellen Modewelle traten sie gerade unter Jugendlichen öffentlich in Erscheinung.

Ausdruck dieser Modewelle waren Skinheads. Unter ihnen breitete sich eine Neigung zur Gewaltanwendung gegen andere aus, zunächst gegen Punks, dann gegen Gruftis und andere. In diesen Gruppen mit ihrer besonderen Kleidung und ihrem konfrontativen Verhalten entstanden z. T. auch durch Infiltration rechtsextremistische Ideologie- und Verhaltensmuster, so z. B. unter Fußballfans in mehreren Städten. Nazi-Skins standen teilweise in direkter Verbindung mit neofaschistischen Gruppen in Westberlin, z. B. der dortigen „Nationalistischen Front". Der „Bund heimattreuer Jugend" konnte Kontakte mit Jugendklubs in der DDR aufnehmen. Mehrere hundert neonazistisch orientierte Skinheads formierten sich zu relativ straff organisierten Gruppen mit eigener Disziplin und gewaltsamen „Mutproben". Diese rechtsextreme Ideologisierung und Politisierung fand ihren Ausdruck

in zunehmenden neonazistischen Schmierereien in Schulen und in der Öffentlichkeit, in Gewaltandrohung und Gewalt gegen Jugendliche, Bürger, Polizeibeamte und nicht zuletzt gegen Ausländer, vor allem gegenüber polnischen Bürgern sowie Arbeitern und Studenten aus nichteuropäischen Ländern.

Gegen diese besorgniserregenden rechtsextremistischen Tendenzen unter Jugendlichen wurde im Herbst 1987 lediglich mit einer Reihe von Prozessen wegen Gewalthandlungen einiger Skinheads und wegen antisemitischer Schändung von Ruhestätten reagiert. Doch die entstehende rechtsextremistische Gefahr wurde weder in den Medien noch auf andere Weise ins öffentliche Bewußtsein gehoben, sondern als Rowdytum und nicht bewältigte Freizeitproblematik beschönigt. Die tieferliegenden Quellen für wieder aufkeimenden Nationalismus und Neofaschismus wurden nicht aufgedeckt. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, durfte es so etwas in der „antifaschistischen" DDR nicht geben. Weder im Bildungswesen noch in der Öffentlichkeit wurden Maßnahmen ergriffen, um die neuen Probleme heutigen antifaschistischen Denkens und Verhaltens unter Jugendlichen und Eltern zu klären. Entsprechende Warnungen gelangten lange Zeit nur unter dem Dach der evangelischen Kirche an die Öffentlichkeit und erreichten wenigstens einen Teil der Bevölkerung und der Jugendlichen.

So konnte es nicht ausbleiben, daß sich die in der DDR schleichenden neofaschistischen Tendenzen weiter „kultivierten", und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Analog der Taktik der „Republikaner" wandten sich neofaschistisch orientierte Skins von bloßen Gewaltakten ab, obwohl sie diese zur „Disziplinierung" anderer nie ganz ausschlossen. Ferner wurde das Äußere gewechselt, um nicht so schnell aufzufallen. Zugleich setzte eine Art ideologische Unterwanderung der Skinheads ein, z. T. auch durch ihre Kontakte zu rechten Extremisten in Westberlin und in der BRD. Sogenannte Faschos, Jugendliche zwischen 13 und 25, die sich intensiver mit der Geschichte des zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus befaßt hatten, erlangten Einfluß. Ihre kommunikative Wirkung nahm zu. Die Faschos konzentrierten sich auf die Verbreitung neofaschistischer Ideen und Verhaltensweisen. Ihnen konnte nur mit geistig-kulturellen Mitteln begegnet werden. Doch das unterblieb wiederum.

Im Ergebnis gab es z. B. im Jahre 1988 in den meisten Skingruppen Kommunikationsthemen, die direkt und indirekt faschistische und neofaschistische Ideologie tangierten, so etwa Ausländer in der DDR, Geschichte der Teilung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg, Rechtsanspruch der BRD auf ganz Deutschland, Antikommunismus u. a. Problematisiert wurden ferner zahlreiche Themen der alltäglichen Lebenssituation in der DDR, darunter vor allem die Manipulation durch die Medien, Währungsfragen, Reiseprobleme, die Versorgung mit Konsumgütern, Schlamperei und Vergeudung in der Wirtschaft.

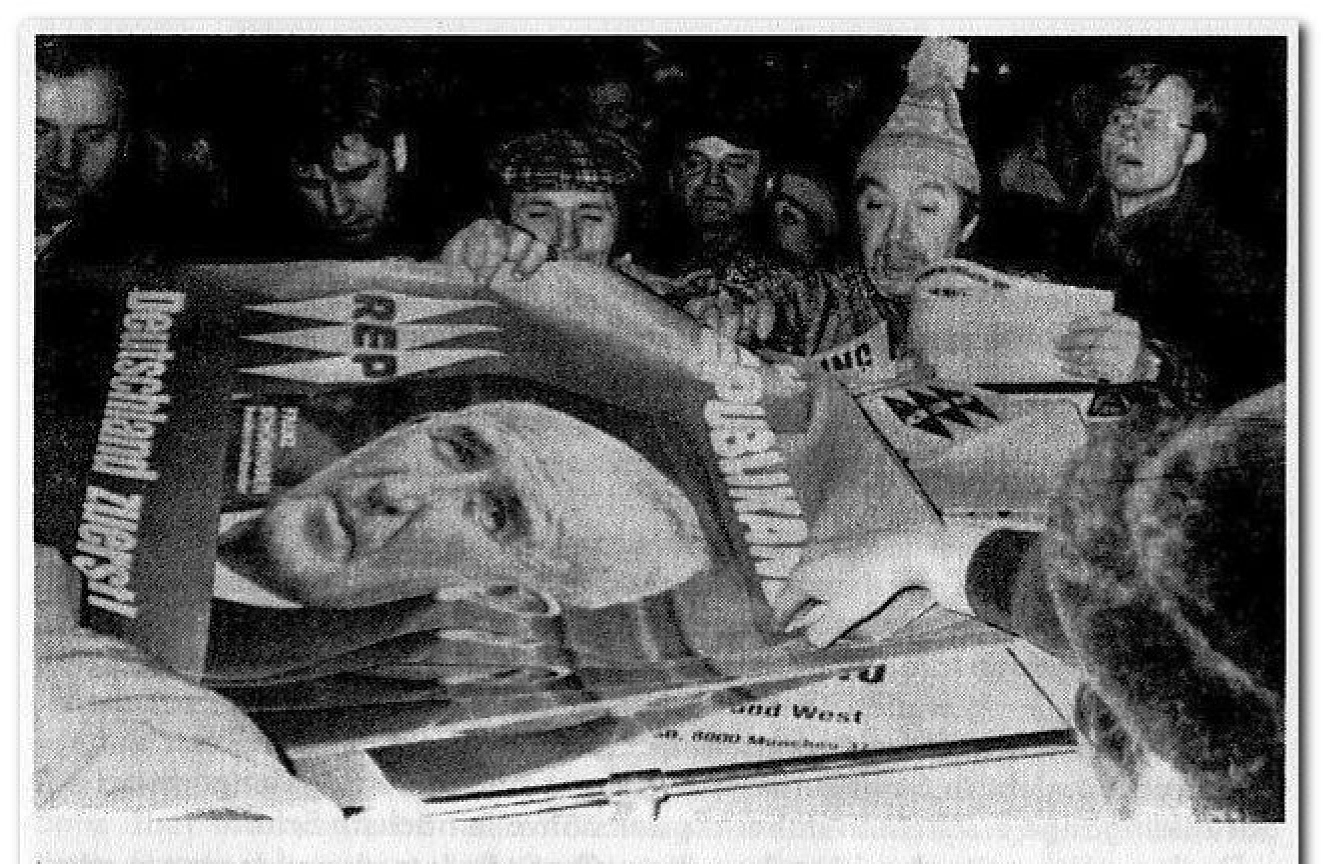
Bemerkenswerterweise spielten auch Probleme der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsorganisation im Alltag der Betriebe und Einrichtungen eine beacht-

liche Rolle. Das hängt mit dem Bewußtsein der „deutschen" Überlegenheit über andere zusammen, die unter den Skins popularisiert wurde. Ein echter Skin oder Fascho habe weder mit den Punks noch mit den „Schmuddelskins" etwas zu tun. Er gehe regelmäßig und fleißig seiner Arbeit nach und habe ein gutes Verhältnis zu den Kollegen. Er könne Arbeitsbummelei und Schmarotzertum nicht ausstehen. Deswegen sei er auch gegen den bankrotten Kommunismus. In Deutschland müsse wieder Zucht und Ordnung einkehren. Dazu sei es nötig, aufrechte und harte Menschen zu erziehen. Dies sei das Ideal, das man jetzt brauche. Deswegen hätten auch die „Ausländer" auf deutschem Boden keinen Platz. Sie würden nur den „normalen" Entwicklungsprozeß stören.

Solche Einstellungen zur Arbeit und zum Beruf gingen von den Arbeits- und Lebensbedingungen des „realen Sozialismus" aus, die persönliche Initiative und wirkliche Entfaltung von Individualität in der Gemeinschaft auch bei Jugendlichen mehr und mehr verhinderten. Diese Bedingungen wurden in den Gruppen der echten Skins und Faschos durch ein nationalistisches, tendenziell rechtsextremes Prisma gebrochen. Gleiche Arbeits- und Lebenserfahrungen bewirkten hier schnell einen Konsens mit Arbeitskollegen.

Hier wird verständlich, weshalb ab 1988 die wichtigsten Aktivitäten der sich entwickelnden rechtsextremen Szene in der DDR nicht mehr so sehr auf der Straße, sondern im Bereich der Arbeit und des Alltagslebens zu finden waren. Nicht in bloßer Gewaltanwendung, sondern in den für den einzelnen und für seine Gemeinschaften wichtigsten und sinnvollsten Lebensbereichen wuchs aus der genannten nationalistischen Ideologisierung der Sachverhalte und Interessen ein neues rechtes „völkisches" Potential hervor. Die gleichen Anforderungen an ein diszipliniertes, ordentliches Verhalten aller in den Arbeits- und Lebensprozessen, die auch dem sozialistischen Ideal nicht fremd sind, wurden in der „realen sozialistischen" Gesellschaft nicht verwirklicht. Daher konnte in die Wertung der Sachverhalte und der persönlichen und gemeinsamen Interessenstrukturen ein nationalistischer und neofaschistischer Wertevorrat infiltriert werden, der als annehmbar und praktikabel, als demokratisch und patriotisch erschien. Ohne „Republikaner" wirkte hier jener psychologische und ideologische Mechanismus, der ihnen in der BRD populistischen „patriotischen" Einfluß brachte. In der DDR blieb er allerdings zunächst auf Jugendliche begrenzt. Das weitgehend gewaltfreie Vorgehen der ideologisierten Skins und Faschos vertrug sich mit der friedlichen Umwälzung gegen die autoritär-bürokratischen, inhumanen Machtstrukturen in der DDR im Jahre 1989.

Anfang 1990 zeigten sich dann besonders in Leipzig zunehmend Gewalt und Gewaltandrohung auf bisher gewaltfreien Demonstrationen. Es wurde offensichtlich, daß nationalistisches faschistoides Potential nicht nur in der jungen Generation der DDR-Bevölkerung vorhanden war. Diese Feststellung bezieht sich nicht auf die massenhafte Forderung nach der Einheit aller Deutschen, wohl aber auf ihre nationalistische und rechtsextremistische Interpretation. Und genau darum ging es nunmehr auch in der DDR anwesenden



Montagsdemo in Leipzig: „Republikaner" verteilen ungehindert ihr Werbematerial

„Republikanern" wie auch den agierenden Naziskins und Faschos. Sie hielten im wesentlichen daran fest, gewaltsame Zuspitzungen zu vermeiden und statt dessen die Szenerie besser für ihre massive „patriotische" Propaganda zu nutzen.

Schönhuber sieht in der DDR gute Chancen:
„In der DDR verfügen wir bereits über viele aktive politische Gruppen. Die Hälfte ist noch illegal, aber die Lage ändert sich. Wir haben an den letzten Wahlen nicht teilnehmen können, doch wir werden bei den nächsten präsent sein. Wir kommen in der DDR schneller voran als in der BRD. Alle unsere Sympathisanten dort sind junge Leute. Für uns ist das eine Quelle der Erneuerung."
(Interview mit dem „Quotidien de Paris", April 1990)

Allerdings hat das schnelle Anwachsen der nationalen Welle unter den Jugendlichen, ihre massenhafte Abstimmung mit den Füßen seit Sommer 1989 und das Übergreifen dieser Welle auf breite Schichten der Bevölkerung nach der Öffnung der Mauer auch kein gewaltsames Auftreten neofaschistischer Kräfte mehr notwendig gemacht. Man muß jedoch davon ausgehen, daß diese Kräfte nach wie vor bereit sind, auch Gewalt zur „Disziplinierung" anderer in ihrem Sinne einzusetzen. Eben deswegen wird die geistige Auseinandersetzung mit ihnen noch zunehmen müssen. (Untersuchungen zu den Ursachen und Wirkungen neofaschistischer Aktivitäten unter Jugendlichen in der DDR finden Sie im Anhang.)

Nebenbei bemerkt gilt dies in gleichem Maße auch für ein linksextremistisches Potential, das sich in der letzten Zeit deutlicher formiert. Es neigt

ebenfalls zu Gewaltsamkeit und unterliegt nicht nur durch Einflüssen aus Westberlin und der BRD, sondern stellt auch eine Antwortreaktion auf die genannte nationale Welle dar. Auch diese Kräfte versuchen, ihre ideologischen Positionen einzubringen.

Der rechte und linke Extremismus berühren einander im konkreten Entscheidungsverhalten, denn beide schließen auch terroristische Gewaltanwendung gegen Menschen nicht aus. Beide können daher für friedliche und demokratische Prozesse der nationalen Selbstbestimmung und der Verwirklichung der Menschenrechte sehr bedrohlich werden.

Nationale Identität und Nationalismus

Auf den ersten Blick sieht es in der heutigen Welt so aus, als würden Nationalismen der verschiedensten Art einer neuen Blüte entgegentreiben. Dies ist erklärlich, denn die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen nationalen und regionalen Gemeinschaften sind noch enorm, und übergreifende humanistische Lösungen gesellschaftlicher Probleme scheinen auf absehbare Zeit nicht in Sicht zu sein. Begrenzte nationale Regelungen und sogar Alleingänge erscheinen daher als der sinnvolle nächste Schritt.

Doch andererseits durchbrechen die weltweiten Interdependenzen moderner Gesellschaften alle jene nationalen Begrenzungen, die wissenschaftlich-technischen, marktwirtschaftlichen und damit verbundenen politischen, rechtlichen und geistig-kulturellen Strukturen zuwiderlaufen. Zu den Nationalstaaten treten Föderationen, zur nationalen Kultur regionale und weltweite Pluralität. Damit ist die Aufhebung von Nationalismen historisch vorprogrammiert. Dies bedeutet aber keineswegs etwa auch ein Ende nationaler Identität. Diese wird jedoch ihre nationalistischen Begrenzungen verlieren. Eine zeitgemäße nationale Identität ist nur noch auf der Grundlage der Menschen- und Völkerrechtskonventionen der UNO möglich, die einseitig übertriebene Nationalismen ausschließen. Das entspricht den Erfahrungen der Völker. Für Europa und die Deutschen kommen die darauf fußenden KSZE-Vereinbarungen hinzu.

Nationale Identitäten befinden sich daher heute in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß, der durchlaufen werden muß, wenn nationale Gemeinschaften unter den veränderten Bedingungen weiter lebensfähig bleiben wollen. Dies zwingt zu einer differenzierteren Wertung bisheriger nationaler Kontinuität und der Alternativen nationaler Entwicklung. Speziell in Deutschland, wo sich im Unterschied zu anderen europäischen Ländern extremster Nationalismus, Chauvinismus und Rassenwahn ausprägen konnten, ist eine deutliche *Unterscheidung zwischen nationaler und nationalistischer Kontinuität* vonnöten. Berechtigte nationale Interessen auf der einen Seite und nationalistische Ansprüche auf der anderen wurden in der Ideologie und Politik deutscher nationalistischer Kräfte immer wieder miteinander vermischt und sicherten deren Masseneinfluß. Doch auch bei Kommunisten und anderen

linken Kräften führte eine ähnliche Vermengung beider Momente zu einer permanenten Unterschätzung von berechtigten nationalen Belangen, wenn auch hier unter dem Vorzeichen des Internationalismus.

Die wirkliche nationale Kontinuitätslinie der Deutschen in Europa beginnt mit übergreifenden föderativen Strukturen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im frühen Mittelalter. Doch sie verfielen, nicht zuletzt durch ungleiche ökonomische Entwicklungen. Die Deutschen verharrten dann später noch lange in der Kleinstaaterei, während Holländer, Briten, Franzosen und andere nationale Gemeinschaften bereits ihre nationalstaatliche Souveränität gefestigt hatten. Auch die kleindeutsch-preußische Variante unter Bismarck fand nicht zu einer sinnvollen Funktion und nationalen Aufgabe der Deutschen in Europa zurück. Sie trug alles andere als föderative europäische Züge. Dies stieß bemerkenswerterweise schon bei Zeitgenossen des „eisernen Kanzlers" auf fundierte Kritik. Einer von ihnen war der heute kaum noch bekannte Gelehrte Konstantin Frantz, ein Politologe jener Zeit. Er sah den größten Fehler der Bismarck'schen Politik in der Abkehr von der eigentlichen historischen Aufgabe der Deutschen im Zentrum Europas, d. h., bei sich selbst föderative Strukturen auszuprägen und auf diese Weise maßgeblich zu deren Entwicklung in ganz Europa beizutragen. Mit dem Sieg Preußens über Österreich im Jahre 1866 begann eine entgegengesetzte Entwicklung. Frantz sah voraus, daß die Deutschen damit **erstens** von der, wie er es nannte, organischen Weiterentwicklung ihrer eigenen nationalen Gemeinschaft abgehalten und **zweitens** damit ein nicht zu unterschätzender Faktor der europäischen und der Weltkultur von seiner potentiellen Wirkung in einem universalen und übernationalen Sinne abgedrängt wurde. Die Geschichte hat dieser Wertung recht gegeben.

Welch enormes Potential der Deutschen ist in den folgenden Jahrzehnten für nationalistische und faschistische Ziele vergeudet worden und kam weder der eigenen Nation noch den Europäern zugute! Vorübergehende „glänzende" Erfolge überdeckten die eigentliche nationale Bestimmung der Deutschen in Europa. Erst heute stehen die Deutschen in beiden Staaten unabwendbar vor der Aufgabe, Lösungen für sich und für Europa zu finden, die zugleich universell tragfähig sind. Das Problem ihrer nationalen Identität stellt sich daher auf neue Weise, die von nationalistischer Kontinuität freibleiben muß.

Zeitgemäße nationale Identität der Deutschen muß vor allem Nationalismus rechtsextremer Kreise ausschließen. Dafür bestehen momentan sehr günstige Bedingungen. Durch die schnellen Veränderungen in der DDR steht der Zusammenschluß der Deutschen in Europa und für Europa unmittelbar bevor. Das oberste Ziel der „Republikaner" und anderer war die Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937, bzw. wie es im jüngsten Parteiprogramm der „Reps" heißt, auf der „völkerrechtlichen Grundlage des fortbestehenden Deutschen Reiches in allen seinen Teilen". Von dieser zentralen Forderung bleibt nur noch die nach den entsprechenden Grenzen bestehen. Sie hat aber weder international noch unter Deutschen selbst größere Aussicht auf Erfolg.

Die zentrale Forderung des extremistischen Nationalismus nach Wiedervereinigung ist jetzt voll von der CDU/CSU und anderen politischen Kräften belegt.

Im Moment spricht daher in der BRD kaum jemand ernsthaft über die weitergehenden territorialen Forderungen der „Republikaner". Bei den Wahlen in Bayern im März/April 1990 kamen diese sicherlich auch aus dem eben genannten Grund nur auf 5,2 Prozent anstatt der erwarteten mehr als 20. Die schnelle nationale Entwicklung mindert den Einfluß der extremen Nationalisten und verdrängt sie etwas aus dem Blickfeld der Wähler. Da sich die „Republikaner" vorrangig um das „Deutsche" kümmerten, stehen sie gegenwärtig auch im Hinblick auf die gesamteuropäische Problematik vor einer Konkretisierung ihrer Positionen. Im letzten Parteiprogramm wird in dieser Beziehung lediglich ein „durch einen Friedensvertrag völkerrechtlich und menschenrechtlich erneuerter deutscher Nationalstaat" gefordert, der „in Fortführung seiner eigenen Kultur und Geschichte in fruchtbarem Austausch mit seinen Nachbarländern" steht. Weitere Forderungen beziehen sich dann auf den Wegfall der „Feindstaatenartikel" der UNO-Charta (53 und 107), wovon noch die Rede sein wird (siehe Seite 72 f.) und auf den Vorrang der Wiedervereinigung auch gegenüber einem Verbleib in der NATO.

Die Bündnispartnerschaft in der NATO solle auf dem Weg zur Einheit Deutschlands kein unüberwindliches Hindernis darstellen. Allerdings dürfe ein solcher Schritt in eine militärische Bündnisfreiheit nicht einseitig als Vorgabe von der BRD geleistet werden. Er müsse gleichermaßen für alle Teile Deutschlands gelten. Im Selbstverständnis der „Republikaner" ist damit nicht nur die DDR gemeint, sondern auch weiter östlich liegende Gebiete.

Die Souveränität des wiedervereinigten Deutschland soll durch eigene Verteidigungsfähigkeit und Sicherheitsvereinbarungen mit Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion garantiert werden. Das erfordere insbesondere die Beseitigung der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber Zentraleuropa und den „Verzicht auf ihre Expansionspolitik".

Solange keine Sicherheitsgarantien durch Rüstungskontrolle und Verzicht auf Gewaltandrohung und -anwendung gegeben seien, blieben starke Kräfte von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei als die legalen Organe zur Ausübung des Gewaltmonopols eines souveränen deutschen Staates unverzichtbar. Zur Erfüllung seiner Pflicht zum Schutz von Sicherheit und Ordnung für alle Bürger habe dieser Staat klare Rechtsgrundlagen zu schaffen und die Einhaltung der Gesetze zu erwirken.

Wie schwach die gesamteuropäische Problematik im Programm der „Republikaner" ausgeprägt ist, zeigen besonders ihre Aussagen zur Ökologie und auch über das Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungswesen. Außer dem Hinweis auf christliche und abendländische Kultur- und Geschichtstradition fehlt jeder Bezug darauf, wie ein zeitgemäßes europäisches Bewußtsein unter den Deutschen ausgeprägt werden soll, das allen Nachbarn Deutschlands Vertrauen und Sicherheit bietet. Hier liegt die Crux des ganzen Repu-

blikanerprogramms. Ihr extremer Nationalismus, der angeblich am meisten auf die Interessen der Deutschen orientiert ist, gerät in eklatanten Widerspruch zu den heute unumgänglichen gesamteuropäischen Lösungen, die nationalistische Einseitigkeiten ausschließen.

Sicher werden die „Republikaner" und andere extrem nationalistische Kräfte versuchen, sich auf die anstehenden gesamteuropäischen Entwicklungen einzustellen. Jeder ihrer Schritte in diese Richtung muß aufmerksam hinterfragt werden, ob nicht bei einem Bekenntnis zur UNO-Charta, zu den Erklärungen, Vereinbarungen und Verantwortlichkeiten der Siegermächte im zweiten Weltkrieg und auch zur Schlußakte von Helsinki letztlich alles nur zugunsten der Deutschen interpretiert wird. Denn genau das ist beispielsweise im neuen Programm der „Republikaner" der Fall. Alle genannten menschen- und völkerrechtlichen Dokumente sind dort im Abschnitt drei ausschließlich unter dem Aspekt der staatlichen Wiedervereinigung des deutschen Volkes erwähnt, d. h., einzig zugunsten der Deutschen. Europäische und universelle Aspekte dieser Dokumente klingen in keinem Passus an. Hier zeigt sich die heute erforderliche Konsequenz ganz deutlich: Für alle Deutschen ist ein endgültiger Bruch mit der nationalistischen Kontinuität in ihrer Geschichte und Gegenwart dringend geboten. Dies liegt in ihrem eigenen nationalen Interesse, wie auch in dem aller anderen Europäer. „Deutschland für Europa" kann nicht anders zustande kommen.

Nationalismus und Psychologie

Ein nationaler Gedanke entsteht immer dann, wenn aus unterschiedlichen, letztlich ökonomisch-sozialen Gründen eine emotionale und geistige Identität ethnischer Gemeinschaften erforderlich wird, die sie von anderen stärker unterscheidet. Dieses zunächst scheinbar harmlose nationale „Wir-Gefühl" kann zum produktiven Widerspruch mit anderen führen, wenn er gleichberechtigt, im wechselseitig fruchtbaren Interesse ausgetragen wird und von Positionen der Toleranz gegenüber dem anderen gekennzeichnet ist.

Er kann aber auch zum Gegensatz geraten. Die Stufungen des Nationalismus kennzeichnen diesen Weg:

Es kann aber auch zum Gegensatz geraten. Die Stufungen des Nationalis- von anderen unterscheidet, sondern in irgendeiner Form über andere erhebt und sie dadurch ausgrenzt. Schon auf dieser Stufe entstehen starke, rational nicht kontrollierbare Reaktionen. Sie können zeitweilig jede Toleranz, Vernunft und Humanität überschreiten. Nicht normale Scham über eine Niederlage etwa der eigenen Fußball(national)mannschaft, sondern rohe Gewalt in Stadien gegen andere sind schon ein sehr deutliches Zeichen dafür. Unzufriedenheit oder auch Stolz über Leistungen, aber auch Mißerfolge von Angehörigen der eigenen nationalen Gemeinschaft spielen auf dieser Stufe eine recht große Rolle. Sie sind aber noch sehr stark an persönlichen Interessen orientiert. Dieses „Wir-Gefühl" will in der Regel ein besseres Leben, ist aber



nicht ohne weiteres bereit, dafür besondere Anstrengungen, Einschränkungen oder gar Opfer für andere zu bringen.

Unter diesem Aspekt erscheint dann als eine nächste Stufe der nationalistisch gefärbte Patriotismus. Persönliche Anstrengungen und auch Opfer werden hier für die Größe und die Ehre der Nation für nötig gehalten. Es kann dabei viel ehrliches patriotisches Empfinden im Spiele sein, etwa auf wissenschaftlichem oder sportlichem Gebiet.

Ins Extreme geht der Nationalismus als Chauvinismus und Rassismus. Das ist übersteigerter, zutiefst inhumaner Nationalismus und für Rechtsextremismus und Faschismus kennzeichnend. Inhuman nicht allein gegenüber anderen, Fremden. Sondern inhuman auch wegen des nahezu vollständigen Verschwindens des eigenen Ichs zugunsten des Höheren, der „Nation". Im hitlerfaschistischen Ideal existiert das Individuum überhaupt nicht mehr. Sein Privatinteresse ist ausgelöscht. Es gehört der Nation und dem Führer. Kein anderer Wert, keine andere Moral wird anerkannt als der Dienst an Deutschland. Der heutige Neofaschismus tendiert in diese Richtung.

Diese Übersicht über Entwicklungsstufen des Nationalismus faßt nur ganz grobe Abstufungen. Alle Übergänge sind in Wirklichkeit fließend. Aber deutlich wird, daß allen Abstufungen etwas gemeinsam ist. Es ist das Bewußtsein, mit allen anderen Angehörigen der Nation eine Gemeinschaft zu bilden. Es fehlt weitgehend das Bewußtsein, daß man heute auch mit den Angehörigen aller anderen Nationen, ethnischen Gruppen und Rassen immer mehr eine Gemeinschaft bildet. Gerade dieses Bewußtsein weiter auszuprägen ist jedoch für den weiteren Fortschritt der Deutschen, der Europäer und der Menschheit unabdingbar geworden.

Nationalismus, egal in welcher Schattierung und aus welcher Quelle, kann dem nicht mehr dienen. Wohl aber neugewonnene humanistische nationale Identität, die sich in multinationale Lösungen zum Wohle von immer mehr Menschen einbringt.

„DM-Nationalismus"?

Wir müssen hier noch eine andere Seite ins Blickfeld rücken, die in der letzten Zeit auch in der DDR besonders akut geworden ist. Seit dem Frühjahr 1990 hat sich auch in diesem Teil Deutschlands so etwas wie ein populistischer „DM-Nationalismus" entwickelt. Er verhindert bei manchem ein tieferes Nachdenken über die heutige europäische Aufgabe der Deutschen. Der Ausdruck „DM-Nationalismus" wird z. B. von Jürgen Habermas verwendet, der sich in der Wochenzeitung „Die Zeit" vom 30. März 1990 damit auseinandersetzt.

Eine nationale Identität habe sich Habermas zufolge in der Bundesrepublik nach 1945 an folgenden vier Punkten festgemacht: *Erstens* eine wegen der faschistischen Vergangenheit weitgehend „ungeschichtliche" Definition des deutschen Standortes. *Zweitens* eine aggressive antikommunistische Abgrenzung gegenüber den Systemen Osteuropas. *Drittens* eine Orientierung an Werten und Verkehrsformen westlicher Zivilisation, vor allem der USA. *Viertens* und nicht zuletzt das Selbstbewußtsein einer erfolgreichen Wirtschaftsnation.

Seit dem Ende der 60er Jahre wurden alle Elemente dieses nationalen Selbstverständnisses in Frage gestellt. Nur das Element des Stolzes auf die eigene Aufbauleistung und Wirtschaftskraft blieb unbeschädigt. Es entstand eine Mentalität, für die es fortan nur noch eine Rechnungseinheit zu geben schien: Die D-Mark. „Deutsche Interessen werden in DM gewogen und durchgesetzt." Heute müssen wir feststellen, daß diese Art von nationalem Selbstverständnis in der BRD dann 1989/90 massenhaft auf die Bevölkerung der DDR übersprang.

Für die anderen Europäer wird dadurch die zukünftige Position eines vereinten Deutschland ziemlich unsicher. Denn wer garantiert ihnen, daß nicht auch für sie alles in DM gewogen und durchgesetzt wird? Hinzu kommt noch, daß dieser neu-deutsche DM-Nationalismus mit vielfältigen diffusen Vorstellungen über den Nationalstaat, über nationale Identität und eine Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen verbunden ist. Auch dadurch kann der Weg zu einem föderativen Europa sehr stark belastet werden.

Habermas hebt zu Recht hervor, daß eine zeitgemäße nationale und politische Identität der Deutschen keineswegs bloß auf einem DM-Nationalismus zu begründen ist. Heute müssen dafür universale menschenrechtliche und staatsbürgerliche Prinzipien herangezogen werden. Nichtnationalistische Prinzipien ermöglichen erst jene kritische und selbstkritische Sicht der nationalen Traditionen und der nationalen Aufgaben der Deutschen für ein rechtsstaatliches und föderatives Europa, das ohne Vorzugsrechte einer einzelnen Nation und damit ohne Nationalismus auskommen kann.

Die Welle des DM-Nationalismus hat in dieser Beziehung keine günstigen Voraussetzungen geschaffen. Elementare Existenzfragen bewegen viele Deutsche mehr als ihre nationale Verantwortung für Europa. Das ist in hohem

Maße auch durch die Politik der früheren Führung in der DDR verursacht worden, die herangereifte soziale Probleme verdrängte.

Es wird allem Anschein nach eine längere Zeit brauchen, um psychologische Einstellungen herbeizuführen, die den DM-Nationalismus auf seinen historischen Platz bringen und auch diese Gefährdung von deutschem und europäischem Diskurs und Konsens auf ein Mindestmaß reduzieren.

Sozialer Druck nach innen

In diesem Zusammenhang muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß starke nationalistische Tendenzen, egal welcher Art, vor allem zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung und darüber hinaus anderer humanistischer und demokratischer Kräfte dienten. Besonders kraß tritt er bei den Ideologen des Hitlerfaschismus wie Goebbels, Rosenberg, Frank, Darrè, Himmler u. a. auf. Extremer Nationalismus ist die Leitidee von Hitlers „Mein Kampf", der mit dem Aufruf zur „prinzipiellen Abrechnung mit dem marxistischen Todfeind" endet. Als dieser Todfeind galten nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und darüber hinaus alle Hitlergegner. Der Hitlerfaschismus erhielt einen ausgesprochen rassistischen, antisemitistischen Akzent. Alle wurden zu Juden oder Judenknechten gemacht. Es ging um eine möglichst vollständige ideologische, politische und vor allem soziale Entwaffnung der Arbeiterbewegung und des gesamten humanistischen und demokratischen Potentials im deutschen Volke sowie bei anderen Völkern Europas. Die Massen sollten sich unter dem Motto, das „Volk" rechtfertige den höchsten Einsatz, willenlos den nationalistischen deutschen Großmachtinteressen unterwerfen.

Auch heute zielt Nationalismus in Deutschland und anderwärts eindeutig gegen den Internationalismus und Humanismus der Arbeiterbewegung und bürgerlicher demokratischer Kräfte. Er richtet sich genau gegen jene Ideen, die angesichts der zunehmenden Interdependenzen zwischen allen Völkern und Nationen über nationale Schranken hinweg verwirklicht werden müssen. Zu diesem Zweck propagieren nationalistische Rechtsextreme heute wieder das alte innenpolitische Herrschaftsmodell, das im Deutschland der 30er Jahre schon einmal erfolgreich war: Die Wende von ganz rechts. Darauf zielten nicht nur Bestrebungen der Nazis, sondern auch der Reichswehr und aus dem konservativen Lager, z. B. die Kräfte um die Zeitschrift „Die Tat". Auch linker Extremismus förderte diese Wende, weil er gleichwohl ordnungsliebende Bürger in Schrecken versetzte und Unsicherheit verbreitete. So gelang es vor 1933, eine völkisch-nationalistische Stimmung zu entwickeln, ein geistiges Klima für eine Wende in Gestalt der nationalsozialistischen „Revolution". Extremer Nationalismus begleitete diesen Weg bis zum Ende des dritten Reiches.

Der Vernichtungsfeldzug, den der deutsche Faschismus in ganz Europa gegen die Arbeiterbewegung und gegen andere humanistische und demo-

kratische Kräfte führte, wird in der aktuellen Diskussion um Nationalismus und Neofaschismus oft nur wenig beachtet.

Dem Ende der sechziger Jahre verbreiteten linken Klima setzte die nazistische NPD in ihrem Manifest von 1970 die „Abwehr des Kommunismus" entgegen und forderte vom Staat, mit durchgreifenden Mitteln gegen die „rote Infiltration" vorzugehen. Mit der einsetzenden Historikerdiskussion erhielt der faschistische Terror mehr und mehr den Glorienschein eines „heroischen Ausdrucks" der „nationalen" Bewegung. Opfer der Nazis werden zu Terroristen und Verrätern am „Deutschen", die wirklichen Gewalttäter zu Opfern und Heroen stilisiert.

Die neofaschistische Ideologie, die das „völkische Erwachen" fördert, erhält Unterstützung durch die sogenannte Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus sowie durch rechtskonservative Ideologen. Einer von ihnen, der Historiker Diwald, preist die „Dynamik" des Nationalsozialismus als „völkische Bewegung" an, denn sie sei nicht nur radikal antikommunistisch, sondern auch extrem „national", d. h. nationalistisch gewesen. Ein anderer, Bernard Willms, betont, daß er Denkmuster für die Gegenwart und Zukunft Deutschlands entwickeln will. Doch auch er bietet nur einen „reingewaschenen" Faschismus, dessen Politik, Ideologie und Nationalismus als Zukunftmodell.

Das Denkmuster ist ein „neuer" Nationalismus. In ihm wird das entscheidende Mittel gesehen, mit dem man Ängste und Sorgen in der Bevölkerung, aber auch oppositionellen Kräften jeder Art begegnen kann. Vor allem gegen die Linken, Pazifisten u. a. habe schon Hitler seinen Nationalismus mit Erfolg eingesetzt. Dadurch sei es gelungen, das „nationale Potential" zu mobilisieren. Ohne zu fragen, wofür dies erfolgte, soll heute wieder eine Welle von nationaler Demagogie eine weitere soziale Polarisierung der Nation „aufheben".

Unter solchen neuen rechten Theoretikern herrscht Einmütigkeit darüber, Nationalismus mit aller Macht neu zu beleben. Gemeinsam ist ihnen auch die dann naheliegende Idee vom Ende der „Altparteien", des Parteien- und parlamentarischen Systems. Sie werfen sogar die Frage auf, ob das von den westlichen Siegermächten nach 1945 „aufgezwungene" parlamentarische System den „völkischen" Traditionen und nationalistischen Ideen der Deutschen entspreche. Völkische und nationalistische Ideen werden so gegen die bürgerlich parlamentarische Ordnung und die demokratischen Rechte der Menschen eingesetzt.

Im Stile des antisemitischen „Stürmers" der Nazis werden dabei auch Ausländer, „das eindringende Afrika", als Gefahr für das Volk hingestellt, die vom rechtsstaatlichen System noch Unterstützung finde. So heißt es dann in „Nation Europa" (H. 7, 1989) in der Sprache des Faschismus: „Der wesenlose Individualismus der liberalistischen Wohlstandsgesellschaft fördert das Rassenchaos nach Kräften. Politische Zuhälter des demokratisch-marxistischen Lagers, grüne Bolschewisten und linke Kulturmafia, aber auch führende Repräsentanten der Regierung (Süßmuth, Geißler, Herr v. Weizsäcker etc.) reden dieser Verorientalisierung und Afrikanisierung des Deutschtums

schamlos das Wort. Sie werden – wenn man sie läßt, dies so lange fortsetzen, bis sich über die Metropolen und Zentren Deutschlands ewige Nacht ausbreitet und unser in Jahrzehnten schwer erarbeitetes und erkämpftes Sozialniveau auf die Qualität Obervoltas oder Rwandas herabgesunken sein wird."

Die „Deutschen Monatshefte" (März 1989) bewerten den Einbruch der „Republikaner" in den Rechtsstaat als „Zusammenbruch", als die „Endzeit für das Bonner System". In der Ausländerfeindlichkeit tritt die antihumanistische Grundrichtung der nationalistischen Rechten klar zutage. Die liberale bürgerlich-parlamentarische Ordnung wird als Verursacher von „Chaos" und „Untergang" hingestellt. Extremer Nationalismus bis zum Neofaschismus bieten sich mit ihren völkisch-nationalistischen und rassistischen Konzepten als Alternative an.

Mit einer Neuauflage von „Deutschland erwache" wollen die Neofaschisten vor allem in die Köpfe der „deutschen Arbeiterschaft" eindringen, wie die „Deutsche Stimme" vom 2. Februar 1988 schrieb. Dabei folgen sie dem Rezept von Alfred Rosenberg. Dieser schrieb 1934, daß es für den Nationalsozialismus weder „Proletariat" noch „Bürger" als zwei todfeindliche Klassen, sondern nur noch Deutsche als Bluts- und Schicksalsgenossen gibt. Die Neofaschisten wollen diese „Idee des Volkes" als „Erlebnisgemeinschaft", als „Schicksalsgemeinschaft", aufleben lassen. Die Führer- und Gefolgschaftsideologie, die Unterordnung aller unter eine Elite, wird damit wieder belebt, d. h. eine Idee die sich gegen soziale Errungenschaften des Volkes richtet und Sozialabbau rechtfertigt. Im August 1989 rief der bisherige DGB-Vorsitzende, Ernst Breit, dazu auf, den Vormarsch der neonazistischen Republikaner nicht zu dulden. Er warnte ausdrücklich vor deren demokratie- und gewerkschaftsfeindlichen Zielen.

Alarmierend ist in diesem Zusammenhang auch eine Befragung von „Führungskräften der bundesdeutschen Wirtschaft", die das Allensbacher Insti-



Aufmarsch von Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet in Bad Bergzabern zu einer „Heerschau". Eingeladen hatte die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten"

tut für Demoskopie im Sommer 1989 abschloß. Fast 58 Prozent dieser „Elite" hielten die Kohl-Regierung noch für stark, 57 Prozent meinten, daß ab Ende 1990 schon mit einer großen Koalition regiert werden müsse. Von den „Topmanagern" erklärten sich damals 16 Prozent für ein Zusammengehen der CDU/CSU mit den Republikanern in einer Regierungskoalition.

Gerade auch wegen ihres aktiven Engagements für soziale Belange bekommen Linke, Grüne, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen u. a. wie dereinst einen Stempel als innere „Feinde" aufgedrückt. Ihre Ideen von einer Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Menschen in der Welt erscheinen als „nationale Gefahr".

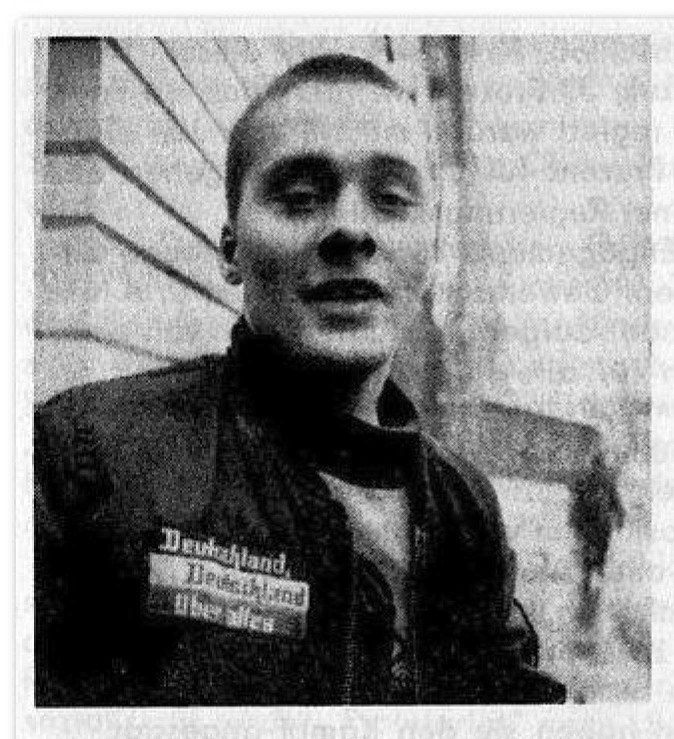
So rückte das Programm der „Republikaner" von 1987 dann auch den Schutz und die Förderung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in den Mittelpunkt. Wichtige soziale Positionen von Arbeitern und Angestellten will es dagegen überwinden, vor allem ihre Gewerkschaften. „Die Republikaner" degradieren die Gewerkschaften nach dem Vorbild der faschistischen DAF (Deutsche Arbeitsfront) zu „neutralen" Institutionen, die sich auf das „Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken" sollen. Diesen Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben sie den Kampf angesagt.

Bürgerliche Sozialwissenschaftler, die den Arbeitnehmer als ihr „Menschheitsideal" bezeichnen, werden von Neofaschisten als „Medizinmänner" verunglimpft, die falschen Zauber anbieten und die Gemeinschaft damit ruinieren. Soziale und politische Errungenschaften des Volkes werden als verfehlter „Wohlfahrtsstaat" disqualifiziert, der der „größte Menschenvernichter" sei. Die wirksamen sozialen Komponenten der jetzigen Gesellschaft in der BRD werden von den Neofaschisten als „parasitär" erklärt. Sozialer Hilfe Bedürftige werden als Pack beschimpft. Auch deren soziale Absicherung soll weitgehend liquidiert werden.

So bringt der rechtsextreme Nationalismus unübersehbar scharfen Druck nach innen, Druck auf die einfachen Menschen, auf das Volk. Doch dieser Druck von rechts wird den heutigen Bedingungen angepaßt. Seine Maßnahmen können nicht mehr ohne weiteres im Stile des deutschen Faschismus mit militanten Organisationen wie der SA und der SS als offener Terror durchgesetzt werden. Statt dessen soll der vorhandene staatliche Herrschaftsapparat eine neue repressive Rolle erfüllen. Der Ruf nach einem in dieser Hinsicht „starken" Staat ist daher ein grundlegendes Kennzeichen nationalistischer Ideen in der Gegenwart.

Starker Staat – Volksgemeinschaft leistungswilliger Männer und Frauen?

Die „Republikaner" beziehen sich auf das Grundgesetz der BRD und befürworten seine rechtsstaatliche Ordnung. Auch die NPD bekennt sich ohne weiteres zur „demokratischen Idee". In beiden Fällen werden jedoch nationalistische Ausgrenzung und Rassismus zur Grundlage des Staatsgedankens



Junger Neonazi, Anhänger der sogenannten Borussenfront, vor dem Tagungsgebäude eines NPD-Landesparteitages

gemacht. Man darf sich nicht täuschen lassen. Schon in ihrem Programm von 1987 verstanden sich beispielsweise die „Republikaner" „als eine deutsche Partei", die sich „für das Lebensrecht und die Menschenrechte aller Deutschen im Sinne des Grundgesetzes" einsetzt. Lebensrechte und Menschenrechte für Deutsche! Andere sollen dabei nicht mehr stören können. Diese letztlich rassistische Interpretation steht formell allerdings im Einklang mit dem Grundgesetz, das Versammlungs-, Vereinigungs-, Berufsfreiheit und auch das Recht auf Freizügigkeit auf Deutsche begrenzt.

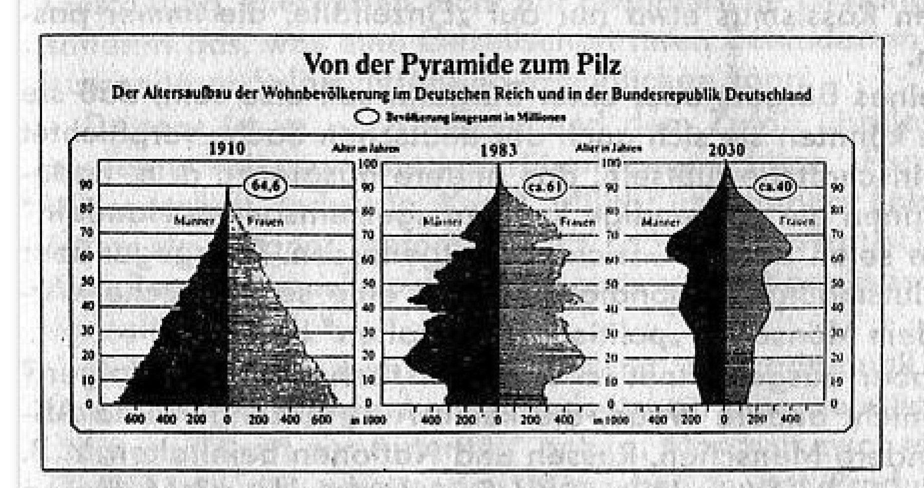
Ähnlich ist es mit dem Eintreten der „Republikaner" für eine „rechtsstaatliche Ordnung, in der Rechte und Pflichten des einzelnen und die von Familie, Volk und Staat geachtet und gewahrt werden". Dahinter verbirgt sich jedoch eine autoritäre Staatsauffassung. Familie, Volk und Staat werden den Rechten und Pflichten des Individuums stillschweigend gegenübergestellt.

Es wird eine „staatspolitische Erziehung" gefordert, die den einzelnen „in Freiheit dienen läßt" und ihm auch „Opfer und Dienstleistungen abfordert". Der Staat soll so „frei" sein, diese Dienstleistungen, die nicht näher definiert werden, vom Individuum einzufordern. Das sei im Interesse der „Volksgemeinschaft" nötig. Auch die „Republikaner" wissen, daß in einer sozial stark differenzierten Gesellschaft, die auf formeller Gleichheit ihrer Bürger, aber auf realer Ungleichheit beruht, eine solche Übereinstimmung von Individuen und Volksgemeinschaft nicht ohne weiteres zu erreichen ist. Deswegen sind sie für den starken Staat.

Immer geht es dabei um das „Lebensrecht und die Menschenrechte aller Deutschen". Die „Republikaner" wollen sich nicht etwa hauptsächlich für Deutsche und dann auch für andere einsetzen, sondern ausschließlich für „Deutsches". Doch für dieses „Deutsche" werden keine kulturellen Kriterien angesetzt, wie etwa Arbeitstätigkeit, Sprachfähigkeit oder das Land, in dem

eine Person aufgewachsen ist und geprägt wurde. Auch humanitäre soziale Kriterien fallen nicht ins Gewicht, etwa Bedürftigkeit, Asylrecht, Steuerzahlung usw. Fundamental ist, ob das Individuum von Deutschen abstammt. Dabei ist auch der Geburtsort nicht relevant. Staatsbürgerschaft und Gemeinschaftszugehörigkeit wird weiter „durch das Blut" bestimmt.

So soll der Wille der „Deutschen" zur Selbstbehauptung erhalten werden. In der Ausländergesetzgebung dürften keine „falschen Sprachregelungen" Platz greifen, die schon in den Medien sehr wirksam seien. Vor allem dürfe „die Grundsatzfrage der begrenzten Aufnahmefähigkeit unseres Landes" nicht „im dunkeln" gelassen werden. So wiederum Prof. Willms in einem Artikel über die Bundesrepublik als „Einwanderungsland".



Unwillkürlich wird man hier an „Empfehlungen" erinnert, die Heinrich Schade, ein Aktivist der nazistischen Rassengesetze, im UNO-Jahr der Weltbevölkerung 1974 an die Bundesregierung gerichtet hatte. Selbst bei geringem Geburtenüberschuß könnten sich Völker binnen weniger Generationen entscheidend vermindern. Dieser Schwund sei oft die Folge von Selbstaufgabe. Sie führe zur Unterwanderung und politischen Selbstauflösung. Der Anteil der westlichen Welt mit ihrem intellektuellen und wirtschaftlichen Potential zur übrigen Welt werde sich bei den jetzigen demographischen Trends von etwa 30 Prozent im Jahre 1960 auf nur noch 18 Prozent schon im Jahre 2000 verschieben. Bei den Geburtenverhältnissen im deutschen Raum werde es schon nach ein bis zwei Generationen ein so erhebliches Defizit geben, daß ein Vakuum in Mitteleuropa entstände. Natürlich würde es sich mit Ausländern auffüllen, „Selbstaufgabe" der Deutschen sei die Folge. Bei wachem „völkischen" Bewußtsein und entsprechender Leistung sei aber auch eine weitere feste Integrierung der Deutschen erreichbar. Für die Deutschen in Europa bestünden drei Möglichkeiten:

1. Sie könnten als offene Gruppe ohne wesentliche politische Bedeutung in Europa leben, etwa wie die Deutschen in den USA.
2. Sie könnten „dissimiliert" und desintegriert werden und ihre eigene kulturelle Identität verlieren.

3. Die Deutschen können sich in Mitteleuropa als kulturelles, einheitliches schöpferisches Volk zum Wohl für das ganze Europa entwickeln. Dies müsse das Ziel sein. Denn die europäische Mitte der Deutschen könne durch Desintegration und Kollektivismus schnell zur Auflösung kommen. Gegenüber einer „Selbstaufgabe" müsse es die „erste bevölkerungspolitische Aufgabe" der Bundesregierung sein, „durch entsprechende Maßnahmen ihre Bevölkerung in ihren geschichtlichen, kulturellen und biologischen (!) Gegebenheiten zu bewahren.

Wie sich zeigt, handelt es sich bei dem „Lebensrecht" und den „Menschenrechten aller Deutschen" um ein langfristig angelegtes strategisches Programm des Neofaschismus und Nationalismus in Deutschland. Es wäre völlig verfehlt, solchen Rassismus etwa nur auf „Einzelfälle, die immer passieren", zu reduzieren.

Erste Eigenschaft eines Bürgers oder einer Bürgerin soll also sein, daß sie „deutsch" sind. Dann könnten sie sich auch der deutschen Sache verpflichtet fühlen. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein, das andere ausgrenzt, d. h. nationalistisch ist, werde ihnen die notwendige Kraft zu „gemeinsamem Handeln" geben. Nichtdeutsche seien da nur unsichere Zeitgenossen. Demgegenüber habe die „völkisch-blutsmäßige nationale Bindung" eine segensreiche Wirkung. Sie sei es, die dem Menschen „politisches Verhalten" beibringe.

Warum muß dies aber ausgerechnet im nationalistischen Sinne erfolgen? Gibt es heute dafür nicht andere Wege, die keine Ausgrenzungen und Abgrenzungen gegen andere Menschen, Rassen und Nationen beinhalten, z. B. durch gemeinsame sinnvolle Wirtschafts- und Sozialentwicklung? Muß eine nationale Bindung dabei als „natürliche" und „selbstverständliche" Abgrenzung fungieren, die Ausländer als natürliche Feinde und Deutsche mit „internationalistischem" und liberalem humanistischem Gedankengut als die „künstlichen Feinde" verfemt?

Diese Sichtweise prägt auch die Haltung der Rechtsextremen zur kulturellen und wirtschaftlichen Kreativität des deutschen Volkes. Ausgangspunkt der „Republikaner" ist auch hier die Idee von einer elitären „Volksgemeinschaft der Leistungswilligen". Es sei daher verfehlt, die Rationalisierung zu verteufeln, denn ohne sie gäbe es keinen internationalen Wettbewerb, keinen Export. Aber Rationalisierung fordere nun mal auch Opfer. Deswegen seien vorhandene Arbeitsplätze „zunächst deutschen Arbeitskräften anzubieten". Konkurrenzbedingter Sozialabbau also zuerst bei den „anderen". Doch das ist nur ein Aspekt der hier wirksamen nationalistischen Elitetheorie.

Selbst unter den deutschen Werktätigen wird sauber differenziert zwischen den im Sinne einer „deutschen Volksgemeinschaft Leistungswilligen" und jenen, die dazu aus körperlichen oder anderen Gründen nicht oder nicht mehr in der Lage sind. Die Bundesrepublik habe nach den mörderischen Aktionen einer verbrecherischen „Spezialelite" im dritten Reich in den Wiederaufbaujahren alles Mögliche für Behinderte und Pflegebedürftige getan. Jetzt gehe es vorrangig um die „Förderung und Erhaltung der Gesundheit

und des Bestandes des deutschen Volkes als eine gemeinsame und über Einzelinteressen stehende Aufgabe". Deswegen wollen die „Republikaner" dafür sorgen, daß das Volksvermögen „allen Leistungswilligen und allen unverschuldet in soziale Not Geratenen" zugute kommt. Die gleiche Wertschätzung des menschlichen Lebens verpflichtete sie, „das Leben der Behinderten und Pflegebedürftigen zu sichern".

Diese Programmpunkte enthalten *erstens* keine genaueren Kriterien für „Leistungswillige" und auch nicht für „unverschuldet in soziale Not Geratene".

Zweitens sehen sie lediglich eine „Sicherung" des Lebens der Behinderten und Pflegebedürftigen vor, nicht aber seine möglichst menschenwürdige Gestaltung. Hier fallen nicht nur ökonomische Leistungskriterien ins Gewicht, sondern das, was eine Gesellschaft ihren Behinderten und Geschädigten an humanitärer Selbstentfaltung ermöglichen kann.

Drittens ist es noch weitgehend dem Zufall überlassen, wie die für eine moderne Volksgemeinschaft überlebenswichtige „Funktionselite" für Politik, Wissenschaft, Industrie, Kunst, Militär und andere Lebensbereiche möglichst frühzeitig erkannt, gefördert und später demokratisch kontrolliert wird. Für die „Republikaner" geht es hier stets um nationalistisch ausgerichtete Funktionseliten.

Dazu brauche man ihre Erziehung in „traditionell bewährten Strukturen und nach pädagogischen Grundsätzen", man benötige Erzieher, die wieder „Mut und Kraft zur Autorität" haben. Man will zwar einerseits einen starken Einfluß auf die arbeitenden Menschen in der Produktion und in den verschiedensten Dienstleistungsbereichen der „Volksgemeinschaft". Andererseits braucht man aber nicht weniger starke Positionen unter der innovativen Intelligenz aller Sparten. Wir wollen nichts unterstellen, aber diese Seite der „nationalen Leistungsgemeinschaft" berührt doch sehr die Hitlersche Sicht der Eliten im „Volk".

Hitler erklärte am 27. Januar 1932 in seiner Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub: „Denn die Größe eines Volkes ergibt sich nicht aus der Summe aller Spitzenleistungen. Dieses ganze Kulturgebäude ist . . . zweifellos das Resultat aus der Anwendung der menschlichen Arbeitskraft zur Verwertung der Schöpfungen von Genies und Talenten." Kultur eines Volkes beruhe demnach auf der „Anwendung" der Arbeiter und anderer menschlicher Arbeitskraft, um die Schöpfungen der elitären Genies zu „verwerten". Auch hier mischt sich sachlich Richtiges mit einem nationalistisch und rassistisch übersteigerten Anspruch von Eliten, die über den bloßen „Anwendern" stehen.

Vor diesem Hintergrund muß man lernen, genau hinzusehen, was die neuen „Nationalen" heute scheinbar einleuchtend vorschlagen oder fordern. Die Deutschen haben auch in Zukunft allen Anlaß, bemerkenswerte humanistische Leistungen zu vollbringen. Das liegt in ihrem ureigensten nationalen Interesse. Aber dazu müssen sie sich gegen nationalistisches und elitäres Denken und Verhalten endgültig immunisieren und sich vor Mißbrauch schützen. Das kann nicht von außen kommen. Sie selbst müssen dies tun. Die

deutsche Intelligenz hat hier eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Nicht nur wegen ihrer widersprüchlichen Wirkung in der Vergangenheit. Es darf nicht vergessen werden, daß Hitler 1932 äußerte, nichts gäbe ihm mehr Gewißheit in den Sieg seiner Sache, als der „Vormarsch seiner Ideen an den deutschen Hochschulen".

Die nationalistische Sichtweise prägt auch die Haltung der „Republikaner" und anderer Rechter zur Frauenfrage. Sie sind massiv gegen alle emanzipatorischen Frauenbewegungen, die soziale Gleichstellung von Männern und Frauen anstreben. Die wirkliche Emanzipation erfolge im Rahmen der völkischen Programmatik. Frau und Mann seien im Falle gleicher Bedingungen und Anforderungen „trotz ihrer Wesensunterschiede" von gleichwertiger Tüchtigkeit im Leben und im Beruf. Es sei jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welcher Familie und Kinder gedeihen können. Hierin liege die „besondere und von keinem ‚Hausmann' oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau". Diese, „ihre naturgegebene Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie" müsse sie voll zur Wirkung bringen können.

Man kann hier nicht einfach sagen, daß Frauen mit diesem Programm wieder zu „deutschen" Gebärmaschinen gemacht werden sollen. Das wäre zu einfach und auch nicht zutreffend. Denn das Programm der „Republikaner" reflektiert auch hier berechtigte soziale Anliegen von Frauen, z. B. ihre Mehrfachbelastung, die sich gleichzeitig als Persönlichkeit in Familie und im Beruf zu bewähren haben. Es darf auch nicht übersehen werden, daß solche modernen Frauen und Mütter auch parteipolitisch bei den „Republikanern" engagiert sind. In Medien ist von ausgesprochen „hübschen Republikanerinnen" die Rede. Doch dies mag auch mit Wahlkampf zu tun haben, denn bisher haben die „Republikaner" zwar einen beachtlichen politischen Erfolg bei männlichen Wählern, aber wesentlich weniger bei Frauen.

Wie dem auch sei, unverkennbar ist, daß Biologismus das eben genannte Frauenbild und Frauenprogramm abstützt. Tatsächlich naturgegebene und



auf Instinkten beruhende Verhaltensunterschiede von Männern und Frauen werden als sozial konstitutiv angesehen. Auch der Sozialisationsprozeß der Frau zur Mutter und des Mannes zum Vater ist anerzogen und nicht naturgegeben. Anstatt Mann und Frau als soziale Wesen zu betrachten, werden naturgegebene Wesensunterschiede postuliert. Wärme und Hingabe „für Familie und Kinder" bedeuten doch in den meisten Fällen Vorteile für den Mann. Natürliche Unterschiede werden zur realen sozialen Ungleichheit.

Auf diese Weise werden überholte patriarchalische Strukturen erhalten. Die Reproduktionsbedürfnisse einer modernen, „emanzipierten" Familie kosten Geld und können nicht ohne weiteres befriedigt werden. Kosten und Probleme können nicht einfach auf die individuelle Ebene der Kleinfamilie abgewälzt werden. Auch finanzielle Vergünstigungen bei Eheschließungen, Steuernachlaß bei Kindern u. ä., die auch die „Republikaner" fordern, greifen hier noch zu kurz. Sie verstärken lediglich materielle Zwänge zur Familienbildung, nicht aber die soziale Entwicklung einer modernen Familie.

Völkischer Nationalismus bestimmt auch die Haltung der „Republikaner" zu AIDS, dessen scharfe Bekämpfung sie fordern, zu Homosexualität und zum „Abtreibungsparagraphen" 218. Die Erhaltung des Bestandes des deutschen Volkes verlange Achtung und Wertschätzung des menschlichen Lebens auch vor der Geburt. Es gäbe keinen abgestuften Lebensanspruch zwischen Geborenen und Ungeborenen. Auch das Grundgesetz sehe so etwas nicht vor. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes sei folglich gleichrangig mit dem des geborenen. Das gilt auch für ungewollte Schwangerschaften mit all ihren sozialen Konsequenzen für die Frau. Daß das Embryo nur im Zusammenhang mit der Schwangeren lebt und Bestandteil ihres Lebens ist, wird nicht berücksichtigt. An die Stelle der Freiwilligkeit einer Schwangerschaft tritt eine fast gesetzliche Pflicht des Kinderkriegens zum „Wohle des Volkes".

Nach den „Republikanern" ist ein Abbruch nur in zwei Fällen zulässig, „wenn Leben und Gesundheit der Mutter oder des Kindes gefährdet sind oder eine Vergewaltigung erwiesen ist". Das erste steht außer Zweifel. Aber jede Frau könne behaupten, sie sei vergewaltigt worden. Sie müsse das daher sofort nach der Tat bei der Polizei anzeigen und einen Arzt aufsuchen. Jedes Stehenbleiben von Indikationen sei Tötung eines kleinen Kindes. Auch müsse bedacht werden, daß selbst bei vermuteten eugenischen Indikationen des Kindes sich von vier abgetriebenen Kindern lediglich eines als erblich belastet erweise. Wir wollen darüber nicht rechten. Klar ist aber der Sinn dieser Positionen: volksgemeinschaftlicher Zwang zum Gebären.

Eindeutig dazu „Der Republikaner" Nr. 5/88: „Der Geburtenrückgang deutscher Kinder muß dazu führen, daß bereits nach dem Jahre 2000 das Rentenproblem unlösbar wird, die Verteidigung personell nicht mehr gewährleistet ist, der Bundeshaushalt, Industriebetriebe, Handel und Handwerk zusammenbrechen ... Das deutsche Volk zu erhalten, heißt vor allem, dieses für seine Nachkommen vor Überfremdung zu schützen."

Verleumdung des Antifaschistischen?

Zu diesen Konzepten des nationalistischen Drucks von rechts gehört nicht zuletzt die Verleumdung alles Antifaschistischen, das aus vielen Quellen gespeist wird. Der traditionelle Antifaschismus beeinflußte zweifellos die anfängliche Entwicklung der BRD zu einem bürgerlich-parlamentarischen System, in dem Arbeiter und Angestellte beträchtliche demokratische und soziale Rechte erlangten. Es war und ist der Geist des Antifaschismus, der – wenn auch in abgestuften Formen – den wahren Charakter des Faschismus und sein inhumanes System bloßlegt.

Der sich heute herausbildende moderne Antifaschismus knüpft daran an. Aufgrund der veränderten Bedingungen geht er in seinem Inhalt weiter. Er richtet sich nicht nur gegen den Hitlerfaschismus, sondern gegen jegliche Art von Faschismus, faschistische Gewaltanwendung und Ideologie sowie gegen derartige Tendenzen sowohl in einzelnen Ländern als auch weltweit. Dieser Antifaschismus orientiert sich an der Wahrung aller Menschen- und Völkerrechte für jeden Menschen und für jede ihrer Gemeinschaften.

Diese modernen Inhalte vereinen unterschiedlichste soziale Kräfte, Bewegungen und geistige Strömungen für Gewaltfreiheit im Umgang aller Menschen, Gemeinschaften und Nationen miteinander. Antifaschismus ist und bleibt das größte Hindernis für ein weiteres, möglicherweise schnelles Vordringen von Neofaschismus und Nationalismus in der Bevölkerung. Er verhindert zugleich eine offene organisatorische Verbindung zwischen den rechtsextremen und den rechtskonservativen nationalistischen Kräften zu einer einheitlichen rechtsradikalen Partei.

Neofaschismus und Nationalismus richten sich daher auch heute wieder in aller Schärfe gegen den Antifaschismus. Im Mai 1988 erklärte ein führender Vertreter der NPD, daß Antifaschismus ein „Angriff gegen das Rechtssystem der BRD" und somit nicht nur ein Feind der Neonazis, sondern zugleich auch der BRD sei. Die „Nation Europa" geht ebenfalls massiv gegen Antifaschismus vor. In einem Grundsatzartikel (Nr. 2/1989) stellte sie ihn als „Disziplinierungsinstrument" und kommunistisches Mittel zu „Niederhaltung nationaler Interessen" dar. Dem folgt ein Aufruf an alle „nationalpolitischen Kräfte" zu einer Offensive gegen den „antideutschen" Antifaschismus. Daß sich dieser am allerwenigsten gegen die Deutschen richtet, wollen sie nicht wahrhaben. Nationalistische Kräfte sehen im Antifaschismus den inneren und auch den internationalen Widersacher gegen ihre Pläne einer Neuordnung.

Auch in den Büchern Franz Schönhubers, „Ich war dabei" (1981), „Freunde in der Not" (1983) und „Trotz allem Deutschland" (1987), werden Antifaschisten wie Ausländer ausgegrenzt.

Kurt Gossweiler richtete in seinen Studien zum Faschismus die Aufmerksamkeit darauf, daß schon in den 60er Jahren eine Kampagne gegen den Antifaschismus in der BRD lief. Sie wurde damals auch von Kräften der CDU/CSU getragen. Kurze Zeit später, unmittelbar nach der Bildung der sozialliberalen Regierung Brandt-Scheel kam es anfangs der 70er Jahre zu



Neonazis machen Jagd auf Jugendliche, die gegen ein geplantes Treffen von Neonazis im ostelbischen Raum demonstriert haben

einer „Hitler-Welle". Bezeichnenderweise war sie von rechtskonservativen Ideologen ausgelöst worden. En passant wurde Antifaschismus wieder massiv diskreditiert. Mit der „Historikerdiskussion" Mitte der 80er Jahre wurde dies fortgesetzt, beispielsweise in dem 1987 erschienenen „Handbuch der Deutschen Nation" (2 Bände), das Bernard Willms herausgab.

Der schon genannte Armin Mohler diffamiert jeden, der vom deutschen Faschismus spricht, mit einem Federstrich als kommunistischen Unterwanderer. Antifaschismus klassifiziert er dann kurzerhand zu einer Waffe in den Händen der Kulturrevolution von links. Sie sei fast so gefährlich wie der Terrorismus und richte sich gegen die Nation. Ferner wird Antifaschismus als ein von den Siegermächten des zweiten Weltkrieges von außen aufgezwungenes Instrument hingestellt, das sich gegen die deutsche Geschichte und damit gegen „urdeutsche Interessen" richte. Antifaschismus wird hier nach dem altbekannten Modell als eine „Waffe" von „Feinden" im Innern und zugleich von „ausländischen Mächten" hingestellt.

Solche Aktionen gegen den Antifaschismus sind Teil des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung, gegen Demokratie und humanistischen Geist in Deutschland. Bernard Willms steigert dies sogar so weit, daß die Kommunisten auch ohne Hitler den Antifaschismus erfunden hätten, um ihre Suppe zu kochen.

So wird traditioneller und moderner Antifaschismus, der sich in der ganzen Welt unter verschiedensten Kräften gegen faschistische Diktaturen, faschistische Gefahr und deren geistige Quelle, den Nationalismus, entwickelt, als eine ausschließlich kommunistische Erfindung verteufelt. Damit werden zugleich die Opfer, die Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Widerstandskämpfer selbst aus den Reihen der Konservativen und die Millionen Juden, die der Faschismus ermordete, schamlos aus der Geschichte verdrängt. Der „neue Nationalismus" von rechts rechtfertigt mit seiner Stoßrichtung gegen jeden Antifaschismus die alte Terror- und Mordpolitik des Fa-

schismus und erhebt verschleiert und unverschleiert ein neofaschistisches Herrschaftskonzept zum Denkmodell für die Zukunft in Deutschland und in Europa. Die Zeitschrift „Criticon" erklärt den Kampf gegen den Antifaschismus zur „Überlebensvoraussetzung". Es sieht ganz so aus, als trete der „Kampf" gegen den Antifaschismus heute an die Stelle des Antisemitismus der Nazis.

Die gezielte Kampagne gegen jeglichen Antifaschismus verfolgt zugleich unmittelbare taktische Ziele:

1. Das antifaschistische Engagement gegen die Neofaschisten und neuen Nationalisten, insbesondere gegen die „Republikaner", soll abgeschwächt werden. „Die Republikaner" werden als „nichtnazistisch" und nicht „rechtsextremistisch" hingestellt. Ihr Aufschwung wird gefördert. Sie gelten mehr und mehr als eine Kraft, die die gesamte nationalistische Rechte vereinigen könnte.
2. Die Ideologen der Neonazis und anderer Rechtsextremisten warnen die CDU/CSU vor einer zu starken Auseinandersetzung mit den „Republikanern". Sie polemisieren gegen antifaschistische Positionen unter CDU/CSU-Mitgliedern und in anderen Parteien. Sie verlangen, sich von „antifaschistischen Formeln" loszusagen. Der „Antifaschismus" wird als „Selbstdemontage" der CDU denunziert, der die BRD in ein „rotgrünes Chaos" führen würde. Im Stile faschistischer Demagogie werden Antifaschisten als Verursacher von Gewalt, als „Terror der Straße" verleumdet. Anlaß dafür bieten linksextremistische terroristische Gruppierungen wie die RAF u. a. Im gleichen Atemzug werden Faschisten und Nationalisten zu Kräften für Ruhe, Ordnung und systemtreue Ausrichtung erhoben.
3. Die CDU selbst erklärt in einem Memorandum des Leiters ihrer Grundsatz- und Planungsabteilung von 1989 „Die Republikaner" zu Konkurrenten bei den Wahlen, mit denen man sich auseinandersetzen müsse. Gleichzeitig legt sie fest, die Republikaner nicht als „neo-nazistisch" und als „braun" zu bezeichnen. Ab sofort solle der Begriff „Reps" eingeführt werden, der von der Sprache her mehr Positives enthalte. Damit werden die Republikaner zugleich aufgewertet. Es erfolgt jedoch keine genauere Analyse ihrer Programmatik.

Manche in der CDU und CSU gehen noch weiter. Typisch dafür sind Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer (Deutschland-Magazin 6/1989). Den Antifaschismus, den demokratischen Widerstand gegen Neofaschismus und eine weitere Rechtsentwicklung in der BRD stellt er als eine von „Ost-Berlin gesteuerte" Kampagne hin. Offen formuliert er dann sein Ziel: „Schließlich scheint es die prinzipielle Absicht zu sein, die Republikaner als Neofaschisten zu deklarieren, damit die CDU niemals in der Lage sein wird, mit diesen eine Koalition einzugehen." Hier tritt die Absicht zutage, die hinter der Kampagne gegen den Antifaschismus steht. Die rechtsextremistischen Kräfte wollen ihren wahren Charakter verbergen, um ihren legalen Einfluß bei Wahlen über Sitze im Parlament und in den Län-

dern sowie durch Mitgliedergewinn zu erweitern. Sie öffnen sich dafür gegenüber den Konservativen. Dort wiederum strebten Lummer und andere seit längerer Zeit ein Bündnis mit den „Republikanern" an. Sie wollen wie diese eine einheitlich organisierte neue Rechte. Daher agierte Lummer dafür, daß der wahre Charakter der „Republikaner" als einer modernisierten nationalistischen und in ihrer ganzen Tendenz neofaschistischen Partei in der Öffentlichkeit nicht so sehr hervortritt. Sammlung und Einfluß einer sich formierenden „neuen" nationalistischen Rechten sollen nicht gehemmt werden. Die Kampagne gegen den Antifaschismus soll eine nationalistische Rechtsentwicklung in Deutschland begünstigen.

Nach der „Wirtschaftswoche" vom 17. Februar 1989 vertreten die Schönhuber-Massen bereits weithin CSU-Positionen. Aus diesem Grunde warnen Vertreter der SPD, der Gewerkschaften, Christen und andere davor, den wahren Charakter der NPD, der DVU und auch der „Republikaner" zu verschleiern, sondern plädieren dafür, sie als rechtsextrem einzuschätzen und zu bekämpfen.

Günter Verheugen, jetzt Sozialdemokrat, machte im Frühjahr 1989 die Unionsparteien für die „rechtsradikale Renaissance" verantwortlich. Die „Republikaner" ordnete er in die sattsam bekannte Neonaziszene ein. Der frühere regierende Bürgermeister von Westberlin und Antifaschist Pfarrer Heinrich Albertz machte darauf aufmerksam: „Der Faschismus tritt heute auf mit hundert Masken." Schon der Name „Republikaner" beweist das. An der Spitze dieser Partei steht der ehemalige SS-Mann Schönhuber, der ein modifiziertes, taktisch angepaßtes nationalistisches Konzept durchsetzen will. Ihm zur Seite steht der frühere Pressereferent der neonazistischen NPD von Nordbayern als Geschäftsführer. Er war Spitzenkandidat für die Europa-Wahlen 1989. Von ihm stammen die Worte: „Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und potentieller Mörder. Der Kommunist darf nur so viel Spielraum haben, wie ein Gehenkter zwischen Hals und Strick." In einem Interview für „Nation Europa" warnte er vor „grundgesetzwidrigen Umtrieben" von Grünen und Jusos. Damit grenzt er auch Grüne und Sozialdemokraten aus und erklärt sie zu Feinden der rechtsstaatlichen Ordnung und damit gewissermaßen zu Freiwild.

Niemand darf sich von den Legalitätsversprechen rechtsextremistischer Kräfte täuschen lassen. Auch Hitler nahm vor der Machtergreifung selbst geringfügige Verstöße gegen seinen damaligen Legalitätskurs zum Anlaß, um sich demonstrativ zur „Gesetzlichkeit" zu bekennen. In ungezählten Anordnungen habe er auf die unbedingte „Vermeidung jeder gesetzwidrigen Tat hingewiesen", denn an der strengen Gesetzlichkeit der NSDAP sollten alle Versuche ihrer Gegner scheitern. Waffen dieser Partei seien nicht der Dolch und die Bombe, Maschinengewehr, Handgranaten oder militärische Formationen. Waffe sei „ausschließlich die durchschlagende Richtigkeit" der Idee des Nationalsozialismus.

Bei einer Verhandlung gegen drei Reichswehroffiziere, die in ihrer Kaserne eine Nazizelle gebildet hatten, wurde Hitler von der Verteidigung als Kron-

zeuge aufgerufen. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob er sein Drittes Reich wirklich nur auf verfassungsmäßigem Wege errichten wolle, antwortete er unzweideutig mit „Jawohl". Was diese Aussage allerdings wert war, hatte er kurz vorher in seiner „Rede" vor demselben Gericht wie folgt zum Ausdruck gebracht: Falls seine Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegen werde, dann werde ein deutscher Staatsgerichtshof kommen. Der November 1918 werde dann seine Sühne finden und es würden auch Köpfe rollen. Doch auch mit dieser Drohung verließ Hitler nach den Vorstellungen des Gerichts noch nicht den Boden der Legalität.

Sein Gausturmführer Scheppmann hingegen formulierte das wirkliche Legalitätsverständnis der Nazis. Er erklärte, man wolle legal sein, legal bis zur letzten Stufe vor dem Galgen – aber dann! Dieser Scheppmann hatte wahr gesprochen. Hitlers analoge Aussagen in „Mein Kampf" wurden vom Gericht nicht beachtet.

Deswegen steht heute gegen jede Art von Ausgrenzung ein zeitgemäßer Antifaschismus auf der Tagesordnung. Er richtet sich gegen alte Ziele, gegen eine verrottete Politik, die im deutschen Nationalismus, in Antihumanismus, in Demokratiefeindlichkeit und in Konfrontationen befangen bleibt. Er wendet sich hier und heute gegen diese Ideen und auch die Sprache, solange sie, wenn auch „modernisiert", wieder offen oder verdeckt Gewalt gegen andere Menschen tragen soll.

Das gilt in gleichem Maße auch für den nationalistischen Druck nach außen, der von den neuen Rechten ausgeht.

Nationalistischer Druck nach außen

Unter den heutigen Bedingungen sehen rechtsextreme Kräfte gute Chancen, ihren Einfluß vor allem auf osteuropäische, aber auch auf weitere westeuropäische Länder auszudehnen. In ganz Europa soll ein extrem nationalistisches Potential aufgebaut werden, das demokratischen Entwicklungen entgegenwirkt.

Neofaschistische und rechtsextremistische Kräfte sind schon seit längerer Zeit bestrebt, ihren Einfluß auch auf die DDR auszudehnen. Anzeichen dafür waren in der letzten Zeit nicht zu übersehen. Jetzt warnen Künstler, Wissenschaftler, Vertreter der Kirche, der jüdischen Gemeinde und andere Antifaschisten verstärkt davor, die Erneuerung in der DDR von Neofaschisten und Nationalisten mißbrauchen zu lassen. Auch in anderen osteuropäischen Ländern und in der UdSSR versuchen nationalistische Gruppen, den Demokratisierungsprozeß zur Vorbereitung rechtsextremer Ideen zu nutzen. Die Schützenhilfe aus kapitalistischen Ländern ist auch hier nicht zu übersehen.

„Criticon" wirbt für rechtskonservative Gruppen in Polen. Andere fördern Rechtsextremismus in osteuropäischen Republiken der UdSSR, in der Ukraine und im südosteuropäischen Raum. Die DVU und die NPD werben für aktive Propaganda im „europäischen Kernraum" und nach Osten.

Die „Reichsidee“ nimmt dabei in den ideologischen Konzepten für eine derartige Politik einen wichtigen Stellenwert ein. Bereits auf zwei Konferenzen der Neofaschisten 1983 und 1984, die die „Gesellschaft für freie Publizistik“ veranstaltete, unterstrichen die Teilnehmer, daß sich die „Reichsidee“ zu einem wichtigen Punkt des Nationalismus entwickeln müsse. Einer der Referenten formulierte zynisch und offen: „Wir können bei der äußerst schwierigen, alle Kräfte unseres Volkes fordernden, aber auch aufrüttelnden und mitreißenden Aufgabe, das Deutsche Reich wieder herzustellen, ein noch besseres Gewissen haben, als es Adolf Hitler bei seiner Revision des Versailler Vertrages empfand.“

Während anfangs „Europa“ nicht als Ersatz für ein Deutsches Reich akzeptiert wurde, rückte seit einiger Zeit eine andere Sicht in den Mittelpunkt. Mit „Erst Deutschland, dann Europa“ begann die DVU-Liste D im Frühjahr 1988 ihren Wahlkampf. Damit trat die Idee einer „Wiedervereinigung“ zu einem letztlich großen deutschen Reich als aktuelle Aufgabe in das Zentrum rechtsextremer Ideologie und Politik. Auch die „Republikaner“ gingen in die Wahlen mit ihrer Forderung „Deutschland zuerst“. Sie richtete sich gegen jede auf Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten zielende Politik, vor allem gegen Positionen in der Sozialdemokratie. Sie wurden mit dem Stempel eines „Verrats an Deutschland“ versehen. Alle Verfechter der Entspannung galten als Verräter am „nationalen Aufstieg“. Entspannungsfreundliche Tendenzen sollten abgeblockt und rechte Kräfte bis in die konservativen Parteien für eine Wende der BRD-Außenpolitik nach rechts mobilisiert werden.

Italienische Faschisten, Le Pens „Neue Rechte“ in Frankreich u. a. unterstützen diesen extremen Revanchismus und Nationalismus. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 9. Dezember 1988 verwies unter der Überschrift „Das



„Mit Le Pen Frankreich retten“

Europa der Waffen-SS" auf die grenzüberschreitende Verflechtung des neuen rechten Nationalismus in Europa und spielte auf die Rolle von SS-Angehörigen bei diesem Vorgang an. Es kam zu einer stärkeren Annäherung zwischen Schönhuber und Le Pen von der Front National und den Theoretikern der neuen Rechten Frankreichs, wie Alain de Benoist, der auch in neofaschistischen Publikationen der BRD auftritt. In diesem Annäherungsprozeß – so der „Vorwärts" – legten sich die Beteiligten „auf eine moderne Erneuerung des Faschismus" fest. Dabei machten die „Republikaner" Abstriche an Konzepten des Hitlerfaschismus, um die Zusammenarbeit mit den Franzosen in einer neuen Rechten Europas besser praktizieren zu können.

Schon der Faschismus der vergangenen Jahrzehnte nutzte den Nationalismus für seine konfrontativen Zwecke nach innen und außen. Doch heute wirkt dieser Zusammenhang unter neuen Bedingungen. Nationalismus und Neofaschismus müssen als transnationale Erscheinungen genauer als früher ins Auge gefaßt werden. Anders ist die in Deutschland und Europa bestehende neue rechte Gefahr nicht zu verstehen.

Die bekannte Bestimmung der Komintern aus dem Jahre 1935 kennzeichnet den Faschismus an der Macht, und zwar in seinem sozialen Wesen als Macht jener Gruppierung der Monopolbourgeoisie, die bereit ist, nach innen und nach außen bis zum äußersten konfrontativ, d. h. aggressiv vorzugehen. Den damaligen Bedingungen gemäß wurde dabei stets nur die jeweilige nationale Gruppierung dieser konfrontativen Kräfte ins Auge gefaßt. Zuerst in Italien, aber dann auch in Deutschland und in anderen Ländern standen diese ja auch tatsächlich hinter den faschistischen Bewegungen, die auf konfrontative Verhältnisse zusteuerten und dann auch ans Ruder gebracht wurden. Diese nationalen faschistischen Diktaturen waren durch ihr gleiches soziales Wesen bis zu einem gewissen Grade miteinander verbunden und handelten in Übereinstimmung.

Aber es gab auch Differenzen und Widersprüche bei der Beurteilung innerer und äußerer Probleme. Sie ergaben sich aus den unterschiedlichen Interessenstrukturen, von denen sich konfrontative Gruppierungen der Finanzoligarchie in den einzelnen Ländern leiten ließen. Hinzu kommen spezifische Traditionen u. a. nationale Besonderheiten, die Inhalt und Form der faschistischen Machtausübung im jeweiligen nationalen Rahmen beeinflussen. So spielten Antisemitismus und Rassenhetze im italienischen nicht eine so hervorstechende Rolle wie im Hitlerfaschismus.

Solche Unterschiede gelten auch für den Neofaschismus, der sich heute zunächst im nationalen Rahmen in der BRD, in Frankreich und in anderen Ländern entwickelt. Diese neue Form von Faschismus existiert zwar erst als Möglichkeit, er wird aber geistig vorbereitet und wirkt in einigen Ländern bereits in Gestalt von Parteien oder politischen Bewegungen. Hinter ihnen stehen finanzkräftige Kreise eines an extremem Nationalismus nach wie vor interessierten Flügels der Monopole. Ihre Hintermänner sind schwer erkennbar.



Nationale Spezifika des heutigen Neofaschismus führen dazu, daß die entsprechenden Gruppen und Parteien etwa in Frankreich und in der BRD zuerst ihre „nationalen" Ziele verfolgen. Objektiv entsprechen sie damit sehr gut den spezifischen Machtansprüchen der hinter ihnen stehenden Monopolkreise in einem zur Einheit tendierenden Europa. Die Interessen dieser Kreise sind zwar weitgehend identisch im Hinblick auf ihren Antikommunismus und die Konkurrenzsituation gegenüber den USA, Japan und jenen Ländern der dritten Welt, die industriell fortgeschritten sind. Ein weiterer Zusammenschluß Westeuropas, so wie er von der Europäischen Gemeinschaft angestrebt wird, kann hier nur vorteilhaft sein.

Keinesfalls darf jedoch übersehen werden, daß sich dieser Neofaschismus in der BRD und in Europa unter qualitativ veränderten Bedingungen herausbildet. Die Entwicklung des neuen nationalistischen Potentials unterliegt veränderten politischen, sozialen, kulturell-geistigen und vor allem ökonomischen Existenzbedingungen. Heute kann niemand mehr die Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Ökologie z. B. unberücksichtigt lassen. Es ist ein Verdienst antifaschistischer Kräfte aller Richtungen, daß der heutige Neofaschismus noch nicht massiver auftritt. Die bitteren Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus sind bei den unterschiedlichen sozialen Kräften in Europa und in der Welt nicht vergessen. Auch alliierte Bestimmun-

gen über Deutschland stehen einem offiziellen Wiederaufleben von Nationalsozialismus und Militarismus entgegen. Nachbarn der Deutschen und die internationale Öffentlichkeit reagieren äußerst sensibel auf mögliche „deutsche" Alleingänge, wie etwa bei dem bereits erwähnten 10-Punkte-Programm zu einer „Wiedervereinigung" aus der Bewegung heraus.

Außerdem wirken auch ökonomische Gründe, die es heute nicht mehr so ohne weiteres erlauben, im nationalen Rahmen, in einem Alleingang, faschistische Kräfte ans Ruder zu bringen. Vor allem ist dabei die wohl kaum noch zu bestreitende Tatsache anzuführen, daß das nationale Wirtschaftspotential eines westeuropäischen Landes allein keinesfalls hinreicht, um ein entsprechendes faschistisches oder neofaschistisches Regime im internationalen Konkurrenzkampf für längere Zeit abzusichern. Hinzu kommt, daß weitsichtigere Kräfte der internationalen Wirtschaft und Politik den Faschismus letztlich für nicht genügend flexibel und daher in ihrem Sinne als produktivitätshemmend sehen. Stets brachte er nur eine vorübergehende weitere Konzentration von Produktivkräften.

Das erklärt unter anderem auch, warum in den 70er Jahren so langjährige faschistische Diktaturen wie in Spanien, Portugal und Griechenland relativ schnell und ohne größeres Blutvergießen von der historischen Bühne abtreten mußten. Sie waren im Stile des Faschismus früherer Jahrzehnte im jeweiligen nationalen Rahmen orientiert. Ihre nationale ökonomische Basis war jedoch zu schmal geworden, um mit der internationalen Produktivkraftentwicklung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution Schritt halten zu können. Portugal verlor zu dieser Zeit auch seine früheren Kolonialgebiete in Afrika.

Früher war es üblich, unzureichendes nationales Wirtschaftsvermögen in Aggressionskriege nach außen umzusetzen und dafür geeignete Machtstrukturen im Innern zu schaffen. Die nationalsozialistische „Lösung" in Deutschland brachte zwar anfangs eine schnelle weitere Entwicklung und Konzentration von Produktivkräften, erwies sich aber bei ihrer konfrontativen Zielsetzung weder ökonomisch noch in anderer Hinsicht als zeitgemäß und daher auch nicht von längerer Dauer.

Das nationale ökonomische Vermögen reichte nicht aus, um die in beispielloser nationalistischer Selbstüberschätzung geschmiedeten Machtpläne Hitlers und seiner Hintermänner in Hochfinanz und Industrie auch nur annähernd zu realisieren. Außerdem wurde auch das Potential anderer europäischer Staaten vom deutschen Faschismus gewaltsam untergeordnet und weitgehend deformiert. Ging es daher zunächst nur darum, weiteres ökonomisches Hinterland in ganz Europa durch Blitzkrieg und Okkupation zu sichern, so änderte sich die Situation grundlegend, als sich europäische und andere Völker ernsthaft gegen die faschistische Aggression zur Wehr setzten. Die Schwäche der nationalen ökonomischen Ressourcen wurde überdeutlich. Deswegen sollte dann im Verlaufe des zweiten Weltkrieges und gegen dessen Ende möglichst ganz Westeuropa zum „Endkampf" gegen den

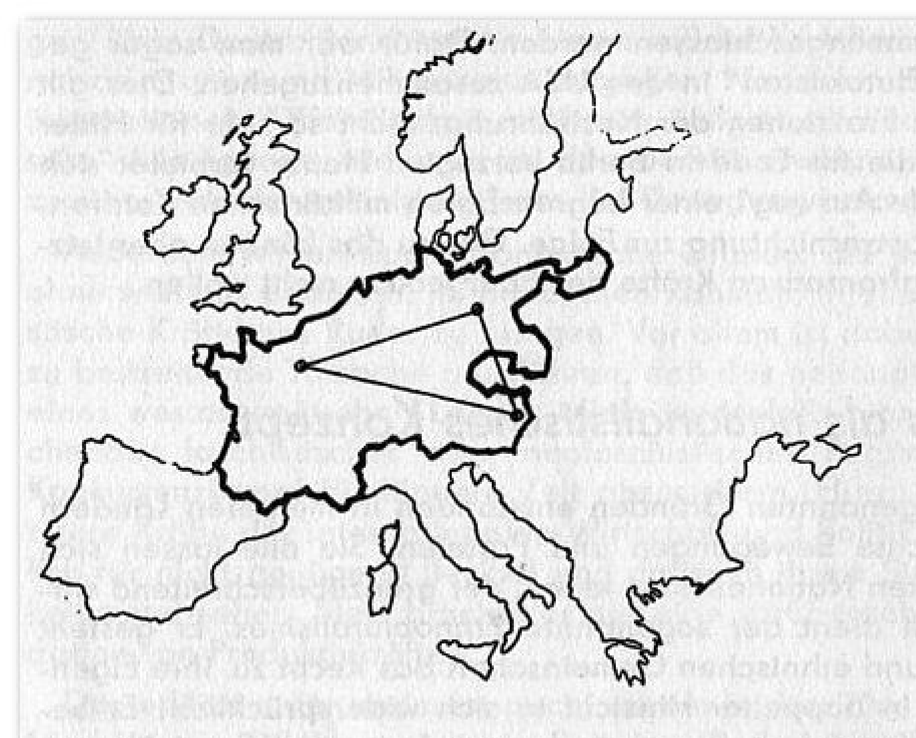
„Bolschewismus“ zusammengeschlossen werden. Dafür war man sogar geneigt, auch mit den „Plutokraten“ in den USA zusammenzugehen. Dies gilt zumindest für einzelne Fraktionen der Naziführung, nicht so sehr für Hitler und Goebbels selbst, die ihr Ende in Berlin vorzogen. Heute verbietet sich der bisherige „nationale Ausweg“ einer begrenzbaren militärischen Konfrontation. Er hätte die Selbstvernichtung zur Folge. Genau das können aber letzten Endes auch die konfrontativen Kräfte der Bourgeoisie nicht wollen.

Ethnopluralismus als nationalistisches Konzept

Vor allem aus den vorgenannten Gründen entstanden in mehreren Ländern Westeuropas neue rechte Bewegungen und Parteien. Sie alle lassen sich von einem modernisierten Nationalismus leiten, der grenzüberschreitend wirken kann. Als Konzept dient der sogenannte *Ethnopluralismus.* Er gesteht zwar jeder nationalen und ethnischen Gemeinschaft das Recht zu, ihre Eigenart zu leben, ist aber in doppelter Hinsicht in sich widersprüchlich: Er bestimmt nicht näher, auf welchem ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveau dies sein soll, auch nicht, bei welchem Grad der Humanisierung der Gesellschaft für jeden einzelnen Menschen und ob auf Kosten der ganzen Gesellschaft, auch der Begüterten.

Auf jeden Fall zeichnet sich aber mit dieser Idee ein verändertes Herangehen nationalistischer Kräfte an die nationale Problematik ab. Sie wird für die ökonomisch und sozial unerläßlichen Internationalisierungen paßfähig gemacht. In den einzelnen europäischen Ländern sollen nationalistische Stimmungen angeheizt werden, die eine gemeinsame Entfaltung des rechten Machtpotentials Europas ermöglichen. Das bedeutet, die alten nationalistischen Feindbilder auch von dieser Seite her weitgehend abzubauen. Dafür streben die neuen Rechten in den verschiedenen europäischen Ländern einen Konsens an, der die heutigen gemeinsamen wirtschafts- und herrschaftspolitischen Interessen beinhaltet und eine europaweite, von ganz rechts geführte Produktivkraftentwicklung ermöglicht. Im Unterschied zum Nationalsozialismus, der die Völker und Staaten allein Deutschland unterordnen wollte, wird in diesem „neuen“ Konzept eine von ganz rechts kontrollierte Entfaltung der jeweiligen nationalen Identität angestrebt.

Zwischen den neuen Nationalisten in der BRD und denen in Frankreich besteht eine spezifische Verbindung. Die rechtsextremen bzw. rechtsradikalen Kräfte in beiden Ländern wollen das Kräfteverhältnis längerfristig zu ihren Gunsten verändern. Es gibt ausgeprägte Vorstellungen darüber, Frankreich und Deutschland wieder zum Führungszentrum in der Welt zu machen. So hofft man. Es wird versucht, politische Gruppen und Völker in anderen Staaten Europas dafür zu gewinnen, einschließlich der Länder Osteuropas. Dahinter verbirgt sich die altbekannte Idee, eine enorme ökonomische und politische Macht vom Atlantik bis weit in den Osten zustande zu bringen.



Von Nachfolgevölkern des fränkischen Reiches nördlich der Alpen ab dem 14. Jahrhundert bewohnte Gebiete

Le Pen und die „neuen" Nationalisten in der BRD gehen dabei von einer besonderen Mission des europäischen Kernraumes Nordfrankreich und Westdeutschland aus. Die alte nationalistische Idee des Abendlandes und eines „Reiches" habe von hier ihren Ausgang genommen. Daher bestehe dieser Führungsanspruch auch heute. Eine vom „neuen" Nationalismus bestimmte Achse Frankreich–Deutschland würde in Europa dominieren.

Weder in Frankreich noch in der BRD dürfen jedoch die Tendenzen übersehen werden, im Rahmen dieses Konzepts jeweils auch einen eigenen nationalistischen Führungsanspruch in Europa durchzusetzen. In der BRD findet das seinen Ausdruck in der Idee von Deutschland als Kernraum Europas und eines darum gelagerten erneuerten deutschen Reiches.

An die Stelle nationalistischer, neofaschistischer Scheinlösungen müssen



heute für die Nationen und ethnischen Gruppen in Europa und in der Welt wirklich sinnvolle humanistische Alternativen treten, die die Lebenssituationen aller Menschen in der jeweiligen Region stabilisieren und auf diese Weise zugleich die herangereiften globalen Entwicklungsprobleme der Menschheit einer für alle konsensfähigen Lösung näherbringen. Niemand zweifelt daran, daß dies schwierig ist und nur bei voller Wahrung der Völker- und Menschenrechte und damit auch des Rechts auf nationale Selbstbestimmung verwirklicht werden kann.

Im Grunde genommen steht die westeuropäische Bourgeoisie vor der Aufgabe, die von ihr ursprünglich verkündeten Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht mehr nur wie bisher im nationalistischen Sinne für das jeweils eigene Land, sondern im transnationalen europäischen und globalen Rahmen zu verwirklichen. Die Geschichte fordert von dieser Klasse, ihre Wechsel jetzt endlich einzulösen.

Mit den Fortschritten der wissenschaftlich-technischen Revolution unserer Tage wird dies immer deutlicher. Aber das macht eine entsprechende Gestaltung der Wirtschaft, des Sozialen und der politischen Überbauten und nicht zuletzt des geistig-kulturellen Lebens, das bisher von den nationalen und anderen Gemeinschaften geführt wurde, unumgänglich. Das verlangt nationalen sowie transnationalen, regionalen und globalen Interessenausgleich. Für jede Nation oder Gemeinschaft geht es dabei um nicht mehr und nicht weniger, als diese zeitgemäße nationale Identität zu gewinnen. Sie kann ihrem erforderlichen humanistischen Inhalt nach nicht mehr nationalistisch, chauvinistisch oder gar rassistisch sein bzw. auf irgend eine andere Weise Ungleichheit zwischen Menschen postulieren.

Diese Aufgaben wären leichter und schneller lösbar, wenn die bisherige Entfaltung des Kapitalismus nicht enorme und sich sogar noch weiter vertiefende Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung der Menschheit und ihrer unterschiedlichen Gemeinschaften mit sich gebracht hätte.

So schließt die westliche Wertegemeinschaft nach wie vor das Bestreben ein, einseitige, inhumane Vorteile für die eigene Gemeinschaft oder Nation zu gewinnen. Der geostrategische Politikansatz zielt vorwiegend in diese Richtung – denken wir nur an die Verarmung und Verschuldung der Länder der dritten Welt. Japan und andere Staaten verfolgen ihre spezifischen Möglichkeiten. Auch in Westeuropa wirkt die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung. Allen ist gemeinsam, daß das jeweilige nationale ökonomische Potential nicht mehr ausreicht, um die Konkurrenz mit den USA und Japan durchzustehen. Deswegen ist möglichst gemeinsames Vorgehen und weiterer Zusammenschluß zu einer europäischen Gemeinschaft angezeigt.

Sie alle sind daran interessiert, auch die Märkte und Ressourcen Osteuropas für sich zu erschließen. Nach den dort vollzogenen politischen Veränderungen stehen die Chancen dafür außerordentlich günstig. Ein sich wirtschaftlich und sozial verhältnismäßig homogen entwickelndes starkes Europa könnte entstehen, wenn dabei die nationale und staatliche Souveränität gewahrt bliebe. Dieser Weg setzt gemeinsame, ausschließlich friedliche, gewaltfreie

Lösungen der anstehenden Probleme voraus. Er ist für die Europäer, für die Deutschen und für die Welt der letztlich sinnvolle Weg. Wichtige Etappen dazu markiert der KSZE-Prozeß.

Diese humanistische Entwicklung Europas könnte durch die Tendenz, sich einseitige nationale Vorteile gegenüber anderen zu verschaffen, sehr beeinträchtigt oder sogar verhindert werden. Damit soll keinem Verzicht auf nationale Vorteile das Wort geredet werden. Jede Nation oder ethnische Gemeinschaft hat ihre Spezifika, die sich aus ihrer gesamten Geschichte ergeben. Und sie ist daran interessiert, sie im eigenen Interesse positiv zu nutzen und weiter zu pflegen. Gegen dieses gesunde nationale Selbstverständnis kann kein vernünftiger Mensch etwas haben.

Anders ist es jedoch, wenn das spezifische nationale oder ethnische Interesse einer bestimmten Gemeinschaft gegen die Interessen anderer Menschen und Gemeinschaften gerichtet wird, wie das bei Nationalismus, Chauvinismus und deren extremster Form, dem Rassismus, der Fall ist. Dies kann, wie die historische Erfahrung immer wieder zeigt, jede sinnvolle, humanistische multinationale Entwicklung von vornherein zerstören. Das gilt gegenwärtig vor allem in Hinblick auf die Ausländer- und Asylantenproblematik. So fordern die „Republikaner“, daß die Bundesrepublik nicht weiter zu einem „Einwanderungsland“ werden dürfe. Diese, die „nationale Substanz“ gefährdende Entwicklung habe in den 60er Jahren verstärkt eingesetzt. Staat und Arbeitgeber hätten damals geglaubt, dem Mangel an Arbeitskräften in der BRD und in Westberlin durch Anwerbung von Gastarbeitern auf Zeit aus mehreren Mittelmeerländern begegnen zu können. Anstatt in der BRD mehr arbeitsplatzsparende Technologien einzuführen oder arbeitsintensive Pro-





duktionsstätten in den Anwerberländern zu errichten, habe man immer mehr Fremde und dann auch ihre Familien ins Land geholt.

Hinzu sei noch gekommen, daß dieses Land wegen seines Wohlstandes eine enorme Anziehungskraft auf Asylbewerber aus aller Herren Länder ausübe, von denen nur ein Bruchteil tatsächlich aus politisch Verfolgten, also Asylberechtigten bestehe. Das werfe eine Fülle von Problemen auf, weil das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen auch im Zeitalter des Düsenclippers und des Fernsehens nicht so ohne weiteres funktioniere. Wer wie die Linken ein „deutsches" Aufbegehren dagegen als Ausländerfeindlichkeit bezeichne, bezeuge damit nur seine eigene Realitätsferne und teilweise sogar seine „Deutschenfeindlichkeit".

Statt dessen ist es künftig erforderlich, Überlegungen zu fördern, die auf einen allmählichen gerechten Ausgleich zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern hinzielen und dabei möglicherweise stark veränderte Bedürfnis- und Interessenstrukturen auf seiten aller Beteiligten ins Auge fassen, z. B. eine menschen- und umweltfreundlichere Produktion.

Auch das jüngste Programm der „Republikaner" richtet sich gegen ein weiteres Anwachsen des Ausländeranteils – Deutschland solle ein Land der Deutschen bleiben. Ausländer können deutsche Staatsbürgerschaftsrechte erwerben, haben aber kein Recht darauf. Ihnen seien diese nur zu gewähren, wenn sie die deutsche Sprache ausreichend beherrschten, sich auf Dauer dem deutschen Volk und seiner Kultur zuwenden und Deutsche auch mit allen Pflichten werden wollten. Die ursprüngliche Staatsangehörigkeit müsse erlöschen. Gefordert werden ein obligatorischer Unterricht für nicht aus den EG-Staaten stammende Ausländerkinder in ihrer Heimatsprache und Heimatkunde, die ihre Rückkehr erleichtern soll, und die Einrichtung von Ausländerklassen, wenn der Ausländeranteil in den deutschen Regelklassen 25 Prozent übersteigt. Bei Heirat in Deutschland lebender Ausländer sei der Zuzug des Ehegatten nicht zu gestatten, es gelte der Grundsatz der Zusammenführung im Heimatland. Lernende und studierende Ausländer sollten nach Beendigung ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren, ebenso wie alle arbeitslosen Ausländer.

Viele dieser Forderungen der „REPs" erscheinen einleuchtend. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich, daß sie den in der UNO-Charta festgeschriebenen Menschenrechten widersprechen. So werden auch Wahlrecht und Parteimitgliedschaft für Ausländer abgelehnt.

Andererseits weist ihr Programm auch berechtigte Forderungen auf, wie zum Beispiel die Nichtgewährung von Asyl, wenn der Asylbewerber seine politischen Ziele mit Terrorakten verfolgt bzw. die Beseitigung der bestehenden demokratischen Staatsordnung betreibt.

Asylbewerber sollen nur aufgenommen werden, wenn sie politisch Verfolgte sind. Dafür können Grenzen der Aufnahmefähigkeit festgelegt und eingehalten werden. Mißbrauch des Asylbegehrens soll sofortige Ausweisung nach sich ziehen. Wenn ein Ausländer gegen Gesetze verstößt, soll er nach zeitlich befristetem Rechtsverfahren ohne Verzug ausgewiesen werden. Auslän-

der seien Gäste. Das schließt aus der Sicht der „Republikaner" unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus.

Unterlaufen völkerrechtlicher Bestimmungen über Deutschland

Die „Republikaner", DVU, NPD u. a. verstehen völkerrechtliche Vereinbarungen über Deutschland wie die Verträge von Jalta, Potsdam und andere als „unnatürlich", illegal sowie als eine „Gefährdung" des Friedens. Daher fordern sie eine Wiedervereinigung der Deutschen in den Grenzen von 1937. Im Rosenheimer Programm vom Januar 1990 fordern die „REPs" den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten als den Verantwortlichen für Deutschland als Ganzes, und zwar ausgehend von der völkerrechtlichen Grundlage des „fortbestehenden deutschen Reiches in allen seinen Teilen". Hier trifft sich Schönhuber direkt mit den Landsmannschaften, aber auch mit manchen Rechtskonservativen und Konservativen, die allerdings augenblicklich lediglich den Rechtsanspruch auf „frühere deutsche" Grenzen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages betonen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die „Republikaner" die Aufhebung der sogenannten Feindstaatenartikel in der UNO-Charta fordern. Die Artikel 53 und 107 dieser Charta legen fest, daß zur Sicherung des Friedens Maßnahmen gegen einen Staat ohne Zustimmung des Sicherheitsrates ergriffen werden können, der während des zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichners der Charta war, wenn dieser Staat seine konfrontativ-aggressive Politik wieder aufnehmen sollte.

Die Beseitigung der Feindstaatenartikel der UNO-Charta ergibt nur einen Sinn, wenn man berücksichtigt, daß sie sich gegen Faschismus und Militarismus richten. Werden sie außer Kraft gesetzt, verlieren auch die antifaschistischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und des Alliierten Kontrollrats in Deutschland an völkerrechtlicher Substanz. Das Kontrollrecht der Alliierten über eine friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands im antifaschistischen und antimilitaristischen Sinne geriete ins Zwielicht. „Deutscherseits" hätte man damit eine Art Faustpfand in der Hand, um die Bestimmungen der Siegermächte nach 1945 zu unterlaufen.

Vor allem für die näherrückenden Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, wie er seit Kriegsende aussteht, wäre dies für rechte politische Kräfte natürlich bedeutsam. Denn mit diesem Friedensvertrag würden die alliierten Bestimmungen der einen oder anderen Art aufgehoben. Im Interesse des Friedens und der Sicherheit aller Völker in Europa wäre es daher unerläßlich, in einen solchen Vertrag in geeigneter Form zu übernehmen, was von den Alliierten gegen Faschismus und Militarismus auf deutschem Boden festgelegt wurde. Er müßte bestimmte Siche-

rungen gegen den inzwischen entstandenen Nationalismus und Neofaschismus der neuen Rechten enthalten, d. h. gegen eine Erscheinung, die man unmittelbar nach Kriegsende noch nicht sehen und daher auch noch nicht in völkerrechtlichen Festlegungen berücksichtigen konnte.

Hier wird von der völkerrechtlichen und der verfassungsmäßigen Seite her sehr bedeutsam, was wir bereits über die heute unbedingt notwendige Unterscheidung zwischen dem Faschismus in Gestalt des Hitlerschen Nationalsozialismus und dem heute aufkommenden Neofaschismus der neuen Rechten ausgeführt haben. Wir wollen dies noch etwas näher erläutern.

Die 1945 und unmittelbar danach getroffenen Festlegungen der alliierten Siegermächte richteten sich damals „lediglich" gegen jede Art von Naziorganisation und -ideologie, die für ungesetzlich erklärt und verboten wurden. Schon im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurden Sicherheiten gefordert, daß Naziorganisationen „in keiner Form wieder auferstehen können" und „jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda" vorzubeugen ist. Im Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10. Oktober 1945 heißt es im Artikel I, Absatz 3 ausdrücklich, daß auch die Neubildung jeglicher Naziorganisation, „sei sie unter dem gleichen oder unter einem anderen Namen", verboten ist.

Auf Grund solcher Bestimmungen wurde z. B. die Teilnahme der nazistischen NPD an Wahlen in Westberlin mehrfach verboten. Die rechtsradikale neofaschistische Partei der „Republikaner" hingegen wurde als verfassungsgemäße demokratische Partei bei den jüngsten Wahlen zugelassen und verbuchte damit ihren parlamentarischen Durchbruch.

Gegen die NPD wurden wegen ihres nazistischen Charakters die Kontrollratsbestimmungen angewandt. Die Berliner Kommandantur ordnete schon am 6. September 1950 die Anerkennung politischer Parteien an, deren Programm und Ziele „tatsächlich demokratisch" sind. Eben diese Kommandantur erließ am 21. Januar 1988 eine Verordnung zum Erhalt der öffentlichen Ordnung in Westberlin, die die öffentliche Zurschaustellung oder Verbreitung von Büchern, Flugschriften, Anschlägen, Abzeichen und anderen handgeschriebenen oder gedruckten Materials verbot, das von der NPD oder in ihrem Auftrag hergestellt wird und deren Ziele fördert.

Alle Kundgebungen und ein geplanter Parteitag der NPD in Westberlin wurden für die Zeit vom Februar bis einschließlich August 1988 verboten. Diese Verbote galten für alle nationalen, regionalen, lokalen und angegliederten Organisationen der NPD. Die Senatsbehörden wurden beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Auch für die Wahlen am 10. März 1985 war dem Landesverband Berlin der NPD vom August 1984 an schon einmal jede öffentliche Tätigkeit untersagt worden.

Es ist also keineswegs so, daß offiziell nichts gegen nazistische Organisationen unternommen wird. Die NPD und andere rechtsextremistische Naziorganisationen unterliegen auch der Observation durch den Verfassungsschutz.

Für Westberlin kommt hinzu, daß seine Verfassung im Unterschied zum

Bonner Grundgesetz direkte Bestimmungen gegen Rassenhetze und Bekundungen nationalen oder religiösen Hasses enthält (Artikel 20). Im Artikel 21 werden Handlungen unter Strafe gestellt, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Und im Artikel 86 heißt es, daß „die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus und zur Beseitigung ihrer Folgen erlassenen Rechtsvorschriften" von den Bestimmungen dieser Verfassung „nicht berührt" werden. Wie schon aus der Formulierung hervorgeht, sind damit die Bestimmungen der Alliierten gegen Nationalsozialismus und Militarismus gemeint.

Diese zuletzt genannte Bestimmung findet sich auch als Artikel 139 im Grundgesetz der Bundesrepublik und hat dort den gleichen Sinn. Indirekt, und das verdient festgehalten zu werden, haben die Väter des Grundgesetzes damit die Verantwortung für die direkte Bekämpfung von Nationalsozialismus und Militarismus formalrechtlich den Alliierten übertragen.

Die UNO hat am 13. Dezember 1985 auf ihrer 116. Vollversammlung, die des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus und Militarismus gedachte, in der Resolution 40/148 alle Mitgliedstaaten gebeten, Maßnahmen gegen nazistische, faschistische und neofaschistische Aktivitäten sowie alle anderen Formen totalitärer, auf rassischer Intoleranz, Haß und Terror basierenden Ideologien und Praktiken zu ergreifen. Hier wird erstmalig Neofaschismus in einem internationalen Dokument direkt genannt und die heutige Differenziertheit der Problematik verdeutlicht. Entsprechende Gesetze stehen für Deutschland noch aus.

Aus diesem Grunde scheiterte auch der Versuch der Bundestagsfraktion der Grünen bei einer kleinen Anfrage im Bundestag, die „Republikaner" uneingeschränkt mit Rechtsextremisten in Verbindung zu bringen und damit ihre Verfassungswidrigkeit zu fixieren. Die Bundesregierung stellte dazu fest, eine Zusammenarbeit zwischen „Republikanern" und Rechtsextremisten sei nicht feststellbar. Schon gar nicht seien die „Republikaner" als rechtsextremistisch einzustufen. Das ergäbe sich aus dem Programm und dem Auftreten dieser Partei in der Öffentlichkeit. Die „Republikaner" seien nicht rechtsextrem, sondern verfassungstreu. Das hat die Bundesregierung ihnen am 31. Oktober 1988 ausdrücklich bestätigt (Bundesdrucksache 11/3244).

So zeigt die Analyse: In Deutschland und in Europa besteht die Gefahr eines neuen rechtsextremen Nationalismus. Er gefährdet eine friedliche, gewaltfreie Entwicklung. Ein Deutschland für Europa muß dem klare Grenzen setzen.

Anhang

Aus einer Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR (Berlin 1990):

Das aktivierende Moment für eine Hinwendung zu Protesthaltungen findet sich in den gesellschaftlichen Alltagsbedingungen und nicht in spezifisch vorbelastenden Bedingungskomplexen. Schüler, Lehrlinge und junge Facharbeiter erlebten selbst und beobachteten bei anderen, daß ehrliche Anstrengungen beim Lernen und im Beruf kaum eine Garantie für soziales Ansehen und den Erwerb materieller Güter bilden. Auseinandersetzungen mit älteren Bürgern – sowohl in Schule und Arbeitsstätten als auch im Familien- und Bekanntenkreis – zu daraus erwachsenden Fragen und kritischen Positionen fanden kaum statt. Bevorzugte Reaktionsmuster waren Beschwichtigungsversuche und Heuchelei, die bis Oktober 1989 durch die Berichterstattung in den Medien noch eine Steigerung erfuhren.

Solche Reaktionsmuster wirkten als Verstärker der sich artikulierenden Protesthaltung. In diesen Protest ist die Suche nach Idealen und lebendigen Vorbildern integriert.

Das vergebliche Suchen erzeugte Bereitschaft, fast jedes Ersatzangebot zu akzeptieren, wenn es die Bedingung erfüllt, konträr zur kritisierten gesellschaftlichen Realität zu liegen.

Anhänger der „Punks" stiegen aus mit „Null-Bock-Programm" und der Losung „Mach kaputt, was dich kaputt macht". Gruftys flüchteten in irrationale Sphären und fanden bei gemeinsamen Musikerlebnissen das lang vermißte Gefühl intensiver sozialer Beziehungen unter Gleichgesinnten.

Insgesamt bot sich noch bis 1986 ein verzweigtes und durchaus diffuses Strukturbild dar, in dem auch Fußball-Randale und Skinhead-Gruppierungen ihren Platz hatten.

Das Gruppenleben förderte Strukturierungsprozesse als objektive Folge der Aktivitäten und der durch diese Aktivitäten gestalteten sozialen Beziehungen. Daraus ergaben sich:

- hierarchische Strukturen,
- Ausdifferenzierung von sozialen Strukturen in den kleinen Gruppen,
- differenzierte Strukturierung nach Lebensalter in Verbindung mit Selektion nach Lebenserfahrung, Erfahrungen im Gruppenleben und intellektuelle Fähigkeiten,
- Ansätze für definiertes Rollenverhalten nach Geschlecht,
- Förderung einer relativen Autonomie der Gruppe.

Diese Ansätze für eine Überformung der informellen Gruppe durch stabile Organisationsmerkmale bildeten das Ausgangspotential für die Entwicklung neonazistisch orientierter Aktionsgruppen.

Im Verlaufe des Jahres 1988 setzte sich sukzessive eine gewisse Aufhebung von Skinhead-Gruppen durch. Sie verschwanden aus dem Straßenbild, bis dahin bekannte skinhead-typische Straftaten gehen quantitativ zurück.

Im gleichen Zuge rücken die sogenannten Faschos vor und sorgen für hinreichend Verwirrung in der Öffentlichkeit, die immer noch nach kahlgeschorenen Köpfen Ausschau hält.

Im Jahre 1989 bestand die untersuchte Population aus Personen, die allen Klassen und Schichten der Bevölkerung der DDR angehörten, Bildungsweg und Qualifikation, Familie der Eltern und allgemeine Lebensumstände entsprachen dem Querschnitt dessen, was in der Gesellschaft allgemein anzutreffen war. Es gibt keine Rekrutierung der rechtsextremistischen Straftäter aus einer besonderen Schicht oder Gruppe der Gesellschaft.

Ihrem Sozialstatus nach waren diese Täter zu 6 Prozent Schüler, 24 Prozent Lehrlinge, 4 Prozent Teilfacharbeiter, 50 Prozent (!) Facharbeiter, 2 Prozent Fachschule, 14 Prozent ohne Beruf.

Dem Sozialstatus der Eltern nach gehörten sie zu 24 Prozent der Intelligenz an, 47 Prozent sind Facharbeiter, 14 Prozent Handwerker, 15 Prozent Ungelernte.

Dem Lebensalter nach waren ca.

15 %	unter 18 Jahren
18 %	achtzehnjährig
20 %	neunzehnjährig
22 %	zwanzig- und einundzwanzigjährig
22 %	zweiundzwanzig- bis fünfundzwanzigjährig
3 %	sechsundzwanzigjährig und älter

Es ist ein ungewöhnlicher Prozeß von sozialer Mobilität festzustellen. Probanden aus Intelligenzfamilien wandern in die soziale Ebene der Facharbeiter und Ungelernten. Es handet sich fast um ein Viertel der Probanden. Weibliche Beschuldigte sind eine Ausnahme.

Wer bereit war, sich überhaupt über seine Gruppierung zu äußern, hob als motivierende Momente hervor, was für die Mehrheit junger Bürger ebenso zutrifft:

- den Wunsch nach Gemeinschaft,
- die Verbindung von Individualität und Kollektivzugehörigkeit,
- den Wunsch nach Geborgenheit,
- den Wunsch nach konkretem Erleben der Zusammengehörigkeit.

Es gibt keinen Fall, wo davon abweichende Äußerungen nachweisbar waren. Die von allen gleichlautend benutzte Formulierung heißt: „Der Zusammenhalt unter uns ist unheimlich stark."

Sch., 18 Jahre: „Mir hat die deutsche Einheit in unserer Skinheadgruppe und das Auftreten des Gruppenführers sowie der militärische Zusammenhalt imponiert. Wenn ich im Fernsehen der DDR einen Filmbeitrag über den Faschismus sah, war ich sehr begeistert, wenn dort die Armee, die SA oder die SS marschierten. Dort sah ich die deutsche Einheit, daß alles kollektiv vorging und eine Geschlossenheit und Stärke dadurch demonstriert wurde. Das alles gefiel mir an Hitler und dem deutschen Reich . . ."

B., 17 Jahre: „Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter uns ist stark. Wir sind wie eine Familie. Alle halten zusammen. Bei den Skinheads habe ich Halt und Unterstützung gefunden. Jeder hilft jedem."

Der Form nach betrachtet gleichen sich allgemeine gesellschaftliche Normen des Kollektivverhaltens und Normen des Kollektivverhaltens in Skinhead- und Faschogruppierungen. Der grundsätzliche Unterschied besteht im jeweiligen Vorrat an Ideologie, der die Aktionsziele des Kollektivs bestimmt.

Humanistische Werte und Traditionen gehen in Skinhead- und Fascho-Gruppierungen durch den Filter des Nationalismus. „Ausländer versauen uns unsere Lebensbedingungen im eigenen Land, die auch ohne sie schon schlecht genug sind. Die Regierung bläst ihnen überall Zucker in den Hintern. Jedem Ausländer in der DDR muß klargemacht werden, daß er im eigenen Interesse so schnell wie möglich zu verschwinden hat."

Rassistisch und antisemitisch inspirierte Ideologie zerstört in den Gruppierungen humanistische Verhaltensansätze, wenn sie vorhanden waren. Achtung vor dem menschlichen Leben als humanistischer Wert gehört nicht zum Ideologieprofil der Gruppierungen.

Die Probanden äußerten sich zu einer breiten Palette von Problemen, Friedensprobleme kamen bisher darin nicht vor.

„Neutralität" in den Arbeitskollektiven ermöglicht dem Anhänger von Skinhead- oder Fascho-Gruppen ein von anderen Kollektivmitgliedern anerkanntes Kollektivverhalten. Wo diese „Neutralität" nicht existiert, kommt es zur Ausgrenzung des Probanden, die von solchen Arbeitskollektiven häufig mit dem Satz beschrieben wird: „Er läßt keinen an sich ran." Der Proband wird als Einzelgänger und Eigenbrötler gekennzeichnet, zu dem keine Beziehungen anknüpfbar sind.

Es gibt keine voraussetzungslose Abgrenzung aus den Arbeitskollektiven, die auf eine Protesthaltung der Kollektive gegen die nicht verheimlichte Einstellung der Probanden zurückzuführen wäre.

Rund drei Viertel der Probanden werden in ihren Arbeitskollektiven als geachtete Mitglieder eingeschätzt. Ein Teil von ihnen bekleidet Funktionen wie FDJ-Sekretär der Lehrlingsgruppe, Vertrauensmann der Gewerkschaft.

Antihumanistische Orientierungen drücken sich in der Haltung gegenüber Körperbehinderten, geistig Behinderten, Homophilen und sozialen Gruppen aus, die nicht nach den Normen des Weltbildes der Skinhead- und Fascho-Gruppierungen zu leben scheinen. „Ihr hättet längst vergast werden müssen".

R., 21 Jahre: „Ich bin eigentlich gegen eine gewaltsame Auseinandersetzung. Wenn es jedoch nicht anders geht, dann bin ich der Meinung, daß man auch gewaltsam die Ziele durchsetzen müßte. Es kommt auf den Gegner an, um zu vermeiden, daß man der Unterlegene ist. Weitere Ausführungen habe ich hierzu nicht zu machen."

Die auf bestimmte Opfergruppen gerichteten Aktivitäten von Skinhead- und Fascho-Gruppen sind ihrem Wessen nach Terror am definierten Objekt. Mit dieser gezielten Terrorisierung wird bewußt ein Demonstrationseffekt angestrebt. Der Öffentlichkeit wird vorgeführt, welche gewaltgestützte Macht Skinhead- und Fascho-Gruppen auszuüben fähig sind.

Es ist die Fortsetzung der während der Jahre 1987/88 erhobenen Forderung der Skinheads, sich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit „Respekt zu verschaffen" und diese Forderung durch Gewaltausübung nachdrücklich zu unterstreichen, wenn ihnen dieser „Respekt" nicht freiwillig gezollt würde.

Motivation und Argumentation beruhen auf der Überzeugung, daß die Menschen ungleich zu bewerten seien, daß Deutsche eine Art von Elite unter der Weltbevölkerung bilden, was ihnen gestattet, sich über andere zu erheben.

Um diesen Anspruch geltend zu machen, bedürfe es der sorgfältigen Pflege bestimmter Persönlichkeitseigenschaften, die dem Deutschen von Natur aus gegeben seien. Es bedürfe des Einsatzes von Gewalt, um den naturgegebenen Anspruch wirksam durchzusetzen.

„Wer nicht von allein begreift, wie ein Deutscher sein muß, dem muß es eben mit Gewalt beigebracht werden."

Aus der Pahnke-Studie über Ursachen und Hintergründe neonazistischer Tendenzen bei Jugendlichen speziell in der DDR:

Die neonazistischen Strömungen unter Jugendlichen in der DDR stehen in Beziehung zu dem, was da in der BRD vor sich geht oder in anderen Staaten. Dennoch gibt es, das sieht Konrad Weiß deutlich, nicht nur eigene Erscheinungsbilder, sondern auch spezielle Ursachen solcher Tendenzen durch diese Gesellschaft. Neonazistische Tendenzen unter Jugendlichen sind letztlich nicht importiert — sie sind weder allgemein Kapitalismus- noch BRD-Import. Der „Neonazismus" unter Jugendlichen in

der DDR ist anders und etwas anderes als der Neonazismus in der BRD, selbst wenn sich die Bilder ähneln . . .

Ich möchte hypothetisch 9 DDR-eigene Wirkursachen für die Entstehung neonazistischer Tendenzen unter Jugendlichen der DDR nennen:

1. Sozialisations- und Bildungsdefizite
2. Neurotische Sozial- und Generationskonflikte
   (z. B. die Lügen und Heucheleien der Erwachsenen, die mit vielen Kränkungen für junge Menschen verbunden sind)
3. Verweigerte Autonomie und Partizipation
   (Gründung eigener Gruppen und Vereinigungen nicht als Sub- sondern als Antikultur)
4. Faschismus als Vehikel des Unbehagens an dieser Gesellschaft.
   (Jugendliche haben herausgefunden, was diese Gesellschaft kränkt, was ihr weh tut, was sie nicht ertragen kann – und genau das tun sie.)
5. Identitätsdefizit/Identitätswunsch
6. Unbewältigter/nichtbearbeiteter Faschismus
7. Veränderungen im Verhältnis zur Gewalt: Verharmlosung von Gewalt/Bereitschaft zur gewalttätigen Konfliktaustragung.
8. Horizontverengung/kulturelle Ignoranz
9. Werteverlust/Ideologieverfall/Schwarz-weiß-Denken
   (Überdeckung ethischer und gesellschaftlicher Relativitäten durch ideologische Phrasen. Jugendliche „Neonazis" bleiben im anerzogenen „Schwarz-weiß-Denken", wenden es aber aggressiv gegen die Realität dieses Staates und dieser Gesellschaft.)

Ansätze zu einer Bearbeitung des „neonazistischen" Phänomens unter Jugendlichen

Soweit ich sehe, gibt es momentan zwei Ansätze, sich mit den Phänomenen und Problemen auseinanderzusetzen.

Für den ersten Ansatz möchte ich als Beispiel Konrad Weiß nennen, der sich in der DDR bewußt mit diesem Problem auseinandergesetzt hat und den Phänomenen stellt. Seine Grundposition möchte ich antifaschistisch nennen. Sie ist der Position der VVN in der Bundesrepublik nahe . . . Was seine Sicht charakterisiert, ist, daß er hypothetisch eine faschistische Organisation und Struktur konstatiert. Vieles macht seines Erachtens den Eindruck unabweisbar und die These notwendig, daß es in der DDR eine straff organisierte Bewegung gibt, die bisher permanent unterschätzt wurde: man kennt sich, weiß voneinander, hat ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, reagiert gemeinsam mit Bedrohungen. Der braune „Stafettenstab" wird weitergereicht. Man versteht sich als eine „Bewegung" . . .

Wenn es sich so verhält, meint Weiß, ist höchste Alarmstufe auszulösen, denn diese Organisation ist eine Gefahr.

Den zweiten Ansatz möchte ich den postfaschistischen nennen, da hier davon ausgegangen wird, daß diese neonazistischen Phänomene zwar historisch, im Erscheinungsbild u. U. personell in Verbindung mit dem Faschismus stehen, aber dennoch ganz anders eingeordnet und bewertet werden müssen. Diese Konzeption zur Bearbeitung jener Phänomene berücksichtigt vor allem soziale und sozialpsychologische Ursachen, ohne sich von der ideologischen Seite faszinieren oder fixieren zu lassen. Auch dieser Ansatz ist antifaschistisch, aber nicht so von der Anti-Haltung geprägt wie Veröffentlichungen der VVN oder jene von Konrad Weiß.

In diesem Zusammenhang ist der Name von W. Heitmeyer zu nennen, eines westdeutschen Jugendforschers, der verschiedene analytische Untersuchungen und Arbeiten zu diesem Problem veröffentlicht hat. Die Unattraktivität der Lebensumstände Jugendlicher nennt Heitmeyer als entscheidende Ursache der Entstehung des Neonazismus unter Jugendlichen und denkt dabei u. a. auch an Arbeitslosigkeit.

Vor allem aber sind die eskalierenden Probleme Jugendlicher bei ihrer Identitätsentwicklung zu nennen, zunehmende Vereinzelung, zunehmende sozialpsychologische Widersprüche und Spannungen verursacht z. B. durch Normendiffusionen, Normenkonflikte, Normenverluste in der Gesellschaft, u. a. die „Zerschmelzung des sozialen Milieus", wie beispielsweise die Zerstörung der (Klein)-Familien u. a.

Heitmeyer konstatiert zusammenfassend:

Nicht die Jugendlichen sind für diese Dinge verantwortlich, „sondern sie setzen sich nur auf ihre Weise mit den vorgefundenen Verhältnissen auseinander. Die Ursachen liegen also nicht bei den rechtsextremistischen Gruppen gewissermaßen am Rande der Gesellschaft, sondern im Zentrum der Gesellschaft."

Man kommt, wenn man die Dinge so sieht wie Heitmeyer, zu Konsequenzen, die sehr bewußt den Jugendlichen mit seinen Bedürfnissen im Blick behalten – seine Spannungen, Defizite, Bedürfnisse.

Umgang mit Jugendlichen mit neonazistischen Tendenzen

Konrad Weiß fordert sozialtherapeutische Maßnahmen für „neonazistische" Jugendliche und die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Das ist zu bejahen.

Was aber bedeutet das im Hinblick auf die Widersprüche, die dadurch erst noch ans Licht treten werden?

Von Rechtsanwälten und anderen Kundigen ist lange bekannt, daß die brachiale Bestrafung mit Gefängnis das Problem eher verschärft als löst. Der Strafvollzug kann im schlimmsten Fall eine „neonazistische Akademie" werden. Die Justiz ist auf einem falschen Weg; sie ist hier nur der verlängerte Arm einer defizitären und verfehlten Bildungs- und Jugendpolitik.

Feindbilder/Ausländerhaß/Rassismus/Ideologie der Ungleichwertigkeit

Skinheads und Faschos haben ein einfaches, eindeutiges, dualistisches Weltbild und eindeutige Feindbilder. Sie haben den Haß gegen die Fremden und Ausländer verinnerlicht. Sie richten sich gegen Moçambiquaner, Vietnamesen, Araber, Polen, Russen, Juden. Auch die Abgrenzung gegen Erscheinungsweisen der gleichen Generation fällt auf – gegen Punks, Grufties u. a. „Die Kommunisten" haben für sie abgewirtschaftet. Juden kennen sie zwar keine, aber es ist für sie ausgemacht, daß das „eklige" Typen sind. Bei ihnen begegnet aber nicht nur ein Arsenal rassistischer Parolen, sondern auch die mit dem rasssistischen Weltbild verbundene Ideologie der Ungleichwertigkeit – d. h. von der eigenen Überlegenheit und der Minderwertigkeit der anderen.

Führerorientierung/Hitlerverharmlosung

Man kann von Faschos und Skinheads hören, daß die Menschen Führer brauchen, die ihnen sagen, wo das Ziel ist, und die Klarheit schaffen. In den Gruppen gibt es jeweils eine klare Führerorientierung. Hitler war auch so ein Führer. In seinem Sinn muß man weitermachen. „Wenn es einen Führer gäbe, dann wäre Schluß mit manchen Erscheinungen der Gegenwart."

Der Wunsch nach einer starken Autorität ist unüberhörbar – die Sehnsucht nach einer faszinierenden Person, mit der man sich identifizieren kann, die klare, einfache und überzeugende Dinge sagt. Hitler wird in Schutz genommen oder verehrt, seine Untaten und Taten werden gedeckt.

Am ehesten ist eine offensive Bildungs- und Jugendpolitik zu fordern, die den Bedürfnissen Jugendlicher Rechnung trägt. Es geht dabei um Prävention gegen Neonazismus.

In diesem Sinn muß auch gesellschaftlich eine Jugendpolitik konzipiert werden, die sich als „aufsuchende Jugendarbeit" (Heitmeyer) für die Jugendlichen profiliert.

Dem Autonomie- und Partizipationsbestreben der Jugendlichen ist stärker Rechnung zu tragen – und damit wäre eine Konzeption zu entwickeln, die dem faktischen Pluralismus unter Jugendlichen Rechnung trägt, bei gleichzeitiger Entwicklung dialogischer Strukturen.

Deutliche Korrekturen sind nötig in der Bildungspolitik – u. a. in der Methode der Vermittlung von Geschichtskenntnissen und Fakten.

Notwendig wäre die Einrichtung eines Faches Lebens- und Sozialkunde, wo Kinder und Jugendliche die Kultur eines fairen Streites üben lernen, Formen gewaltloser Konfliktlösungen u. a.

Unerläßlich ist auch die Einführung eines Kulturunterrichtes, in dem Fragen und kulturelle Werte anderer Menschen und Völker wahrgenommen und als Bereicherung eigenen Lebens verstanden und aufgenommen werden können, so daß sich in jungen Menschen ein neues Wertesystem, eine tragfähige Lebensauffassung für zukünftiges Leben herausbildet.

Aufgaben für die kirchliche Jugendarbeit

- Die kirchliche Jugendarbeit ist durch die „neonazistischen" Tendenzen unter Jugendlichen herausgefordert, selbst wenn diese Jugendlichen in der Regel eine negative Einstellung zur Kirche und zum Christentum haben.
- Die kirchliche Jugendarbeit wird für diese Jugendlichen offen zu bleiben haben, selbst wenn sie die politischen, antikulturellen und weltanschaulichen Äußerungen und Erscheinungsformen nicht akzeptieren kann und wird.
- Die kirchliche Jugendarbeit wird an die Konzipierung attraktiver Projekte und Angebote heranzugehen haben, um mit diesen Jugendlichen ganzheitliche Lernerfahrungen zu machen – u. a. zu folgenden Themen: Rassismus/Ausländerhaß; Herrenmenschen?; Gewalt; war Hitler wirklich so schlimm?; die Nazis und die Juden; Hitler und Stalin; Stolz auf Deutschland?

Es geht jedoch hier nicht nur um thematische Angebote, sondern um die Konzipierung einer aufsuchenden Jugendarbeit, die den Jugendlichen in seinem ganzen Menschsein erreicht und ernst nimmt.

Literaturhinweise

Th. Adorno, Was ist deutsch? In: Stichworte – Kritische Modelle 2, Frankfurt 1969.
P. Dudek/G. Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1984.
Die Republikaner, Das Siegburger Manifest, Juni 1985.
Dies., Parteiprogramm, Januar 1990.
M. Feit, Die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt a. M./New York 1987.
H. Funke, „Republikaner", Rassismus, Judenfeindschaft, Größenwahn, Berlin 1989.
K. Hirsch, Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989.
W. Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, München 1987.
Ders., Aufklärung und Faschismuspotential. Gibt es eine zeitgemäße antifaschistische Erziehung? In: Neue Sammlung, H. 3/1988.
Ders. (Hrsg.), Jugend – Staat – Gewalt, Weinheim/München 1989.
S. Jäger, Rechtsdruck. Die Presse der neuen Rechten, Berlin/Bonn 1988.
M. Kirfel/W. Oswald (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien 1989.
M. Koelschtzky, Die Stimme ihrer Herrn. Die Ideologie der neuen Rechten, Köln 1986.
C. Leggewie, Der Geist steht rechts, Berlin 1987.
Ders., Die Republikaner. Phantombild der neuen Rechten, Berlin 1989.
Th. Mann, Tagebücher 1937–1939, Frankfurt a. M. 1980.
L. Niederländer, Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR. In: Neue Justiz, Berlin H. 1/1990.
R. Pahnke, Unbehagen, Protest, Provokationen, Gewaltaktivitäten von Jugendlichen in neofaschistischer Gestalt. „Neonazistische" Tendenzen unter Jugendlichen (Alter 14 bis ca. 20 Jahre) in der DDR. Überlegungen und Thesen zu Erscheinungsbildern und zu einem angemessenen Umgang mit dem Problem, Berlin 1989.
Posselt/Schumacher, Projekthandbuch Rechtsextremismus, hrsg. vom Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirchen von Westfalen, Schwerte 1989.
Rechtsextremismus – Mit alten Rezepten zu neuen Ufern, Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 9/1989.
Sinus-Studie, „Wir sollten wieder einen Führer haben ...". Die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.
R. Stöss, Extreme Rechte in der Bundesrepublik, Köln 1989.
Ders., Die Republikaner, Köln 1990.
Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, Berlin 1990.
Weder verharmlosen noch dämonisieren. Die Wähler der extremen Rechten I, hrsg. von K.-H. Klär, M. Ristau, B. Schoppe, M. Stadelmaier, Demokratische Gemeinde, Bonn 1989 („Projekt R" der Abteilung Politik/Forschung/Planung beim Parteivorstand der SPD Bonn).
K. Weiß, Die neue Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, Berlin 1989.

Inhalt

Quo vadis germania?





Heinz Engelstädter

Jahrgang 1932,
Prof. Dr. sc. phil.,
Ethiker an der Humboldt-Universität zu Berlin, Leiter des interdisziplinären Arbeitskreises „Philosophische Friedensforschung"

Otto Seiffert

Jahrgang 1934,
Prof. Dr. sc.,
Politikwissenschaftler, Hochschule für Seefahrt Rostock, beschäftigt sich seit Jahren mit Parteiensystemen und sozialen Bewegungen

In Europa formieren sich neue nationalistische Kräfte. Sie geben vor, nationale Interessen am besten zu vertreten. Dabei knüpfen sie an akute soziale Belange an. Doch hinter ihrem demokratisch-legitimen Antlitz verbirgt sich alter Nationalismus. Erneut wird von „Republikanern" u. a. versucht, Menschen anderer Nationalität auszugrenzen.
Birgt das einen modernisierten Faschismus in sich?
Gefährdet rechtsextremer Nationalismus weitere gewaltfreie Entwicklungen in Deutschland und in Europa ebenso wie linker Extremismus?

Anhand neuester Untersuchungsergebnisse analysieren die Autoren den rechtsextremistischen Trend in der BRD und in der DDR in den 80er Jahren. Sie setzen Akzente eines humanistischen Verhaltens der Deutschen für Europa.

ISBN 3-327-00901-5